

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in 5 Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 8,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Russlands 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Vertheilung oder deren Raum 10 Pf., für Vereins- und Berichtsartikel 20 Pf. Interate für die nachfolgende Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 26. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Crispi's Gewaltstreich.

Crispi scheint durch die ungeheure Aufregung, die sein Gewaltstreich in Italien erregt hat, etwas ermüdet zu sein. Die italienischen Behörden wollen zwar die Ungeheuerlichkeit ihres Vorgehens nicht eingestehen. Wann und wo hätte auch je die Polizei die Gesetze verlegt? Die Thatfache aber, daß einer Reihe der aufgelösten Vereine die Weiterführung ihrer Thätigkeit, wenn auch unter anderem Namen, wieder gestattet wurde, gleicht einem Eingeständnis der Gesetzesverletzung wie ein Ei dem anderen.

Bis tief aus den bürgerlichen Kreisen ertönen die Stimmen der Entrüstung über den jüngsten Schurkenstreich Ehren-Crispi's. Aus Mailand meldet eine Depesche:

Infolge der Auflösung der sozialistischen Gesellschaften ist hier ein mit 84 Unterschriften versehenes Manifest veröffentlicht worden, in welchem gegen die Auflösung protestirt und die Gründung einer italienischen Liga zur Vertheidigung der Freiheit angekündigt wird. Unter den Unterzeichnern des Manifestes befinden sich 8 Deputirte der äußersten Linken.

Die radikalen Blätter fragen mit Recht, wozu Italien ein Parlament habe, wenn Crispi sich solcher Vollmachten, ohne jemand zu fragen, bedienen könne. Diese Diktatur, dessen sind sie überzeugt, werde jedoch vom Volke nicht lange geduldet werden.

Die Frage ist nur zu berechtigt, erklärte doch Crispi feierlich bei der Verathung des Anarchistengesetzes, daß er es wohl verstehe Anarchisten von Sozialisten zu unterscheiden und daß das Anarchistengesetz bloß auf die Anarchisten und sicherlich nicht auf die Sozialdemokraten angewendet werden würde.

Während Crispi einerseits die Neubildung sozialdemokratischer Vereine wieder zuläßt, soll er andererseits, wie das Bureau Herold aus Rom meldet, das Versammlungsrecht mit Zustimmung des Königs, aber ohne die Kammern auch nur zu befragen, auf Grund eines Beschlusses des Präsesen von Mailand über die Fortschritte der Sozialisten in der Lombardei, aufgehoben haben.

Das ist eine Politik wie sie der Zar, der Sultan oder der Kaiser von China nicht selbstherrlicher ausführen können. Herr Crispi vergißt ganz, daß kein Volk Europa's mehr und frischerer revolutionäre Traditionen besitzt, als das italienische, daß es nirgends gefährlicher ist, mit dem Feuer zu spielen, wie in Italien. Herr Crispi vergißt auch ganz, daß nirgends eine Revolution mehr Aussicht hat wie in Italien. Das Feuerige, schnell sich begeisternde Volk kann über Nacht aufstehen, kann mit seinem Enthusiasmus die bewaffnete Macht anstecken und keine auswärtige Macht wird Hilfe bringen. Ein Einrück der Oesterreicher würde dem Hause Savoyen den letzten Rest von Sympathie kosten, selbst bei den konser-

vativsten Italienern würde beim Erscheinen der ersten österreichischen Uniform der unter der Asche glimmende Haß gegen Oesterreich zur hellsten Flamme auslodern und so würde das Eingreifen Oesterreichs die Volksbewegung gegen das Haus Savoyen und Crispi, den rührigen Untergraber ihrer Herrschaft, zu einer allgemeinen machen.

Frankreich wird es nicht wagen sich in die inneren Kämpfe Italiens einzumengen, so sehr Herr Casimir Perier danach dürsten mag, sich um das monarchische Prinzip verdient zu machen. Und der dritte Grenzstaat Italiens, die neutrale Schweiz, kann hier bloß unter dem Gesichtspunkte in Frage stehen, daß sie, die den Kämpfern für die Freiheit immer mehr das früher so bereitwillig gewährte Asyl einengt, es Umberto und Crispi einräumt. Der Fort der Reaktion Rußland, der im Jahre 1849 im Interesse der Habsburgischen Dynastie die vor den letzten Erfolgen stehende ungarische Revolution niederwarf, ist unfähig Italien zu unterstützen. So steht die italienische Monarchie beim Ausbruche einer Revolution isolirt da.

Herr Crispi tanzt auf einem Vulkan, über Nacht kann er von ihm verschlungen werden. Die Zahl seiner Freunde nimmt von Tag zu Tag ab, die seiner erbitterten Gegner nimmt reichend zu. Und kommt der Tag des Gerichts für ihn, so wird er ohne Freund dastehen, nicht einmal die Thräne des Mitleids wird ihm geweiht werden können.

Ueber die Polizeimaßregeln in Mailand wird uns aus der Hauptstadt der Lombardei geschrieben:

Am Morgen des 28. ging in Arbeiterviertel Porta Vittoria alles drunter und drüber. Zahllose Polizisten und Carabinieri durchzogen lärmend die Straßen, und man glaubte schon, daß die Mörder des vor einigen Tagen hier ermordeten Florentiner Millionärs Brüggisser endlich ergriffen worden seien. Aber das war leider nicht der Fall. Die Polizisten schlugen vielmehr mit ihren Stöcken an die Hausthüren und wählten friedliche Leute aus dem Schlafe. Es sollten nämlich bei mehreren angesehenen Sozialisten Hausdurchsuchungen gehalten werden. Wenn die Thüren nicht sofort geöffnet wurden, wurden sie einfach erbrochen; den für solche Zwecke nothwendigen Schlüssel hatte sich die Polizei mitgebracht. Von den 55 aufgelösten Mailänder Sozialistenvereinen haben 20 ihren Sitz in der Arbeitskammer. Hier war also das Polizeiaufgebot besonders stark. Es wurden Bücher, Manuscripte, Flug-schriften, Bilder von Karl Marx, Lassalle und Cipriani, Banner u. s. w. in Beschlag genommen. Auch in der Redaktion des Blattes „La Lotta die Classe“ wurde alles beschlagnahmt, was nur aufzufinden war. Einige besonders eifrige Carabinieri, die wahrscheinlich bald einen Orden erhalten werden, drangen sogar in die Werkstätte der Genossenschaft Manfredini ein und erklärten sie für aufgelöst. Die 32 Arbeiter, die in der Fabrik beschäftigt waren, lachten den Schuppleuten ins Gesicht, und jetzt erst sahen diese ihren Irrthum ein und entfernten sich drohend und leidend.

Da die Polizei nicht stark genug war, um ganz allein so viele Hausdurchsuchungen vorzunehmen, wurden sogar die Bogenschreiber in Polizeikleider gesteckt und verhafteten und sequestrirten nun frisch drauf los. Die polizeilichen Spürnasen ließen es sich ganz besonders angelegen sein, die Kassen der einzelnen Vereine aufzufindern; dieselben waren aber glücklicherweise schon vorher in Sicherheit gebracht worden, und so fielen der Hermandad nur ganze 2 Lire und 70 Centesimi (2,20 Mark) in die Hände. Für diesen Mißerfolg rächte sie sich dadurch, daß sie alles mitnahm, was nur mitnehmerswerth war; im Sozialistenzirkel auf der Lincolnstraße wurde beispielsweise ein nagelneues Kaffabuch beschlagnahmt, welches auch noch nicht ein einziges Wort oder eine einzige Ziffer enthielt. Auch an den Wänden lebende Papierstreifen mit Aussprüchen berühmter Philosophen und Schriftsteller, ja selbst ein Telephon wurden als staatsgefährlich mitgenommen, und das Polizeibureau gleich heute einer wahren Trödelbude. Im Hause des Ingenieurs de Franceschi wurde ein junges Ehepaar aus den Betten gejagt, und die junge Frau mußte sich, obwohl sie lebhaft dagegen protestirte, in Gegenwart der Polizisten ankleiden und die einzelnen Zimmerthüren öffnen. Wie es heißt, sollen 54 Mailänder Sozialisten als „reis für die Zwangsdomizile“ erklärt worden sein. Die beiden Wochenblätter der Sozialistenpartei „Lotta die Classe“ und „Battaglia“ wurden vorläufig nicht unterdrückt. Ebenso wie hier in Mailand ging die Polizei in allen übrigen Städten Italiens, in denen sich Sozialistenvereine befinden oder vielmehr befanden, zu Werke, und Crispi wird vielleicht eine Zeit lang ruhig schlafen können, aber auch nur eine Zeit lang.

Die ebenso offiziöse wie verlogene „Agenzia Stefani“ theilt über die Auflösung der sozialistischen Gesellschaften folgendes weiter mit:

Die Auflösung erfolgte in 35 Provinzen des Festlandes; in den übrigen Provinzen bestanden keine Sektionen der italienischen Arbeiterpartei. Einige Gesellschaften, welche den Nachweis erbrachten, daß die Arbeiterpartei im Gegenseite zum wahren Sachverhalt ihre Zugehörigkeit zu der Partei angemeldet hatte, wurden nicht aufgelöst. Andere Gesellschaften wurden nur verwahrt. Unter den beschlagnahmten Dokumenten wurde auch das jüngste Zirkular gefunden, welches die Arbeiterpartei an die Chefs der Sektionen gerichtet hatte und in welchem dieselben aufgefordert wurden, dies Zirkular den Mitgliedern der Gesellschaft nicht mitzutheilen; weiter wurde ihnen darin gerathen, den Konsequenzen der letzten Gesetze über die öffentliche Sicherheit aus dem Wege zu gehen; auch wurden sie zum Widerstande gegen die bestehenden Gewalten aufgefordert. Die Gesamtzahl der aufgelösten Vereine beträgt 271, die insgesammt der Partei der italienischen Arbeiter angehören und sich zu dem Programm bekennen, das den Beratungen des Kongresses in Poggio d'Emilia entspricht und ausdrücklich besagt, daß es auf der Basis des internationalen Klassenkampfes steht, auf der Nothwendigkeit einer illegalen Aktion beharrt und als Grundsatz aufstellt, daß die Haltung der Partei nach Wesen und That eine revolutionäre sein muß. Es ist konstatirt, daß bei der Auflösung der genannten Gesellschaften keine Verhaftung nothwendig war, ausgenommen in Verona, wo fünf Individuen wegen Hochrufe auf Caserio und die Anarchie verhaftet wurden.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Rudorf.

„Sie war gerade kurz vor der Katastrophe mit mir und einer anderen Dame in die Wohnung der letzteren, welche in der Nähe war, gegangen; dort ist sie geblieben.“ Nachdem ich mir genau den Aufenthaltsort Sylvia's hatte angeben lassen, schickte das Mädchen weiter, um zu den Ihrigen zu gelangen.

Der Gedanke an Sylvia war in diesem Augenblicke das Einzige, was mich noch an das Leben fesselte.

Ich lehrte zur Barrikade zurück, doch ganz demotirt wie sie war, war dieselbe nicht mehr zu halten. Die Geschosse, welche die Föderirten vom Père-Lachaise aus warfen, fielen in die Straße St. Denis und die Truppen von Versailles hatten Mitrailleusen aufgestellt, welche die Straße Rambuteau segten. Wir mußten quer über dieselbe und benutzten Einer nach dem Andern den Augenblick der Pause, welche unmittelbar der Entladung dieser Geschosse folgt.

Wir zogen uns auf das Stadthaus zurück. Als wir dort anlangten, stand dasselbe in Flammen und eine Abtheilung Kavallerie sprengte unter dem Rufe: „Es lebe die Kommune“ davon.

„Wo befindet sich dieselbe?“ frag ich Einen derselben. „In der Mairie des ersten Arrondissements,“ war die Antwort.

Auf dem Plage Voltaire begegnete mir Vermorel welcher mich bat, ihn zur Beerdigung Dombrowsky's

zu begleiten. Die Leiche des Generals lag ausgestreckt auf einer Bahre, die Beine in ein Leichentuch gewickelt, der obere Körper mit einem Ueberrock angethan.

Auch im Tode spricht aus seinem Antlitz dieselbe Ruhe, welche er während seines ganzen Lebens zu bewahren wußte,“ sprach Vermorel zu mir.

Viele Nationalgardisten der Föderation, namentlich von den Artilleristen des Père-Lachaise, knieten nieder an der Leiche und küßten ihrem todtten General die Stirne; fast alle weinten.

Man breitete eine rothe Fahne in einem Sarge von Eichenholz aus, an welchen man, um ihn später wieder zu erkennen, einige Worte in polnischer Sprache schrieb, und bettete den schon erstarrten Körper darin. Darauf besetzte man den Sargdeckel und senkte die Leiche in ein provisorisches Grab, an dessen Rande Vermorel noch einige tief ergreifende Worte sprach. Sie klangen wie die Leichenrede der Kommune, als deren Begräbnis diese Zeremonie auch mir erschien.

Als ich zur Mairie des ersten Arrondissements zurückkehrte, sah ich Delescluze, welchen zwei Föderirte beim Gehen unterstützten. Seine Kräfte waren von Ueberanstrengung erschöpft, sodas er kaum noch zu reden vermochte. Er sah aus wie ein Gespenst. Ich bat ihn um Instruktionen, nur um einen Vorwand zu haben ihm die Hand zu drücken, deren eifrige Kälte mich bei der Berührung zusammenschauern machte.

„Man hat nicht siegen wollen,“ sprach er mit höchst matter Stimme, „laßt uns wenigstens verstehen zu sterben!“

Gegen Abend sprach Ferré zu mir: „Bleiben Sie da. Die Offiziere kommen hier zusammen, um einen Vertheidigungsplan zu beraten.“

Ich wartete ganz allein in einem großen düsternen Saal. Niemand kam. Vom Fenster aus erblickte ich auf dem Plage einen Kapitän meines Bataillons, den man küßlichen wollte.

Ich eilte hinab, um ihn zu beschützen.

„Ich war auf ein Dach gestiegen,“ erklärte er mir, um zu sehen, ob wir vielleicht schon umzingelt wären. Da entlud sich durch die Unvorsichtigkeit eines Ungeheures ein Schuß und nun behauptet man, ich hätte denselben abgefeuert.“

„Dieser Kapitän ist ein braver Bürger,“ rief ich aus, „ich habe ihn in Neuilly und Aubres im Feuer gesehen.“

„Warum hatte er sich denn auf einem Balkon der fünften Etage hingelegt?“ schrie eine heisere Stimme.

„Weil ich am Fuße verwundet bin und Mühe habe mich aufrecht zu erhalten,“ erwiderte hierauf der Kapitän.

„Sehr gut,“ meinte Einer aus dem Haufen, „er will uns glauben machen, man klettert auf's Dach, um eine Wunde zu kuriren, das mag er nur andern erzählen!“

Ich hatte viele Mühe, den armen Teufel der Menge zu entreißen, welche erschöpft von Müdigkeit und überpaunt von Aufregung und Pulverdampf war.

Um den Muth der Kämpfenden wieder anzufachen, wurden Siegesnachrichten verbreitet, wie zum Beispiel die Wiedereinnahme des Chateaub'eau, an welche kein Mensch glaubte.

Zu den Füßen der Voltaire-Statue, wo man die Guillotine verbrannt hatte, verbrannte man kaiserliche Fahnen, welche man, wie es hieß, den Truppen abgenommen hatte. Ich sah einen Haufen von fünfzehnhundert gefangenen Soldaten und Unteroffizieren der Linie die Pariser

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Frankfurt a. M., den 25. Oktober 1894.

(Privat-Depesche des „Vorwärts“.)
Sonntags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung mit der Verlesung von Begrüßungsschreiben und Telegrammen. Eine Volksversammlung in Magdeburg hat beschloffen, den Parteitag zu besuchen, Sorge zu tragen, daß Conrad Lach u. Co. in Burg, die Haupturheber des Schuhmachersstreiks, unter Boykott gestellt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestirt Eckstein, daß die Solinger Resolution so kurzer Hand vor die Kommission verwiesen sei.

Singer erklärt, daß ein genereller Beschluß des Parteitages vorliege, alle persönlichen Streitigkeiten vor die Kommission zu verweisen. Dem sei auch in bezug auf die Solinger Angelegenheit entsprochen worden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Debatte über die bayerischen Angelegenheiten wird wieder eröffnet. Das Wort erhält

Kuer: Werthe Parteigenossen! Gestatten Sie dem einzigen Bayern, dessen Name unter dem Bebel'schen Antrag steht, auch seinerseits einmal den spezifischen Charakter der bayerischen Angelegenheit zu beleuchten. Ich hoffe, daß auch meine angerechten Landsleute mir das Recht zu einem solchen Urtheil noch nicht absprechen werden, und da muß ich zunächst anführen, daß eine ganze Reihe von Zuständen, von denen man gestern gesagt hat, daß sie speziell bayerisch seien, auch für andere Provinzen gelten. Das uns als spezielles Merkmal Bayerns vorgeführt wurde, ist nicht derart, daß es uns zu einer Stellung führen könne, wie sie uns hier zugemuthet ist. Da muß ich mich zunächst mit Vollmar's Ausführungen beschäftigen. Er hat sich bitter darüber beschwert, daß die Norddeutschen die Bayern kommandiren wollen, daß man nach Bayern norddeutsche Heilsbotschaften tragen wolle, ohne daß man die bayerischen Verhältnisse kenne. Er hat von dem Nordlicht gesprochen, das den Bayern angehängt werden solle. Ich hätte nicht geglaubt, daß unser wortgewandter und kluger Genosse Vollmar sich hier solcher Ausdrücke bedienen würde, die in einer Bayern-Versammlung zu Tutenhausen Eindruck machen würden, bei uns aber doch nur als platte Gemeinplätze gelten können. (Sehr richtig!) Er hat eine Sprache geführt, wie sie im Sig'schen „Baterland“ gebräuchlich ist, und ich habe nur die eine Erklärung dafür: Wenn Vollmar so redet, dann muß es mit seinen sachlichen Gründen sehr schwach bestellt sein. Vollmar beschwert sich darüber, daß wir uns stets an den Bayern zu reiben suchten, daß ihre Zustimmung zum Budget von uns kritisiert würde, während unkritisiert geblieben war, als die besseren und badischen Vertreter unserer Partei das Gleiche in ihren Landtagen gethan hätten. Da muß ich erwidern, daß erstens die Dinge bekannt werden müssen, bevor Kritik geübt werden kann, und die Abstimmungen in Hessen und Baden ganz unbekannt geblieben sind. Zweitens hat der alte Sach in der That hier recht: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. (Rufe: Aha!) Das ist ein ehrendes Zeugnis für Sie (zu den Bayern) und für Ihre Thätigkeit.

Im bayerischen Landtage ist die sozialdemokratische Fraktion so hervorragend thätig gewesen, daß sie das Augenmerk der ganzen sozialdemokratischen Welt auf sich gezogen hat. Die Thätigkeit unserer Genossen in anderen Landtagen, die auch in vollen Maße ihre Schuldigkeit thun, hält nicht entfernt den Vergleich damit aus. Wird diese Thätigkeit aber so gelobt, so darf sich Vollmar nicht wundern, daß sie in viel höherem Maße beobachtet wird, als die Thätigkeit unserer Genossen in einem anderen Landtage. Ich betone, daß es Niemanden von uns einfällt, die Budgetbewilligung zu tadeln. Die Anträge, die einen solchen Tadel aussprechen, werden von uns auf das Entschiedenste bekämpft. Daß die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmar's und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbekannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse versucht wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruiren. (Sehr richtig!) Und diese Versuche sind so alt schon, als Vollmar alt in der Partei ist. (Sehr wahr!) Wir haben sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unserer Partei stand, wie er selber gesagt hat (Vollmar: Das ist nicht wahr!) sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind ständig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmar's, auf eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Infamie desavouirt. (Bravo! Zwischenrufe.) Dies Wort habe ich oft von Dir erwartet, Vollmar, Du bist zu stolz dazu gewesen. (Vollmar: Ja, zu stolz!) Wir, die wir in guten und in bösen Tagen mit Dir zusammen gekämpft haben, wir kennen Dein Naturell und wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen Dich nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wieder aufstauen und Vollmar schweigt über den Wollen und hat nicht ein Wort, das seine Solidarität bekundet, so zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken. (Sehr gut!) Deshalb entstehen Reibungen und Vollmar selber ist mit Schuld, wenn die Dinge so gekommen sind, wie sie es sind und wie ich und er sie belegen. Vollmar beschwert sich besonders über die Kritik der norddeutschen Genossen, der Berliner. Ich glaube kaum, daß die Berliner Ge-

nossen mich gerade als ihren geeignetsten Vertreter auf den Parteitag entsenden würden, ich bin ganz unbeeinträchtigt von dem Berliner Wind, der mir nicht zu Diensten und zur Last ist. Aber das muß ich denn doch sagen: wenn die Berliner Genossen Kritik üben, so üben sie nur ihr gutes Recht aus, dieselben Berliner, die, wie in der ganzen Partei bekannt, nicht immer die geschickteste Form für ihre Wünsche finden, sie haben immer bedacht, daß sie nicht bloß zu kritisiren, sondern sich auch zu fügen wissen, wenn ihre Ansichten von der Majorität abgelehnt werden. Nichts niemals habe ich von den Berliner Worten gehört, wie einer unserer ältesten, bravsten und tüchtigsten Genossen, Grillenberger, gestern leider geäußert hat: Sie können beschließen, was sie wollen, wir werden ihre Beschlüsse nicht ausführen, weil wir sie nicht ausführen können. (Grillenberger: Das halte ich aufrecht.) Das gehört eben auch zum Demokraten und zum Sozialdemokraten, daß er sich sagt: Esel seid ihr zwar, aber ich muß mich euren Beschlüssen fügen. (Weiterleit.) Ihr — zu Grillenberger gewendet — sagt aber stets, wenn Ihr nicht recht bekommt: Wir sind vergewaltigt worden. Dabei hört jede Disziplin, jede Unterordnung, jedes Zusammenwirken auf. Ich weiß freilich sehr gut, daß die Surze nicht so heiß gegessen wird, wie man sie austrägt. Im Moment ist Grillenberger gewiß von der Wichtigkeit seiner Äußerung überzeugt, aber die ruhige Ueberlegung wird kommen, und ich hege nicht die Befürchtung, daß er sich von uns absondert und seinen eigenen Weg geht. Er wird im entscheidenden Augenblick da stehen, wo wir erwarten, daß er stehen wird. Ich bitte die bayerischen Genossen dringend, die Meinung auszusprechen, daß sie etwas besonderes sind. Die Stellung der bayerischen Genossen ist nicht derartig, daß sie auf die Zusammengehörigkeit und die Solidarität mit den Genossen im Reich verzichten können. Ich weiß, daß keiner von Euch daran denkt, sich von uns zu trennen. Die vielgeschmähten Berliner haben mit die Mittel geboten, den Bayern so zu helfen, wie ihnen geholfen werden ist. (Sehr richtig!) Ich, der ich seit zwanzig Jahren in der Parteileitung bin, kenne nicht einen größeren Ort von Ost bis bis Rosenheim, der nicht aus den Mitteln der gesammten deutschen Partei in dieser Zeit Unterstützung erhalten hätte. Genossen! es giebt keine bayerische partikularistische Sozialdemokratie! (Bravo!) Es giebt nur eine gemeinsame deutsche sozialdemokratische Partei. Aber die Worte, die wie gestern hörten, sie klangen nicht angenehm gerade jetzt, wo wir die dreißigjährige Wiederkehr des Tages der Gründung der Internationalen feiern. (Sehr gut!) Wir verstehen auch etwas von den bayerischen Dingen. Die Gründe, die von den Bayern für ihre Zustimmung zum Budget geltend gemacht wurden, ich erkenne sie nicht an. Sie sagen stets: der Bauer — und immer wieder der Bauer und der Bauer noch einmal ist es, der so denkt! Aber um die Gunst dieser Bauern haben wir uns nicht zu bemühen. Dieser Bauer kommt nicht. (Sehr richtig!) Es mag richtig sein, wenn gesagt wird: der Bauer, der Sigi sagt, kommt auch dazu, Vollmar zu sagen. Er kann in Verkennung dessen, was Vollmar anstrebt, dazu kommen, Vollmar zu sagen, aber niemals wird er dazu kommen, Sozialdemokratie zu sagen. Der ganze bayerische Bauernbund ist ein unreaktionäres Gebilde. (Vollmar: Nein.) Der altbayerische Bauernbund hat sich vom Centrum getrennt, weil diese Partei den Bauern so reaktionäre Versprechungen gemacht hat, daß sie nicht im Stande war, sie zu erfüllen. Gewiß, diese Bauern werden erdrückt von der internationalen Konkurrenz, von Zinsen und Schuldenlast, aber sie sind himmelweit entfernt davon, ihre Knechte als gleichberechtigt zu betrachten, sie sind himmelweit entfernt von der Demokratie und vom Sozialismus. Bei den Tagelöhnern und Knechten, bei den Hopsenjupfern und Trossstechern müssen wir anknüpfen und die scheeren sich nicht darum, ob den Müller oder den Feilisch das Budget von uns abgelehnt wird. Diese altbayerischen Bauernknechte haben ganz andere Bestrebungen. Ich war in diesem Sommer in meiner Heimath, im bayerischen Roththal, wo der Bauernbund dominiert, ich habe mit den Knechten geredet und mir ihre Forderungen aufschreiben lassen, von denen keine mit den Bestrebungen des Bauernbundes sich deckt. Nur die eine charakteristische Forderung will ich erwähnen: die Bauern sollen verpflichtet sein, ihre kranken Dienstmädchen mit dem Wagen ins Spital zu bringen, damit sie nicht zu Fuß sich hinfeschleppen müssen und am Bege liegen bleiben, wie es jetzt geschieht. Die Knechte erheben ihre Forderungen im Gegensatz zu den Bauern. Der Bauer, der schimpft auch auf den „Preis“, wie wir es gestern hier gehört haben (Sehr gut), aber für die sozialdemokratische Bewegung ist die Klasse des kleinen und mittleren Bauernthums nicht zu haben. Und um diese Leute zu gewinnen, von denen es heißt, daß sie eine Budgetablehnung nicht verstehen würden, sollen wir für das Budget stimmen? Vollmar sagte, die ganze Sache wäre keine prinzipielle, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage; ich will mich mit ihm auf denselben Boden stellen. Gerade aus Zweckmäßigkeitsgründen komme ich zu der Ueberzeugung, daß wir jetzt, wo die Frage einmal zur öffentlichen Diskussion gestellt ist, uns nicht mehr in dem Parlament so oder so bei der Budgetabstimmung verhalten können, sondern eine gemeinschaftliche Marschlinie einschlagen müssen. Das ist nicht der Korporalstock, nicht der Wille, zu schablonisiren und zu reglementiren, der uns hierzu bestimmt; daß ein solcher Wille nicht vorhanden, daß jede Individualität in unserer Partei Platz hat, dafür ist Vollmar selber ein lebendes Beispiel. (Sehr richtig!) Ich habe das Protokoll des bayerischen Parteitages genau studirt, ich bin Bayer so gut wie Ihr! (Zwischenrufe.) Wenn Ihr mit einem Besallen thun wollt, schafft, daß ich wieder in Eure Mitte komme. (Weiterleit.) Ich war besonders ungerührt auf den Wortlaut der prinzipiellen Erklärung, die Ihr beim Finanzgesetz abgegeben habt. Die Worte des Genossen Grillo (Große Weiterleit.) haben mich sehr überrascht. Er sagte: „Andererseits aber kann sie, die Fraktion, nicht verkennen, daß der Entwurf des Finanzgesetzes für die 22. Finanzperiode eine größere Anzahl von Auswendungen für kulturelle Zwecke enthält, und daß die Bewilligung des Gesetzes zur Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens notwendig ist. In dieser Erwägung und unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung ihres prinzipiellen Standpunktes stimmt sie dem Finanzgesetze zu.“ Das ist nun ein Standpunkt, der zweifellos richtig ist für alle Mitglieder der staatsverbaltenden Parteien, aber nicht für Ihr. Seid Ihr denn in den Landtag gewählt, daß bayerische Gemeinwesen in seiner jetzigen Gestalt fortzuführen? Sollt Ihr es nicht umgestalten, oder — verzehren Sie den Ausdruck einmal — untergraben? (Sehr gut!) Legt Euch einmal diese Frage vor, und Ihr werdet die schiefte Situation begreifen, in die Ihr gerathen seid. Das Gemeinwesen wird in sich selbst zerfallen, aber die Mittel zum Unterhalt und zur Fortführung dieses Gemeinwesens zu gewahren, das ist nicht Eure Sache. Ueberlaßt es ruhig den Nationalliberalen und den Ultramontanen. (Sehr gut!) Was es mit dem kulturellen Zweck an sich hat, denen das bayerische Budget dient, geht aus folgender Stelle in einer Rede Grillenbergers hervor: „Für ein Randverfeld hatte man Millionen übrig, auch für die Ausbesserung der Pfarrgehälter hatte man Geld, aber 81000 M. zur Ausbesserung der erbärmlichen Löhne der armen Schulgehilfen konnte man nicht auf-treiben. Da sagte der Kultusminister, daß ihm das Konzept ver-rückt werde, weil er keine 81000 M. mehr übrig habe! Ein trauriges Zeugnis für die bei uns der Schule zugewendete Rücksorge!“ Der erste Satz charakterisirt auch sehr gut die Behauptung der Bayern, daß ihr Budget mit dem Mithrasnichts zu schaffen hat. (Vollmar: Ist ja Blech.) Na, um ein Randverfeld für die sozialdemokratische Partei wird es sich doch nicht gerade gebandelt haben. (Große Weiterleit.) So sieht die Kultur aus, die gefördert und unterstützt wird durch Eure Zustimmung. Wie dieses Gemeinwesen sich uns gegenüber stellt, schildert Grillenberger selbst sehr anschaulich. Er sagt: „Was das Vereins- und Versammlungsrecht anlangt, so giebt es kaum irgend in Kulturland — Ausland, von dem man aber nicht recht weiß, ob man es zu den Kulturländern zählen darf, ausge-

nommen —, wo derartige kuriose Dinge in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht bestehen wie in Bayern!“ Und Seite für Seite giebt das Protokoll des Münchener Parteitages Belege, wie die Leiter des Gemeinwesens sich ruffisch und gegenüber verhalten, denen Ihr ungewollt durch Eure Bewilligung des Budgets eine Vertrauensstunde überreicht hat. (Sehr richtig.) Wenn die Dinge so stehen, muß es Euch klar sein, daß Ihr nicht aus Mitleid, Standalsucht oder Terrorismus heraus handelt, sondern in der Empfindung, daß Ihr unsere Genossen seid und wir mit Euch den richtigen Weg finden müssen aus parteigenösslichen Solidaritätsgründen. (Bravo!) Da muß mir Grillenberger's Äußerung unerträglich bleiben, der durchaus auf seinen Kopf bestehen will. „Das glaube ich nicht von ihm,“ (Grillenberger: Doch!) Mein lieber Karl, Du bist viel besser, als Du selber glaubst! (Große Weiterleit.) Er sagt ja selber: „Wenn wir bloß Rücksicht auf unsere Genossen zu nehmen hätten, dann hätten wir das Budget abgelehnt. Wir haben aber Rücksicht auf die indifferente Masse zu nehmen.“ Nein, das sollt Ihr nicht. Ich kenne die bayerischen Genossen genau: Wenn Ihr nach Hause kommt und sagt: Wir haben das, was die übrigen Genossen wollten, nicht gethan und Rücksicht auf den Unverstand der Wählermassen, dann werden sie Euch sagen, ihr habt falsch daran gethan! Nicht dazu haben wir zwölf Jahre Sozialistengesetz, nicht dazu Haß und Verfolgung gemeinsam mit Euch getragen, daß Ihr nun von uns weggeht, weil die Bayern es so wollen. Ihr habt Euch an die Seite der Parteigenossen zu stellen und Ihr werdet Euch auch auf deren Seite stellen. (Lebhafter Beifall.)

Schulze-Königsberg steht auf dem Standpunkte Bebel's. Stellen wir uns auf den Standpunkt Vollmar's, so gerathen wir auf eine schiefse Ebene und unsere Gegner werden bald mit Recht uns nachsagen können, daß wir gar keine revolutionäre Partei mehr sind. Ganz besonders traurig aber ist es, daß die Worte Vollmar's und Grillenberger's einen so lebhaften Beifall finden konnten. So traurig wie in Bayern, so traurig steht es in Ostpreußen auch aus. Von denselben Gesichtspunkten aus, von denen sich die bayerischen Genossen leiten lassen, hätten wir uns im Reichstage auch leiten lassen müssen. Ich erinnere nur an die Aufhebung des Identitätsnachweises, die direkt eine Lebensfrage für Ostpreußen war und gegen die wir doch stimmten. Sollen wir den Bauern KonzeSSIONen machen, so mühten wir auch den kleinen Handwerkern KonzeSSIONen machen. Nicht bloß in der Gesamthaltung der Partei liegt ein Protest gegen den Klassenstaat; in jeder einzelnen Handlung unserer Partei muß dieser Protest zum Ausdruck kommen, so vor allem auch in der Verweigerung der Mittel zur Fortführung des Klassenstaates. Lassen wir uns doch mehr von großen Gesichtspunkten als von Kirchthurmspolitik leiten!

Dertel-Nürnberg: Die Vorschläge (?) (gemeint dürften die Beschlüsse der 2. bayerischen Parteitages sein. Red. d. B.) die wir in München suchten, sollen durchaus nicht der Kritik entzogen sein. Kuer hat darauf hingewiesen, doch auch bei anderer Abstimmung im Landtage Einigkeit in Bayern bestanden hätte aber wir sind ja — jetzt — einig. Stimmen wir jetzt der Bebel'schen Resolution zu, so würde das Selbstkritik sein. Wir würden den Fluch der Säkularität auf uns laden. Die Regierung hat unsere Abstimmung gewiß nicht als Vertrauensvotum aufgefaßt und sie ist doch am meisten kompetent. Bebel's Wort, daß die Vollmar und Genossen „Bauernfang treiben“, wird uns ungeheuer schaden. (Sehr richtig.) Bebel: Ich halte es aufrecht! Unser Verhalten war nur durch die Zweckmäßigkeit geleitet und es ist sehr leicht möglich, daß wir ein anderes Verhalten einschlagen, wenn die heutige Polizeiwirtschaft nicht aufhöret. In dem Augenblick, wo man sich auf den Boden der Prozis stellt, kann man anscheinend mit der Theorie in Widerspruch gerathen, aber doch muß man taktische Fragen immer wieder von Fall zu Fall prüfen. Und Bayern hat es auf das Feinste berührt, daß man einen Beschluß fassen will, den man nicht zu fassen braucht. Ewald: Ich weiß nicht, ob der Vorhänger es überhört hat, daß Grillenberger den Ausdruck „die reinen Handwürfe“ zwischen gerufen hat. Wir sind keine Handwürfe.

Singer: Ewald hat durchaus nicht nöthig, sich als Zungenwächter des Parteitages aufzuspielen. Uebrigens hat Grillenberger den Ausdruck nicht gebraucht.

Lätgenau: Ich möchte doch dagegen protestiren, daß Dertel die Korrektur einer Meinung als Kapitulation bezeichnet. Wenn die Majorität beschließt, so ist es die Pflicht sich zu fügen (Grillenberger: Hält uns gar nicht ein!). Das Wesen unserer Partei ist es, den Klassenstaat zu bekämpfen, die Bewährung der Mittel zur Erhaltung des Klassenstaates ist also keine taktische, sondern eine prinzipielle Frage (Bebel: Sehr richtig!). So sehr ich wünsche eine Verflüchtigung herbeizuführen, so ist der Antrag Stadthagen dazu doch absolut ungeeignet. Er läßt jede beliebige Ansetzung zu (Viebnecht: Raufschul!). Stadthagen's Antrag befördert die Unklarheit, sein Antrag macht den Antrag Bebel unannehmbar, und die Bayern haben ja selbst zugegeben, daß sie sich dann in ihrer Stellungnahme durchaus nicht gebunden sehen würden.

Antrix: Ebenso wie Vollmar verlangt, daß wir die bayerischen Verhältnisse studiren sollen, so würde Vollmar durch das Studium unserer Verhältnisse unsere Stellungnahme zur Haltung der Bayern besser verstanden haben. In unserem Vorgehen sind wir durch unsere Parteigenossen gedrängt worden, die einfach das Verhalten der Bayern nicht begreifen. Soll man nun auf gute, bewährte Parteigenossen weniger Rücksichten nehmen als auf die indifferente Masse der bayerischen Bauern? Mir ist es unbegreiflich, wie man für die Bewilligung des Budgets stimmen kann, von dem die Sozialisten einen erheblichen Theil ausmacht. Das Amendement Stadthagen macht den Antrag Bebel unannehmbar. Es soll den Abgeordneten in den Landtagen eben nicht überlassen bleiben, selbstständig zu beurtheilen, ob die Bewilligung des Gesamtbudgets ein Vertrauensvotum sei oder nicht. Es muß doch endlich einmal in dieser Frage eine bestimmte Richtschnur gegeben werden. Ich verstehe nicht, wie Grillenberger erklären kann: „Wir fügen uns nicht.“ Ebenso könnten die Berliner sagen, weil unsere Anträge über die Gehälter nicht angenommen sind, bewilligen wir einfach die Mittel nicht mehr. Die Ablehnung des Antrages Bebel könnte in unserem Parteileben Konsequenzen herbeiführen, die wir alle nicht wünschen.

Wegner: Nicht als partikularistischer Berliner Genosse, sondern als Sozialdemokrat schlichthin stelle ich mich zu den Anträgen. Aus den etwas höhnischen Äußerungen Grillenberger's und Vollmar's über unsere Anträge geht hervor, daß sie doch einen recht wunden Punkt berührt haben müssen. Wir verlangen, daß ein einheitliches Vorgehen playgreifen soll, aber das verlangen wir nicht, um uns an diesem oder jenem zu reiben, sondern damit im allgemeinen der prinzipielle Standpunkt gewahrt werde. Man sagt zwar, daß es sich nur um eine taktische Frage handle, aber es ist bereits genugsam und gerade an der Hand des bayerischen Protokolls erwiesen worden, daß es sich hier um eine prinzipielle Frage handelt. Das Protokoll des bayerischen Parteitages zeigt an verschiedenen Stellen, daß die Genossen selbst ihre Inkonsistenz fühlen. Wenn Dertel schon heute meint, bereits in der nächsten Session könne ein anderes Verhalten der Bayern Platz greifen, so ist damit ihr Verhalten in der vorangegangenen Session bereits zu drei Vierteln verurtheilt. Auch die zu kulturellen Zwecken bewilligten Mittel finden im Klassenstaat eine Verwendung, die im großen Gegensatz zu unseren Programmforderungen stehen. Zu gunsten der Bebel'schen Resolution ziehe ich im Einverständnis mit den anderen Antragstellern die entsprechenden Anträge zurück. Wir bitten, Bebel's Resolution anzunehmen, denn alle Gegenstände der Bayern sind gründlich widerlegt worden. Mit Stadthagen's Amendement würde die Bebel'sche Resolution gleichbedeutend sein mit dem Wort: „Dach mir den Pelz, aber mach mir ihn nicht naß.“

Straße nach Belleville hinabführen. Man versicherte, sie hätten sich ergeben und das Volk in seinem Irrthum überhäufte sie mit Beweisen kindlicher Zuneigung. Man umarmte sie, man drückte ihnen die Hände, man bot ihnen alles an, was sie nur wünschten.

„Beruhigt Euch“, sagten die „Mumenschen“ der Kommune zu ihnen, „Ihr habt nichts zu befürchten, man darf keinen von Euch anrühren!“

Ich erfuhr später, daß diese Soldaten schon seit dem 18. März gefangen waren und daß man sie nur nach der Kirche von Belleville übergeführt hatte, um das Vertrauen der Kommunekämpfer neu zu beleben. Diese Gefangenen fürchteten sich nicht zu werden; aber jedenfalls können sie Zeugnis von der Großmuth der Besiegten ablegen.

Während dieser Zeit schossen die Truppen von Versailles unausgesetzt mit glühenden Kugeln auf die Kirche von Montil-Montant und die von Belleville. Ich sah da tausend Nationalgarden niedergeschlagen und in dumpfen Schweigen auf den Trottoirs sitzen, mit ihrem Gewehr zwischen den Knien.

Diese Leute schienen wie versteinert. Acht Tage Schlaflosigkeit und fortwährender Anstrengung und Aufregung aller Art hatten sie so zu sagen viehisch dumm gemacht und ihnen das Vermögen geraubt, überhaupt irgend etwas zu denken. Sie saßen da, während die Bomben schon nach allen Richtungen plakten.

Es war Sonnabend Abend. Ich glaubte für Paris den letzten Tag gekommen. Der Himmel hatte eine dunkle Blaufarbe angenommen, an welchem die glühenden Geschosse hellrothe Streifen zogen. Wir waren ringsum von Feuer und Rauch umhüllt.

Die Kommune war todt und ihre Feinde bereiteten ihr das Begräbniß. Sie wird wie der Phönix aus seiner Asche neu erstehen! —

38 ft. Mainz: So lange ich in der Partei bleibe, haben wir die Taktik so oft wechseln sehen, wie das Wetter im April. Wenn nach Bebel die Annahme des Finanzgesetzes bereits eine Stärkung des Klassenhaates bedeutet, so werde ich Ihnen nachweisen, daß auch Bebel die Prinzipalität, den Kapitalismus, die Hamburger Spiritusfäbrikler unterstützt hat, und neben den Bayern gehört auch mancher von Ihnen auf die Anklagebank. Wenn man die Annahme des Finanzgesetzes bereits bekämpft, so muß man mit viel mehr Recht die Leistung des Verfassungsorgans bekämpfen. Gegen die Resolution Bebel sprechen aber auch Verfassungsbedenken, denn in den meisten Landtagen dürfen die Abgeordneten kein gebundenes Mandat übernehmen. Bei einer Abstimmung im hessischen Landtage hätte unsere Ablehnung des Finanzgesetzes eine Erhöhung der Steuerlast für das arbeitende Volk zur Folge gehabt, weil unsere Ablehnung, bei der ausschlaggebenden Stellung unserer Fraktion, eine neue Abstimmung durch beide Kammern und damit die Annahme der konservativen Budgetvorschläge zur Folge gehabt hätte. In anderen Fällen haben wir ebenso gegen das Finanzgesetz gestimmt. So lange wir aber nicht dem Mißtrauen unserer Wähler begegnen, müssen wir unser Verhalten bei der Abstimmung über den Gesamt-Etat von reinen Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Wenn Vollmar und Grillenberger auf die Anklagebank gehören, so gehört Bebel und die ganze Reichstagsfraktion gleichfalls auf die Anklagebank, denn ihr Verhalten zu den Stichwahlen hat ebenfalls den Bestimmungen des St. Galler Kongresses widersprochen. Die Wähler lassen sich nicht dirigieren, aber wenn wir bei der Wahl uns von Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen müssen, so müssen wir bei Budgetfragen ebenfalls das kleinere Übel wählen. Wenn nach Bebel's Resolution die Etatsbewilligung als ein Programmverstoß aufgefaßt wird, dann weg mit dem Verfassungseid, dann aber überhaupt heraus aus der Kammer. Begeben wir uns aber auf diese Bahn, dann dürfen Sie auch nicht vor der Gemeinderatskammer Dalk machen. In einzelnen Theilen des Reiches ist die Polizei Gemeindefache, wir müßten also gegen das Gemeindefach stimmen. Und doch haben wir es in Mainz durch unsere Zustimmung durchgedrückt, daß das Schulgeld aufgehoben wurde. Hören Sie aber doch endlich mit der Keckerrei auf. Wir Alle haben uns ja weiter entwickelt, vielleicht in verschiedener Richtung da und dort, auch Bebel hat sich geändert (Vollmar: Mausefresser!) und doch haben wir uns immer wieder auf einem gemeinsamen Punkte zusammengetroffen. Ueben Sie keinen Zwang aus, wir stehen sonst als dumme Jungen da, die bisher nicht gewußt haben, was sie wollen. (Lach des Präsidenten.) Ich will das Gewissen des Präsidenten nicht zu sehr belasten und bin gleich am Ende. (Heiterkeit) Ich lasse mich nicht binden, immer das kleinere Übel zu wählen. Ich thue für meine Wähler das Beste. Lehnen Sie deshalb den ganz überflüssigen Antrag Bebel ab.

Das Amendement Stadthagen ist zurückgezogen; dagegen ist folgendes Amendement eingegangen: die Worte: „da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt“ zu ersetzen durch: „so weit die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des bestehenden Klassenhaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält“. Die Debatte wird auf Antrag Schmidt-München geschlossen.

Persönlich bemerkt Timm: Die Berliner stellen Anträge nach ihrer besten Ueberzeugung. Die Bezeichnung „Antragsfabrik“ Timm u. Ko. könnte er mit derselben Berechtigung zurückgeben und von einer „Vertrauensvotum-Fabrik Grillenberger, Vollmar u. Ko.“ sprechen.

Bebel: Meine Bezeichnung „Bauernfang“ ist nur die konsequente Schlussfolgerung der Worte Vollmar's, daß sich die Bayern nicht aus Rücksicht auf die Genossen, sondern auf die indifferenten Bayern bei der Abstimmung leiten lassen. Wenn von einer Seite Vorwürfe über die Erschwerung der Agitation gemacht werden können, so treffen diese nicht mich, da ich bloß eine Konsequenz gezogen, sondern sie treffen Vollmar, der die Grundlage für meine Schlussfolgerung geschaffen hat.

Vollmar: Das sind ja Witzchen.

Nach persönlichen Bemerkungen Joest's, Stadthagen's, Lütgenau's bemerkt persönlich Vollmar: Sollte ich auf alle unrichtigen und zusammenhanglosen Behauptungen eingehen, so würde mich der „Großglöcker da oben“ (Heiterkeit) bald unterbrechen. Ich muß mich also auf ein paar Einzelheiten beschränken. Kein Mensch kennt Grillenberger besser wie Auer, er hätte deshalb die im Jörn herausgestoßenen Worte Grillenberger's nach ihrem inneren Sinne würdigen müssen. Grillenberger und mir ist der Vorwurf gemacht worden, wir wollten uns im Falle der Annahme von Bebel's Antrag „widersetzen“, davon ist gar keine Rede. Aber selbst wenn wir es thäten, so wäre das nur dasselbe was Bebel in Erfurt androhte, indem er sagte: „Wird Vollmar Recht gegeben, dann wählen Sie ihn in den Vorstand, aber ich gehe hinaus in das Land, um die Fahne der Rebellion zu erheben.“ Kein unglücklicheres Wort ist auf dem Parteitage gefallen, als Bebel's Wort vom „Bauernfange“. Und Bebel hat auch keinen Anlaß zu dieser Schlussfolgerung gehabt, denn ich habe gesagt: „Wir wollen unsere Politik so einrichten, daß unsere Bayern uns verstehen und wir ihnen überhaupt näher zu kommen vermögen.“ Auer hat es merkwürdiger Weise gefallen, den ganzen Fall auf mich persönlich zuzuspitzen. Darin liegt eine Beleidigung gegen alle übrigen bayerischen Landtagsabgeordneten, ganz abgesehen davon, daß ich für höchst bedauerlich halte, den alten Spahn gegen mich wieder auszugraben. Gegen Auer's Vorwurf, den er trotz wiederholter Zwischenrufe aufrecht erhalten: „ich habe mich als auf der rechten Seite stehend bezeichnet“, bemerke ich, daß meine Worte waren: „Von dem Taktisiret ist gesagt worden, er werde nach links und rechts geführt. Das „rechts“ soll nämlich ich sein.“ Ich verwehre mich dagegen, mehr rechts zu stehen, als irgend einer in der Partei, durch unsere Thätigkeit haben wir bewiesen, daß wir vielleicht mehr links stehen als mancher andere.

Auer: Wenn meine Ausführungen sich gegen Vollmar persönlich zuspitzen, so geschah das nothwendig deshalb, weil ich gegen seine Darstellung polemisieren mußte. Es ist mir nicht eingefallen, die Bayern als „unverständige Bande“ hinzustellen. Ich sagte vielmehr, daß ich es für unverständlich halte, wie sie das Finanzgesetz annehmen konnten. Ueber Grillenberger sagte ich, ich kenne ihn besser als er sich selbst kennt, und er wird bald selbst zur Ueberzeugung kommen, daß wir recht haben; aber er stellt sich dochbeinig hin und sagt: jetzt geschieht grad extra! (Heiterkeit.)

Bebel stellt fest, daß er seine von Vollmar angezogenen Worte bezüglich der Gesamthaltung der Partei ausgesprochen habe. Es handelte sich nicht um einen einzelnen bestimmten Fall, sondern um die Gesamttaktik, um die ganze praktische Thätigkeit der Partei und was ich damals gesprochen, würde ich heut wiederholen. Meinem Gewissen würde es widerstreiten eine Taktik anzuerkennen, die für die ganze Partei verderblich wäre. Der Fall, den wir heute zu behandeln haben, liegt aber ganz anders.

Grillenberger: Wir haben nicht gesagt, daß wir uns nicht äußern wollen, sondern aus materiellen Gründen nicht äußern können. Der Antrag Bebel ist ein Schlag ins Wasser, und davor wollte ich Sie warnen.

Bei der darauf folgenden namentlichen Abstimmung wird der Antrag 113 (Vollmar und Genossen) mit 141 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Das Amendement Stadthagen zum Antrage 114 (Bebel und Genossen) mit 131 gegen 108 Stimmen angenommen. Der ganze Antrag Bebel mit dem Amendement Stadthagen sodann mit 164 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

Da die Anträge 75 und 76 zurückgezogen sind, 102 durch die Abstimmung erledigt ist, so ist damit dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Schluß der Vormittagssitzung 1 1/2 Uhr Nachmittags.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober.

Ein neues Sozialistengesetz dürfte dieselben Folgen, aber in noch erhöhtem Maßstabe mit sich führen, wie das alte. Kaum war dieses ins Leben getreten und die Sozialdemokratie von der Oberfläche verdrängt und unmittelbar im Anschluß daran der große Abbruch von 300 Millionen am Volke vollzogen, als auch der Kampf unter den bürgerlichen Parteien eine solche Feindseligkeit und Geschäftigkeit annahm, daß es wahrlich keiner sozialdemokratischen Aufreizung bedurfte, um dem Volke die Augen zu öffnen. Man werfe nur einen Rückblick auf die Zeitungen von 1879 und 1880. Großindustrielle und Agrarier, Eisenfabrikanten und Grundbesitzer, Junker und Hohe Finanz überboten sich in wüthendsten Schimpfreden, die alle darauf hinauszgingen, einander den Vorwurf zu machen, die gemeingefährlichsten Ausbeuter des Volkswohls zu sein. Die Sozialdemokratie brauchte zu allem diesem nur Ja und Amen zu sagen, um in den von den Gegnern erhobenen Vorwürfen gegen einander das Gesamtergebnisse zu finden, was sie der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt zur Last legen konnte. Diesmal würde der Kampf in noch größerer Wuth entbrennen; die kirchlichen und antisemitischen Präntationen würden den Kampfplatz noch mehr erweitern; zu dem Kampf der Bourgeoispartei würde auch noch der Kleinbürger und Bauer, soweit er der antisemitischen Agitation Folge leistet, hinzugezogen werden und die kirchlichen Bestrebungen dürften auch nicht in den Hintergrund treten. Und in diesem Tobwuhlo würde die Sozialdemokratie mit ihren Millionen Arbeitern, auch wenn ihr die öffentliche Arena entzogen würde, leichtes Spiel haben, in dem von den Gegnern ausgewählten Boden Wurzel zu fassen. Ein neues Sozialistengesetz wäre schon etwas mehr als der Anfang vom Ende der bürgerlichen Gesellschaft! —

Graf Botho Eulenburg, der preussische Ministerpräsident, soll in dem Wettkampf mit dem Grafen Caprivi um die besten Pläne zur Bekämpfung des Umsturzes völlig unterlegen sein. Das „Tageblatt“ versichert, er siehe völlig isolirt mit seiner Forderung straffter Ausnahmegesetze, auch im Bundesrath werde er auf Abweisung stoßen. „Speziell die bayerische Regierung weist“, wie das Blatt aus allerbesten Quelle wissen will, „jeden Gedanken an eine Wiederholung der Ausnahmegesetzgebung zurück. Sie ist weiter der Meinung, daß Graf Caprivi die Geschäfte mit so viel Geschick und weitem Blick führt, daß er für die Weiterentwicklung ganz unentbehrlich ist. Die bayerische Regierung hält auch jede Aenderung des Vereinsgesetzes für unnöthig, soweit das bayerische Gesetz in Frage kommt; einer Regelung der Frage von Reichs wegen dürfte sie nicht beipflichten. Den Aenderungen des Strafgesetzbuches, Erweiterung des § 130, steht sie mindestens skeptisch gegenüber.“

Daß die bayerische Regierung glaubt, mit ihrem eigenen reaktionären Vereinsgesetz völlig auskommen zu können, ist nicht erstaunlich. Hat sie doch soeben erst durch die Auflösung der Münchener Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes gezeigt, was sie sich heute schon gestatten kann.

Was die um Caprivi nun eigentlich planen, ist aus dem Wust der offiziellen, offiziösen und halb-offiziösen langatmigen Artikel noch immer nicht ersichtlich. Ein an den Haaren herbeigezogener Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen den „Sozialist“ läßt vermuthen, daß irgend etwas gegen die Presse geplant wird. Mit sonderbarer Polizeilogik wird da nämlich gefolgert, daß die häufige Verurtheilung der Redakteure des „Sozialist“ auf organische Fehler unserer Pressegesetzgebung zurückzuführen sei. Wir meinen allerdings auch, daß unsere Pressegesetzgebung durch und durch verpufft ist, da ja die Presse völlig vogelfrei gegen obrigkeitliche Verfolgungen ist. Die Polizeigenies der „Nordd. Allg. Ztg.“ denken aber natürlich an noch weitere Verschärfungen. —

Leipzig marschirt an der Spitze der Reaktion. Die Stadtvorordneten nahmen in ihrer Mittwoch-Sitzung das Dreiklassen-Wahlssystem bei den Stadtvorordneten-Wahlen an. Erleichtert wird das Philistertum der Plebejstadt anfahnen. Es glaubt jetzt sicher zu sein vor den bösen Sozialdemokraten, sicher wie der Vogel Strauß, als er beim Anblick des Jägers seinen Kopf in den Sand gesteckt hatte. —

Das deutsche Antisklaverei-Komitee für Afrika hat sich aufgelöst. Seine Aufgabe, die Sklaverei der Araber zu bekämpfen, hat es nicht zu erfüllen verstanden, und dem Sklavereibetrieb der Leist und Konforten erustlich entgegenzutreten, haben die Kolonialschwärmer augenscheinlich nicht den Muth. —

Schadet dem Patrioten ein Duell? Der durch sein „politisches“ Duell mit dem freisinnigen Amtsrichter Mantey in weiteren Kreisen bekannt gewordene hochkonservative Rechtsanwalt Schimmelfennig in Heinrichswalde bei Tilsit, welchem seiner Zeit die Strafe im Gnadenwege erlassen wurde, ist der Regierung in Köslin in Pommern zur kommissarischen Beschäftigung überwiesen worden. Dieser bei Rechtsanwälten selten eintretende Fall verdient um so mehr bemerkt zu werden, als unmittelbar nach der Strafbekleidung des Rechtsanwalts die, wie dem „Berliner Tageblatt“ versichert wird, auf sichereren Grundlagen beruhende Nachricht von seiner Ernennung zum Regierungsrath durch die Zeitungen ging, damals aber als eine vollständig aus der Luft gegriffene Erfindung dementirt wurde. Von der kommissarischen bis zur ständigen Beschäftigung ist nur ein sehr kleiner Schritt. Der an sich unbedeutende Vorgang ist für unsere öffentlichen Zustände recht bezeichnend. —

Das Rekrutenkontingent muß in Oesterreich, wo man die deutschen Septennate nicht kennt, alljährlich bewilligt werden. Wie aus Wien gemeldet wird, bewilligte der Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses mit allen Stimmen die der Jungegehen das Rekrutenkontingent für 1895. Die Jungegehen erklärten sich gegen die Bewilligung aus den bereits in der Delegation angeführten politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, doch sollte dies keine Feindschaft gegen die Armee bedeuten. —

Zur Sprachenfrage in Istrien. Aus Wien wird telegraphirt:

Am Schlusse der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden zwei Interpellationen eingebracht darüber, ob die von den Zeitungen gebrachten Nachrichten über die Vorgänge in Capo d'Istria und Pirano wahr seien, ob es namentlich wahr

sei, daß der Podesta in Pirano den Demonstranten namens des Regierungskommissars versichert, daß die Bezirksgerichte wieder amtliche Tafeln mit nur italienischer Aufschrift anbringen lassen würden, ferner ob die Regierung entschlossen sei, durch energische Maßnahmen die von der aufgeregten italienischen Volksmenge in einzelnen Städten Istriens bedrohten Kroaten, Slovenen und konstanten Italiener zu schützen und ob die Regierung das ihre Autorität schädigende schwächliche Verhalten der Behörden von Pirano billige. —

Koloniale Eifersüchteleien zwischen Frankreich und England. Aus London wird gemeldet:

Die „Standard“ schreibt, werde, falls Frankreich Madagaskar definitiv besetzen sollte, England bestimmte Kompensationen fordern.

Die frühere Frage des europäischen Gleichgewichts ist heute eine Frage des Gleichgewichts auf der ganzen Welt.

Aus Paris wird über die madagassische Frage das Folgende berichtet:

Einer Meldung der „Autorité“ zufolge wird heute Abend oder morgen eine Depesche des französischen Spezialgesandten Le Myre de Villers mit der Erklärung erwartet, daß der Versuch, mit der Königin von Madagaskar auf gutlichem Wege zu verhandeln, auschislos sei. — „Matin“ versichert dagegen, die Bonasregierung werde den Franzosen auf den Rath Englands hin Zugeständnisse machen, welche eine kriegerische Lösung der Streitfrage ausschließen dürften.

Außerdem liegt die folgende Depesche aus Paris vor: Die „Siècle“ meldet, wurde die Depesche des französischen Spezialgesandten in Madagaskar, Le Myre de Villers, nur dem Präsidenten Casimir Perier und dem Ministerpräsidenten Dupuy mitgeteilt. Die Antwort soll sofort an Villers abgeandt worden sein. — „Figaro“ schreibt, wenn das Telegramm eine friedliche Lösung erwarten ließe, hätte man es sicher sofort in die Öffentlichkeit gebracht. — „Gaulois“ meint, die Regierung werde auf Grund der seit zwei Tagen gewechselten Telegramme heute oder morgen definitive Beschlüsse fassen.

Den belgischen Parlamentswahlen werden demnächst die Wahlen für die Provinzialräthe folgen. Die Brüsseler Partei-Organisationen haben für diese Wahlen folgendes Programm aufgestellt:

1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht.
2. Proportional-Wahlverfahren.
3. Einführung des Referendums.
4. Ununterbrochene Tagung der Provinzialräthe.
5. Progressive Einkommensteuer.
6. Festsetzung der Mindestlöhne.
7. Normal-Arbeitstag.
8. Gleichberechtigung für beide Landessprachen.
9. Volle Koalitions- und Diskussionsfreiheit.
10. Obligatorische Arbeiterversicherung.
11. Obligatorische und kostenfreie Schule.
12. Unterstützung der armen Schulkinder.
13. Unterstützung der Gemeinden durch die Provinzen, zum Zwecke der Ernährung, Bekleidung und Versorgung mit Schulbüchern für die Kinder der Armen.
14. Unterstützung der Fach- und Fortbildungsschulen.
15. Unterstützung des Genossenschaftswesens durch die Provinzialräthe.
16. Sofortige Abschaffung der Lizenzgebühren und Aufhebung der Getränke- und Tabaksteuern.
17. Verbesserung der Wege.
18. Sofortige Inangriffnahme der Hafenbau-Anlagen.
19. Verbesserung und Vermehrung der Provinzialstraßen.

Die einzige Doppelwahl in Belgien. Unser Genosse Léon Desuisseaux ist in Vüttich und Mons gewählt worden. Da er für Mons angenommen hat, ist in Vüttich eine Nachwahl erforderlich.

Frauenstimmrecht in Belgien. Ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft, äußert sich jetzt in der belgischen Regierung. Diese will zur Sicherung ihrer Herrschaft und zum Zwecke der Verminderung der sozialistischen Mandate den Frauen das Stimmrecht gewähren, in der Erwartung, daß die Frauen unter dem Einflusse der Priester stets in überwiegender Mehrzahl für die klerikalen Kandidaten stimmen werden.

Die „Indep. Belge“ meldet, daß im Laufe der kommenden Session mehrere Anträge in der Kammer gestellt werden sollen, welche die Verleihung gewisser politischer Rechte an die Frauen betreffen. Die Sozialisten werden die Vorlage befürworten.

Die Ultramontanen für die politischen Rechte der Frauen eintreten zu sehen, ist ein Schauspiel, wie es selten vergönnt ist zu schauen. Man ersieht aber hieraus, wie die bürgerlichen Parteien lediglich aus Gründen des momentanen Vorteils handeln. Unseren belgischen Parteigenossen dürfte ja diese Erweiterung des Wahlrechtes für den Augenblick einen Verlust einiger Mandate einbringen. Wer aber zuletzt lacht, lacht am besten, und das werden auch in diesem Falle wir sein. —

Die Abhängigkeit der ultramontanen Abgeordneten, die so oft gelegnet wird, wird durch ein Hauptorgan der deutschen Zentrumspartei, durch die „Kölnische Volks-Zeitung“ bestätigt. Man schreibt derselben aus Brüssel:

Nach Meldungen liberaler Blätter sollte Abbé Daens, welcher in Alost Weisheit gegenüber steht, von seinem Bischof a divinis suspendirt worden sein. Der Sachverhalt wird klar aus folgendem, vom „Courrier de Bruxelles“, einem Gegner des Abbé veröffentlichten bischöflichen Schreiben: Wir erfahren mit Schmerz, daß Sie das priesterliche Gewand in unziemlichen und lärmenden Versammlungen immer mehr bloßstellen. Das Aergerniß, welches Sie dadurch geben, zwingt uns, Ihnen fernerhin das Wesen der h. Messe in einer Kirche oder in einem öffentlichen Oratorium zu untersagen. Ueberdies werden wir, wenn Sie Ihre Unbesonnenheit fortsetzen, gezwungen sein, Ihnen das Besen der h. Messe (überhaupt) zu untersagen. —

Sozialreform ist ohne die Sozialdemokratie, als drängenden Nachfaktor unmöglich. Dies Zugeständniß Bismarck's an unsere Reichstags-Fraktion gilt auch für Belgien. Selbst hinter Anshand blieb Belgien bis ganz vor kurzem in seiner sozialpolitischen Gesetzgebung zurück. Jetzt, wo die Sozialdemokratie als zweitstärkster Faktor auf der politischen Bühne erscheint, werden mit Dampf die sozialpolitischen Gesetzvorlagen ausgearbeitet. Eine Depesche aus Brüssel meldet hierüber:

Die „Independence Belge“ verzichtet ein Gericht, wonach die königliche Botschaft, welche Ministerpräsident de Burlet bei Eröffnung der Kammer verlesen wird, folgende soziale Gesetzentwürfe ver kündigen werde: Gesetz der Errichtung von Pensionskassen für Arbeiter; Gesetz betreffend den Maximal-Arbeitstag für Kohlen- und Steingruben-Arbeiter von acht Stunden und ferner das Gesetz über die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe in Staats- und Eisenbahn-Verwaltungen.

Und da wagen unsere Gegner den indifferenten Arbeitern noch einzureden, daß die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse nur Versprechungen für die Zukunft aber keinen Vortheil in der Gegenwart bietet. —

Der Parnell-Fonds. Zur Zeit der unbedingten Herrschaft Parnells in der irischen Partei war der Fonds seiner ausschließlichen Verfügung unterstellt und von ihm in Frankreich angelegt worden. Nach Parnells Tode tritten die beiden rivalisierenden Parteien um den Besitz. Es kam zu langwierigen Verhandlungen vor den französischen Gerichtshöfen. Jetzt hat das Bankhaus Munroe in Paris, wo das Geld hinterlegt war, einer gerichtlichen Entscheidung Folge gebend, den 800 000 M. betragenden Fonds an den Führer der Anti-Parnelliten, Justin McCarthy, ausbezahlt. Abzüglich 280 000 M., welche zur Zahlung von Schulden der alten Parnellitischen Partei dienen sollen, wird das Geld den ausgetriebenen Pächtern zur Hilfe dienen. Das Komitee, welches die Verteilung leiten soll, besteht aus den Anti-Parnelliten Dillon und Davitt und dem Parnelliten Harrington. Aus dieser Verteilung geht hervor, daß es betreffs der Verwendung des Geldes zu einer Verständigung zwischen den streitenden Parteien gekommen ist, was nach Lage der Dinge das vernünftigste war.

Bulgarien. Am Dienstag hielten sämtliche Ost-rumelien angehörenden Mitglieder der Sobranje in Philippopol eine Versammlung, in welcher beschlossen wurde, sich zu einer konservativen Partei mit Stoilow als Führer zu vereinigen. Diese Entscheidung wurde dem Prinzen Ferdinand durch ein Telegramm mitgeteilt, welches die Unterchristen sämtlicher bei dem Parteitage anwesenden Deputierten trug. Die konservative Partei wird als Präsidenten der Sobranje den Advokaten Thodorow aus Rustschuk vorschlagen; Jankow empfahl für diesen Posten Balabanow, welcher im Jahre 1888 im Kabinet Jankow ein Portefeuille inne hatte.

Aus Rumänien wird uns geschrieben: Die rumänische Sozialdemokratie ist tot! So verkündet die gesammte gegnerische Presse. Der Grund? Die Genossen Bakalbascha und Wille sind aus der Parteileitung ausgetreten! Es war gar nicht daran zu zweifeln, daß der Austritt unserer Genossen allen unseren Gegnern den obigen Auf entlocken wird; sind es doch gerade die bürgerlichen Parteien, die tatsächlich durch den Austritt eines Parteiführers zu Grunde gerichtet werden können. Aber Liberale, Radikale und wie sie noch sonst heißen, müssen sich jetzt sehr enttäuscht fühlen, da Wille und Bakalbascha ausdrücklich erklären, daß sie wohl aus der Parteileitung, nicht aber aus der Partei ausgetreten sind. Uebrigens wird das Erscheinen des täglichen Organs „Die neue Welt“, welches schon gesichert ist, und der voraussichtliche Besuch des außerordentlichen Parteitage unsere Gegner eines Besseren belehren. — Es ist merkwürdig, wie schleunigst die Liberalen überall da abzuweichen, wo die Sozialdemokratie auftritt, so z. B. auch in Rumänien, wo die liberale Partei nur noch von der Studentenschaft Gnade besteht, welche letztere aber sich auch nur zu ihr geschlagen hat, weil sie bei der konservativen Regierung in Ungnade gefallen ist. Der Unterrichtsminister forderte den Rektor der Bukarester Universität auf, die 5 Studenten, welche das „Manifest an das Volk“ im Namen ihrer Kollegen unterzeichnet haben, zu relegieren, was dieser zu thun sich weigerte. Das Verlangen des Ministers veranlaßt nun die Liberalen, die Studentenschaft aufzuheben; die sie auch durchführen läßt, und um jeden Preis das jetzige Ministerium stürzen will; ob ihr das gelingen wird? Ganz verneinen kann man das nicht — die Liberalen dürfen sich jedenfalls keinen Hoffnungen hingeben, sie haben in Rumänien abgewirkt; ein Ministeriumsturz würde nur einen Personenwechsel herbeiführen.

Der Militarismus in Griechenland schießt so üppig ins Kraut, wie er kaum in irgend einem Großstaate sich entwickelt hat. Daß die Offiziere, die derzeit die Redaktionsräume des Blattes „Atropolis“ demoliert hatten, freigesprochen wurden, zeugte schon an sich von herrlichen Rechtszuständen. Jetzt wird durch die Obrigkeit obendrein der Spieß umgedreht. Gegen den Herausgeber G. Gabrielidis hatte gleich am nächsten Tage nach dem Angriff der Direktor des Personals des Kriegsministeriums eine Klage eingereicht, des Inhalts, daß dieser das Volk gegen die Arme aufbeizt und dadurch die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen habe. Auf Grund dieser Anklage ist, wie schon kürzlich erwähnt, jetzt ein Haftbefehl gegen Gabrielidis erlassen worden mit der Motivierung, daß er in Verabredung mit anderen die öffentliche Ordnung zu stören gesucht habe. Dieser Haftbefehl ist öffentlich angeschlagen worden. Gabrielidis selbst ist außer Landes. Es gehört sich auch, daß das Lamm, das dem Wolf das Wasserlein getrübt hat, in aller Form Rechens geschlachtet wird.

Ein Manifest der russischen Partei des „Volksrechts“, datirt vom 19. Februar 1894, ist am 22. Oktober in Petersburg verfaßt worden. Das Datum ist der Gedenktag der Bauernemanzipation. Man schließt daraus, daß die Kundgebung nicht von der alten revolutionären Partei ausgeht. Das Programm des Manifestes ist rein politisch gehalten, trotzdem in der Einleitung der Regierung die Unterstützung kapitalistischer Ausbeutung vorgeworfen ist. Es heißt dann weiter:

Das Resultat einer solchen Politik ist eine allgemeine Demoralisation und ein ökonomischer Verfall. Der Theil der russischen Gesellschaft, welcher sich die ganze Gefahr der gegenwärtigen Lage klar vor Augen stellt, sieht keinen anderen Ausgang als eine Einschränkung der Autokratie durch Einrichtung einer freien Vertretung. Da aber keine Hoffnung da ist, daß die Regierung diesen Weg gutwillig einschlagen wird, so bleibt dem Volke nur übrig, dem Zaudern und den eng dynastischen Interessen der Autokratie eine organisierte Kraft der öffentlichen Meinung entgegenzustellen. Die Schöpfung einer solchen Kraft hat die Partei des Volksrechts im Auge. Nach der Meinung der Partei bedingt das Volksrecht sowohl die politische Freiheit als auch eine Sicherstellung der materiellen Interessen des Volkes. Als Garantien dieses Rechtes sind erforderlich:

- Das allgemeine Stimmrecht.
- Glaubensfreiheit.
- Unabhängigkeit des Gerichts.
- Pressfreiheit.
- Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.
- Unantastbarkeit der Person und ihres Rechts als Mensch.

In anbetracht dessen, daß Rußland ein zusammengeschlossener politischer Körper ist, erscheint als unumgängliche Bedingung der politischen Freiheit die Anerkennung des Rechtes auf politische Selbstbestimmung aller Nationalitäten und Gebiete im Reiche.

So das Volksrecht auffassend, stellt die Partei sich die Aufgabe, eine Vereinigung aller Oppositionselemente und eine Organisation einer solchen aktiven Kraft herbeizuführen, welche mit allen ihr zu Gebote stehenden moralischen und materiellen Mitteln die Befreiung von dem politischen Druck der Autokratie erkämpft und die Rechte des Menschen und Bürgers festsetzt. ... Partei des „Volksrechts“.

(Narodnawo prawa.)
Gleichzeitig mit diesem Manifest ist die Nachricht von der Verhaftung einer 80 Studenten in Petersburg hierhergekommen. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß die Verhaftungen im Zusammenhange mit jenem Manifeste

stehen. Ob dieses Manifest eine ernste Partei hinter sich hat, oder nur von wenigen Idealen ausgeht, läßt sich von hier aus nicht beurtheilen.

Die Opfer des Jarenthums sind zahlreich wie der Sand am Meer. Die Hunderte von Märtyrern, die am Golgen gestorben, die Tausende und Rehtausende, die in Sibirien lebendig begraben sind, das sind nur die augenfälligsten Opfer — der Opfer sind Hunderte von Millionen: das russische Volk, das mit Ausnahme einer winzigen Minderheit seit Generationen durch den zarischen Despotismus zu Elend, Dummheit, Knochheit verdammt ist. Unter allen Opfern des Jarenthums befinden sich aber keine bedauernswertheren, als — der Zar selbst mit seiner Familie und seiner Verwandtschaft. Welches Leben hat dieser, der jetzige Zar gehabt, der über die zeretzte Leiche seines Vaters auf den Thron kam. Und in welchem Zustand ist er jetzt! Und seine ganze Familie! Der Palast des Jaren in Livadia ist ein Kerker und ein Lazareth. Der Zar krank — krank mit den folterndsten Schmerzen und ohne Hoffnung. Die Jarin krank. Die Kinder des Jaren krank. Die Brüder des Jaren krank. Kein Tropfen gesunden Blutes in der ganzen Familie und Verwandtschaft. Kann man sich eine blutigere Satire auf die Gottesgnadentheorie von der Allmacht eines absoluten Selbstherrschers denken? Dieser Mann, der die Allmacht für sich in Anspruch nimmt, der als unumschränkter Gebieter über Wohl und Wehe von 100 Millionen Menschen zu verfügen sich für berechtigt und fähig hält, ist nicht einmal im Stande, der Familie, die ihm am nächsten liegt, seiner eigenen Familie, auch nur die bescheidenste Summe von Wohlergehen und Wohlgefühl zu verschaffen. In der Person des Jaren und seiner Familie ist der zarische Absolutismus mit grausamster Gründlichkeit ad absurdum geführt. Wie kann der anderen helfen, der nicht sich selber helfen kann und selber das traurigste Opfer seiner über- und darum unmenschlichen Machtthron ist.

Die Universitäts-Professoren in Rußland behandelt werden. In verschiedenen Petersburger Zeitungen war die Nachricht erschienen, daß der Professor der Chirurgie B. Pawlow nach Ablauf einer 23jährigen Lehrtätigkeit die militär-medizinische Akademie verließ. Daraufhin ersuchte Professor Pawlow die Redaktion des „Wrasch“ um Aufnahme der Erklärung, daß er bis zum 10. September von seiner Entlassung nur durch die Zeitungsberichte etwas erfahren habe. Die Wichtigkeit der letzteren sei ihm erst dadurch bestätigt worden, daß er bei seinem Erscheinen in der Akademie seinen Namen aus dem Verzeichniß der Vorlesungen gestrichen gefunden habe.

Ein sechsständiger Normal-Arbeitstag. Nicht in der Phantasie eines Utopisten existirt er, sondern in Wirklichkeit soll er eingeführt werden, aber nur für Beamte in Brasilien. Dem brasilianischen National-Kongreß ist ein menschenfreundlicher Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Arbeitszeit der Staatsbeamten, die sich niemals übermüdet haben, auf sechs Stunden täglich herabgesetzt werden soll, mit drei Stunden Zuschlag in Ausnahmeseiten.

Parteinachrichten.

Zur Charakteristik unserer Gegner. In der Sucht, die Sozialdemokraten zu verleumden, um den Gesetzgebern plausibel zu machen, daß energische Maßregeln gegen den „Amsturz“ ergriffen werden müssen, ist die ganze Ordnungspresse unter Vorantritt der „Norddeutschen“ allgemein in ein Wettstreiten und Wettläufen eingetreten. Selbst die sonst gegen Sozialdemokraten die und da noch anhängende „Kreuz-Zeitung“ macht hiervon keine Ausnahme mehr. So läßt sie sich aus Frankfurt folgendes Privattelegramm schicken. Eine der hier tagenden sozialdemokratischen Versammlungen wurde polizeilich aufgelöst, als Stadtmann-Bredens vom nothwendigen Ergreifen der Waffen sprach. Es ereignete sich kein Zwischenfall. — Man vergleiche hiermit den Vorgang, wie ihn — nicht ein Parteiorgan, sondern die „Frankfurter Zeitung“ wiedergibt. Dort heißt es: Die gestern einberufenen vier sozialdemokratischen Parteiversammlungen behandelten durchweg den Kampf der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien. Sie waren sämtlich sehr zahlreich besucht. Im Meriansaal sprach Bismarck-Gera, in der „Weissen Linie“ Pfannkuch-Berlin, im Fleiß-Junkerschen Helsenkeller Meist-Köln und in der „Konfordia“ Dr. Gradnauer-Dresden, dieser anstelle v. Vollmar-München, der abgesetzt hatte. Die Versammlung in der „Konfordia“ wurde aufgelöst. Dr. Gradnauer hatte bei Befprechung der in Aussicht genommenen Maßregeln zur Bekämpfung seiner Partei ungefähr die Wendung gebraucht: Wenn uns das Rechte unserer Rechte, das Reichstags-Wahlrecht, genommen werden sollte, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter für dessen Erhaltung mit der Waffe eintreten würden. Als er bemerkte, daß der überwachende Beamte, Polizeikommissar Wiener, sich erhob und sich anschickte, die Versammlung aufzulösen, ersuchte er den Beamten, einen Augenblick zu warten und anzuhören, was er noch hinzuzufügen beabsichtige. Das geschah aber nicht, der Kommissar erklärte die Versammlung für aufgelöst.

Die Debatten des Parteitage geben den ordnungsparteilichen Zintenfiskus willkommene Stoff, um ihre Gemeinheiten über die verhassten Sozialdemokraten auszuschnitten. In Frankfurt ist bekanntlich in der Gehaltsdebatte darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Stellung eines sozialdemokratischen Redaktors durchaus nicht so beneidenswert sei, da er alle Augenblicke ins Gefängniß müsse. Dazu bemerkt das „Seitz-Tagbl.“ höhnisch, daß — um von anderen gar nicht zu sprechen — die beiden höchstbedeutenden sozialdemokratischen Redakteure, Herr Liebknecht in Berlin und Herr Schönlan in Leipzig, als Redakteure gar nicht in die Lage kommen, „Gefängnisse“ zu erdulden. Diese beiden Koryphäen halten sich bekanntlich Sitzredakteure. ... Wenn der nationalliberale Pumpajus, so bemerkt hierzu unser Dresdener Partei-Organ, der das geschrieben hat, im Kampfe für eine Ueberzeugung nur so viel „Gefängnisse“ auf sich zu nehmen gewillt ist, wie sie, „um von anderen gar nicht zu sprechen“ — Liebknecht erduldet hat, dann mag er wiederkommen mit seinem billigen Spott. Bis dahin aber lehre er hübsch vor den eigenen nationalliberalen Thüren.

Eine neue 42. Petition nach berühmten Mustern soll, wie der „Reobachter“ erfährt, auch in der Chemnitzer Gegend in Umlauf gesetzt werden, um für die Feße gegen die Sozialdemokratie, welche den demnächst zusammentretenden Reichstag beschickten wird, als Material zu dienen. Wie mitgeteilt wird, beabsichtigt man zu diesem Zwecke die Gemeindevorstände, Lehrer, Beamte und andere in abhängiger Stellung befindliche Personen dienstbar zu machen, einestheils um selbst die Petition mit ihrem Namen zu versehen, andertheils systematisch den Kreis ihrer Bekannten um seine Unterschrift zu ersuchen. — Die Blamage dürfte jedenfalls auch hier nicht ausbleiben.

Ein Kämpfer gegen den Amsturz. Einer der 42 Gemeindevorstände aus der Umgegend von Dresden, welche die berühmte Petition mit unterzeichnet hatten, war, wie wir vor einigen Tagen mittheilten, mit seiner angeleglichen Nichte durchgebrannt. Der Durchbrenner ist, wie aus Dresden gemeldet wird, in Sibirien verhaftet worden, nach wo er von Sibirsk aus einen Abschieber gemacht hat. Seine Kontabine ermittelte man in einem Görlitzer Hotel. Bei Revision des Gepäcks der Dame fand man einen sechs-läufigen Revolver und 1300 M. bares Geld. Beide sind jetzt nach Trachau zurückbefördert worden.

Dem ersten Streich der Münchener Polizei gegen die organisierte Arbeiterschaft ist der zweite auf dem Fuße gefolgt. Bekannter waren es die Metallarbeiter, die als „politisch“ aufgelöst wurden, heute die Sattler. Auch die letzteren sollen gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben, indem in ihren Vereinsversammlungen politische Themen behandelt worden seien.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Drei Vorstands-Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins zu Uetzeren hatten ein Strafmandat von je 15 M. erhalten, weil sie als Vorstands-Mitglieder polizeilich nicht gemeldet seien. Vom Schöffengericht wurden dieselben am 18. Oktober kostenlos freigesprochen. Der Anwalt behauptete, daß der Verein ein politischer sei; dies geht daraus hervor, daß die Mitglieder sämtlich (?) Sozialdemokraten seien und auch die Gelder für sozialdemokratische Zwecke verwendet würden. Die Angeklagten bestritten letzteres ganz entschieden, geben aber zu, daß wohl Sozialdemokraten Mitglieder sind, weil bei der Aufnahme in den Verein keiner nach seiner politischen Gesinnung gefragt werde. Hieraus geht aber doch noch nicht hervor, daß der Verein ein politischer oder ein solcher, welcher sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, sei. Das Gericht zog sich sofort zu einer kurzen Berathung zurück, worauf die Freisprechung erfolgte. Begründet wurde dieselbe damit, daß der Beweis nicht erbracht sei, daß der Verein sich in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt habe und sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige. Wenn derselbe auch einmal dieser Partei Geld überwiesen habe, so sei hiermit noch nicht bewiesen, daß obige Merkmale zutreffen und könnten die Angeklagten hierfür nicht verantwortlich gemacht werden.

Zu drei Monaten Haft wegen der Boykottartikel gegen die Waldschlößchen-Brauerei verurtheilte das Schöffengericht Dresden den Genossen Heimann, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“. Es handelte sich um sechs Boykottartikel, welche nach dem „Erpressungsprozeß“ in genanntem Blatte erschienen. Das Gericht erkannte für jeden Fall auf drei Wochen und zog die Strafe in drei Monate zusammen.

Depechen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 25. Oktober. Die letzten bei der hiesigen russischen Botschaft eingegangenen Mittheilungen lassen eine Veränderung in dem Befinden des Jaren und in dessen leichter Besserung nicht erkennen.

Wien, 25. Oktober. Heute fand wiederum eine mehrstündige Besprechung zwischen Vertrauensmännern der koalirten Parteien und Mitgliedern der Regierung in Angelegenheit der Wahlreform statt. Die Besprechung hatte, wie alle vorangegangenen, einen streng vertraulichen Charakter. Alle Mittheilungen über das bisherige Ergebnis der Beratungen stellen sich lediglich als jeder Grundlage entbehrenden Kombinationen dar. Die Konferenz tritt in den allernächsten Tagen wieder zusammen.

Petersburg, 25. Oktober. Gestern Mittag wies die Stadt keinen Cholerafranken mehr auf.

Petersburg, 25. Oktober. Die Gouvernements Plock, Grodno, Lomja, Mohilew, Ostland, Radom, Siedlek, Korkrowa, Oloneh, Pskow und die Stadt Warschau werden amtlich als cholerafrei erklärt.

Brest, 25. Oktober. An Bord des Kreuzers „Kretzuse“ explodirte, während im Hafen Versuche mit der Maschine angestellt wurden, ein Kessel des hinteren Kesselraums. 6 Personen wurden getödtet, gegen 20 verwundet.

Brest, 25. Oktober. Der Unfall auf dem Kreuzer „Kretzuse“ wurde durch die Explosion eines Kessels in der Dampfleitung herbeigeführt. Ein bei der Explosion entstandener Brand wurde sofort gelöscht. Die Zahl der Getödteten beträgt nach der amtlichen Feststellung vier.

London, 25. Oktober. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Yokohama von heute findet bei dem Erdbeben in den Bezirken Sakata, Yamagata und Kami an 3000 Häuser durch heftige auf einander folgende Erdbeben zerstört worden. Nach den bisherigen Meldungen sind 260 Personen getödtet und eine große Anzahl verwundet worden.

Ferner meldet das „Reuter'sche Bureau“ aus Yokohama vom heutigen Tage, daß das Armeekorps, welches Hiroshima unter dem Kommando des Marschalls Oyama verließ und welches gestern mit den Chinesen bei Port Arthur zusammengekommen sein soll, einem Gerüchte zufolge bei Seikiofo auf chinesischem Gebiet gelandet ist. Die japanischen Truppen in Nord-Korea haben den Jalufluß überschritten und sind in die Mandchurei einmarschirt.

London, 25. Oktober. Wie die „Times“ aus Kairo von gestern melden, habe der Khedive die zurückgewiesene, eine feindliche Einmischung seitens Frankreichs zuzulassen, die gegen seinen Plan, einen englischen Unterstaatssekretär im ägyptischen Ministerium des Innern einzusetzen, gerichtet sei. Der Khedive betrachte die Frage als eine rein ägyptische, die nur zwischen ihm und der englischen Regierung zu lösen sei.

London, 25. Oktober. Nach einer weiteren Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Yokohama von heute Nachmittag ist das Gerücht von der Landung der japanischen Truppen auf chinesischem Gebiete zwar noch nicht offiziell bestätigt, doch findet es allgemein Glauben, da es feststeht, daß die Expedition des Marschalls Oyama die Landung in Port Arthur oder Wei-hai-wai oder vielleicht an diesen beiden Punkten bevorzugen sollte.

London, 25. Oktober. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Shanghai vom heutigen Tage verlautet daselbst gerüchweise, die Chinesen hätten Port Arthur geräumt, ein weiteres Gerücht besagt, die Japaner seien auf Ta lien hoan im Osten von Port Arthur gelandet.

(Depechen-Bureau Herald.)

Antwerpen, 25. Oktober. Die hiesige Polizei verhaftete drei Deutsche, deren Auslieferung von den deutschen Behörden verlangt wurde. Bei den Verhafteten fand man große Geldsummen vor.

Brüssel, 25. Oktober. Der sozialistische „Peuple“ veröffentlicht die Glückwünsche-Adressen und Telegramme, welche der belgischen Arbeiterpartei aus allen Ländern zugegangen sind.

Brüssel, 25. Oktober. Entgegen den Meldungen verschiedener Blätter, daß der ehemalige Minister Beernaert das Portefeuille des neu zu schaffenden Arbeitsministeriums übernehmen werde, wird aus gut unterrichteter Quelle gemeldet, daß dieses Ministerium vorläufig erst geplant sei und einen Theil der Reformen bilden werde, welche die Regierung der Kammer unterbreiten will.

Paris, 25. Oktober. Aus Lille wird gemeldet, daß der wegen Diebstahls bei der Bank des Credit Lyonnais in Roubaix von der Polizei gesuchte Magot sich den Behörden gestellt habe. Derselbe kam von Paris und hatte von den gestohlenen 150 000 Franks nichts mehr bei sich.

London, 25. Oktober. Einem Telegramm aus Dover zufolge ist der Franzose, welcher den argentinischen Botschafter Gabriel Segni in einem hiesigen Hotel ermordete, in dem Augenblick verhaftet worden, als er sich nach Frankreich einschiffen wollte.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Parteitag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)
Nachmittags-Sitzung.

Der Parteitag tritt in die Beratung der Agrarfrage. Schoenlant begründet die folgende Resolution: „Die Agrarfrage ist das Erzeugnis der modernen Wirtschaftsweise. Je abhängiger die heimische Landwirtschaft vom Weltmarkt und dem internationalen Wettbewerb aller Ackerbauländer wird, je mehr sie in den Bannkreis der kapitalistischen Waarenproduktion, des Bank- und Wucherkapitals gerät, um so rascher verschärft sich die Agrarfrage zur Agrarkrise. In Preußen-Deutschland kämpft die landwirtschaftliche Unternehmungsklasse, die sich in ihrem Wesen von den großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landadel. Dieser Landadel erhält sich nur noch künstlich durch Liebesgaben, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuervorrechte. Trotz alledem ist der Untergang des ostelbischen Junkerbetriebes, der zum großen Teil durch schlechte Wirtschaft, Erbteilerei und Restaufgelber überschuldet ist, schon besiegelt. Dazu kommt der sich fortgesetzt zu weitende Zwiespalt zwischen Großbesitz und Kleindauerlicher Wirtschaft. Die Kleinbauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuerpolitik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verengt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisiert. Auf der anderen Seite entfaltet sich der Klassen Gegensatz zwischen ländlichen Unternehmern und ländlichen Arbeitern zu immer größerer Reinheit. Eine ländliche Arbeiterklasse ist entstanden, sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht verweigern, die sie unter die Gefinde-Ordnung stellen, sie ist losgerissen von den alten patriarchalischen Verhältnissen, die in die Hörigkeit eine bestimmte Existenzsicherheit einschlossen. Die Zwischenschichten, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubuße angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des ländlichen Proletariats. Mit der Erwerbsunsicherheit, dem Lohndruck und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Wanderarbeiter wächst der Zwiespalt zwischen Grundbesitz und Landarbeit, das Klassenbewusstsein des Landarbeiters erwacht. So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das ernste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbedingung dazu ist die eingehende Kenntnis der ländlichen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolf nach seiner Eigenart behandeln. Die Agrarfrage als notwendiger Bestandteil der sozialen Frage wird endgiltig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Jetzt aber muß die Nothlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformthätigkeit gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonders agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständnis der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt. Der Bauernschaft soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren und ihm den rationellen und den gemeinschaftlichen Betrieb durch Staatshilfe erleichtern. Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gefindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze in Bezug auf die Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbefugnisse ihn vor der ziellosen Ausbeutung bewahren. Ein besonderer Agrarausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.“

Wollmar, Schoenlant.
Schoenlant: Was ist das platte Land heute? Die Domäne des Junkerthums und der Kette. Was soll das platte Land sein? Das, was die Sozialdemokratie zu erobern hat. Die Agrarfrage steht im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Wir begreifen sie nur, wenn wir die Ursache der Uebelstände kennen lernen, es handelt sich bei ihr nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Grundbesitz und Grundbesitz; sobald die Landwirtschaft die feudalen Rücksände abgestreift hat, sobald sie in den Bannkreis des Kapitalismus getreten ist, beginnen erst jene Schwierigkeiten, über die sich die bürgerlichen Politiker die Köpfe zerbrechen. Ich sagte, die Agrarfrage ist ein Kampf zwischen Grundbesitz und Grundbesitz, zwischen der feudalen Produktionsweise und dem landwirtschaftlichen Kapitalismus. Dieser Kampf begann mit der vollzogenen Bauernbefreiung. Unser ostelbisches Junkerthum kann nicht mit der landwirtschaftlichen Großproduktion konkurrieren und erhält sich künstlich durch Ausnutzung seiner politischen Macht. Es vertritt die rückständige Form des Betriebes gegenüber dem landwirtschaftlichen Großbetrieb. Auf Kosten der wirklich produktiven Schichten erhält es sich noch, aber es muß erliegen. Schon jetzt repräsentiert das Junkerthum im Osten den chronischen Fäulnisprozess in der Landwirtschaft. Neben diesem Kampfe vollzieht sich die gemaltige Tragödie des untergehenden Kleinbetriebes des Bauernthums. Die zweite Seite der Agrarfrage ist der Kampf der Großgrundbesitzer mit ihren ländlichen Proletariern, der Kampf des mittleren Unternehmers mit seinen Tagelöhnern, der Kampf des Bauern mit dem Knechte. Als die Bauernbefreiung durchgeführt wurde, als ein Schachergeschäft zwischen Dynastie und Adel auf Kosten der Bauern zu Anfang unseres Jahrhunderts, kam sie auf nichts anderes heraus, als auf die Verwandlung der Fröhner in ausbeutungsabhängige Proletarier unter gleichzeitiger Raub eines guten Drittel des Bauernlandes durch den Adel. Es lohnte sich nicht mehr, feudalistisch zu produzieren, die Gutsherrschaft sicherte sich die ganze Arbeitskraft der Familie des Frohnarbeiters. Es wurde das Institut der Instleute geschaffen. Die Instleute waren materiell besser gestellt, als heute der Landarbeiter es ist. Das Instwesen mußte zerfallen in dem Augenblick, wo von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsform übergegangen wurde, wo die Rudertübe die Landwirtschaft eroberte. Die Saisonarbeit trat an Stelle der Arbeit über das ganze Jahr. Statt der Instmänner wurden reine Proletarier gebraucht. Die Lebenshaltung verschlechterte sich. Der Instmann empfing neun Zehntel seines Lohnes in Naturalien, es bestand noch eine Interessengemeinschaft zwischen Instmann und Junker, denn der Instmann verzehrte nicht alles Getreide, das er erhielt, sondern verkaufte einen Theil. Die Einführung des Geldlohnes an Stelle des Naturallohnes zerriss das letzte patriarchalische Band zwischen Junker und Landarbeiter. Die Dampf-Dreschmaschine wurde eingeführt. An Stelle des Instmanns trat der Einlieger. Bald genügte der einheimische Einlieger nicht mehr, die Wanderarbeiter er-

schienen und mit ihnen das wichtigste Nahrungsmittel in der Landarbeiterbewegung. Zunächst wurden die Wanderarbeiter aus dem polnischen Osten Preußens bezogen, dann, als sie noch zu anspruchslos erschienen, wurden Russen und Polen herangezogen. Diese Kulis verdrängten die einheimischen Landarbeiter, die als Sachsgänger nach dem industriereichen Westen gehen. Wo der Großgrundbesitz im Osten sich vermehrte, hat sich auch das polnische Element vermehrt und die Landbevölkerung proletarisiert. In der Landarbeiterschaft des Ostens sind die Grundbedingungen für eine erfolgreiche sozialdemokratische Agitation gegeben. Der mittlere Besitz im Ostelbien ist verschwunden, oder nur noch sporadisch vorhanden. Der Typus der Landwirtschaft ist der Großgrundbesitz. In Niedersachsen herrscht ein anderer wirtschaftlicher Typus: die großbäuerliche Betriebsweise, die nicht mit den ländlichen Proletariern, sondern mit den sogenannten Häuslingen, den Anbauern, den kleinen Leuten in den Bauernhöfen arbeitet. Die Anbauer haben noch einen kleinen Besitz, eine kleine ländliche Wirtschaft, sie stellen das Hauptkontingent für die überseeische Auswanderung. Nicht die Kernen sind es, die auswandern. Die Auswanderer wollen nicht mehr die Knechte der Großbauern sein. In Westfalen sind die großen Bauern auf ihren Einzelhöfen und abgefordert davon die sogenannten Häuslinge in Wohnungen, die der Großbauer ihnen giebt. Professor Knapp schildert die Lage der Häuslinge als eine idyllische. Mit Unrecht! Auch bei ihnen bringt die Sozialdemokratie ein. Die Häuslinge arbeiten zum Theil auf eigenem Lande, zum Theil für den Bauern. Gehen wir nach dem Süden und Westen, so treffen wir in der Landwirtschaft das bunteste Bild an. Im Süden und Westen herrscht die bäuerliche Betriebsweise, es fehlt an den schroffen Gegensätzen wie im Osten. Die bäuerliche Verfassung in Bayern zum Beispiel ist außerordentlich wechselnd. Der Redner giebt hiervon eine eingehende Schilderung. Ebenso schildert er die Verhältnisse in Baden, wo das Kleinpachtssystem so entwickelt ist, wie in Irland und Galizien und die Kleinbauern und Kleinpächter außerster verschuldet sind, ausgeliefert der Willkür des Großgrundbesitzers und den schmachvollen Praktiken jüdischen Wucherkapitals. Das erklärt den Antisemitismus. Die erste Emeute des Bauernthums richtet sich gegen das Kapital in seinen jüdischen Repräsentanten. Festgestellt ist freilich, daß die Hintermänner dieser Wucherer sehr respectable Christen unter sich haben. Welche Bevölkerungsschicht steht uns in der ländlichen Bevölkerung gegenüber? Nach der Deutschen Berufs-Statistik vom 6. Juni 1882 waren 42,5 pCt. der deutschen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Wir haben es also mit einer kolossalen Volkszahl zu thun. Um unter ihr zu agitieren, müssen wir uns vor der Schablone hüten. (Sehr richtig.) Die wichtigste Vorbedingung für eine gute Landagitation ist das Eingehändnis, daß der größte Theil unserer Parteigenossen nichts von ihr versteht. Wir müssen ans Landvolf heran mit dem, was es bewegt. Wir müssen seine Bedürfnisse in Betracht ziehen. Ein Bauer in Oberbayern muß anders behandelt werden, als ein Häusling. Die Landagitation hat sich also zu differenzieren. Es wird gesagt: Die Landarbeiter sind die erste Forderung, die wir erobern müssen. Aber der Landarbeiter des Ostens muß anders gefaßt werden, als der des Westens. Der Landarbeiter des Ostens muß aufgeklärt werden über das preussische Junkerthum und seine schmutzigen Praktiken. Dabei müssen die preussischen Verhältnisse, wie sie im Landtag zum Ausdruck kommen, besonders beachtet werden. Die Landarbeiter werden unter den verschiedenartigsten Bedingungen ausgenutzt; sie müssen hingewiesen werden auf die Aufhebung der Gefinde-Ordnung, auf die Nothwendigkeit, für sie das Koalitionsrecht zu erhalten, damit sie der größten Ausbeutung, wie sie gerade in der Landwirtschaft gebräuchlich ist, entgegentreten können. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß sie ebenso wie die Industrie-Arbeiter Arbeiterschutz und Landinspektoren brauchen. So verstaatet sind sie nicht, daß sie sich willig in's Joch der Unterwerfung fügen. Sporadisch sind schon Streiks vorgekommen. Wir müssen die straffe Organisation anstelle der wilden ersten Bewegung stellen. Auch das Kleinbauernthum ist zu gewinnen. Man soll da nicht mit allgemeinen Urtheilen kommen. Manche Theile von ihm sind leichter zu haben, als die Landarbeiter. Es kommt nur auf den Säemann an, dann werden auch sozialpolitische Samenländer bei ihm aufgehen; dafür bietet schon der demokratische Zug, der durch die Bauern des Südens und Westens geht, eine Gewähr, wenn er auch noch partikularistische Formen hat. Wenn man einwendet, so lange sie noch einen Kleinbesitz haben, selbst wenn er nur ein Scheinbesitz ist, sind sie nicht für uns zu haben, so erwidere ich, Hunderttausende von Bauern sind ja nur maßlos beschlossene Landarbeiter. Sie sind zu haben, wie wir die kleinen Geschäftsleute, die Krämer gewonnen haben. Die Großbauern mit vielen Knechten werden auf diesem Wege nicht zu haben sein, wohl aber die Kleinbauern mit keinem Knecht oder einem Knechtlein. Wie packen wir nun die Großbauern? An Geldbeutel. Wir weisen sie hin auf die Steuern und den Militarismus. Wir zeigen ihnen, wie eine bessere Organisation der Gesellschaft ihnen ermöglichen wird, die Maschine und alle technischen Verbesserungen in ihren Betrieben anzuwenden. Gewaltig ist ja die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens. Und erreichen wir auf diesem Wege nichts anderes, als die Bauernschaft zu neutralisieren, so haben wir genug getan. Noch giebt es Hunderttausende von Bauernhöfen, die das Vaterunser beten, und wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter schießen. Es darf nicht wieder so kommen wie im Jahre 1848. Meine Freunde! Als die Pflaste des Absolutismus geplagt war, da hat die Reaktion den Bauern schleunigst Zugeständnisse gemacht, und sie so gewonnen. Wir müssen verhindern, daß die nagelbeschlagenen Schuhe der Bauern und ihrer Söhne sich gegen uns wenden. Wir müssen sie neutralisieren, pazifizieren. (Beifall.) Der Redner giebt hierauf eine historische Darlegung der Entstehung des preussischen Junkerthums, des kleinen Adels, der aus dem Stand der Dienstmänner dank seines Raubgutes auf Kosten der Bauern emporgestiegen ist. Der Landdiebstahl im 15. und 16. Jahrhundert, das Bauernlegen schuf die Junkermacht. Die freien Bauern wurden in den Zustand klavischer Leibeigene hinabgewürdigt. Aus diesem Milieu ist das Landproletariat hervorgegangen im Osten und nur aus diesem Milieu heraus ist seine Art zu verstehen. Wie es im Westen, wie es im Süden aussieht, habe ich ihnen geschildert. Wir haben dafür zu sorgen, daß das Junkerthum des Ostens so rasch als möglich zusammenbricht. Im Westen und Süden soll sich die Agitation den besonderen Verhältnissen anpassen. Wir brauchen deshalb eine genaue Schilderung der dortigen Zustände, und wir brauchen ein Landarbeiterprogramm. Das popularisirte Erfurter Programm muß ergänzt und erweitert werden. Es muß übersichtlich sein, denn mit den Landleuten müssen wir Fraktur reden. Wir müssen endlich einmal praktische Agitation treiben, nicht bloß die graue Theorie.

Wir müssen uns hüten, die Schablone der Agitation unter den Industrie-Arbeitern auf das Land anzuwenden. Wir müssen praktisch werden. Unsere revolutionäre Politik darf nicht in geschwollenen Kraftphrasen bestehen (Sehr richtig.), durch pseudoradikale Einwände dürfen wir uns nicht beirren lassen. Die Medizin des Sozialismus muß der Landbevölkerung in homöopathischen Dosen beigebracht werden, sonst bringt sie den Bauern um. (Große Heiterkeit.) Heute müssen aufs Land geschickt werden, die etwas davon verstehen, nicht Leute, die dem Bauern sofort vom Achtsundentag erzählen (Große Heiterkeit); erzählen wir dem Landarbeiter lieber von der Aufhebung der Gefinde-Ordnung, vom Koalitionsrecht, das wird wirken. So ein Herr aus Berlin (Cho!) eignet sich manchmal nicht zur Landagitation. Manche Städte, die das Weisheitsmonopol zu haben glauben, richten auf dem Lande nur groben Unfug an. (Heiterkeit.) Was kommen aber häufig für Leute von uns aufs Land? Ausgezeichnete Feinmechaniker, vortreffliche Schlosser, aber Männer, von denen der Bauer mit Recht sagen kann: Sie verstehen ja nichts von dem, was mich bewegt. Leute müssen aufs Land, die die Agitation vollständig betreiben und die besonderen Verhältnisse kennen, die sie dabei zu beachten haben. Dann wird der antilokalistische Bauernschädel, von dem Schäffle hoffend spricht, bald ins Gebiet der Sage gehören und auch der Bauer wird dann unser Ziel begreifen, das ich in die Withe'schen Worte aus dem zweiten Theil des Faust lassen möchte:

Solch ein Gewimmel möcht ich sehen,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen.

Bevor wir die Art im entscheidenden Moment an die Wurzel des Baumes legen, bevor wir ausholten zum entscheidenden Schlage, müssen wir das Erdreich lockern, in dem er lebt, damit der Baum beim Niedersturz die ganze kapitalistische Miswirtschaft erdtödt. (Stürmischer Beifall.)

Volmar: Ich habe mich gern bereit erklärt, die Resultate meiner theoretischen Untersuchungen und meiner praktischen Erfahrungen zu Ruh und Frommen der Landagitation Ihnen hier vorzutragen. Ich werde mich aber nur mit dem selbstwirthschaftenden Bauernthum meiner engeren Heimath beschäftigen. Unsere Bewegung ist ja ursprünglich eine Industrie-Arbeiter-Bewegung, weil sich hier die kapitalistische Wirtschaft, die sozialen Gegensätze am schärfsten ausprägen. Naturgemäß bilden die Industrie-Arbeiter unsere Kerntruppen. Sie gehören zum größten Theil bereits uns, sie ganz zu uns zählen zu können, ist nur eine Frage der Zeit. Aber wir haben vor allem noch die andere Hälfte der produzierenden Bevölkerung, die der Unproduktion und Landwirtschaft, die in einzelnen Theilen Deutschlands gleich stark wie die Industriebevölkerung ist, in einzelnen Theilen, so in Bayern, die Industriebevölkerung aber weit überwiegt, zu gewinnen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung gerät in steigendem Maße in wirtschaftliche Bedrängnis; damit ändern sich natürlich ihre Anschauungen und Ansichten. Sie beginnen das Gefühl ihrer Macht zu bekommen. Es giebt unter ihnen, sie werden widerwärtig gegen die städtischen Herren, die Geistlichkeit, die Beamten. Instintiv lehnen sie sich gegen den auf sie ausgeübten Druck auf, und gerathen deshalb, obwohl sie bisher politisch vollständig passiv gewesen sind, jetzt mit in den Strudel der politischen Bewegung und schließen sich dann naturgemäß derjenigen Partei an, von der sie eine Förderung ihrer Interessen erwarten können. Deshalb ist es für uns die höchste Zeit, der Agrarfrage näherzutreten. 1867 auf dem Kongress in Lausanne fand das erste Geplänkel über die Agrarfragen statt. Sie wurde sodann dem Programm des Brüsseler Kongresses eingereiht. Man stellte sich damals vor, daß das Kollektiveigentum an große Ackerbau-Genossenschaften verpachtet werden sollte, Grund und Boden sollte nicht vollständiges Staats- oder Gemeindegeneigentum werden, sondern den früheren Besitzern und ihren Nachkommen die Gewähr für den Ertrag ihres Besitzthumes geleistet werden. In Brüssel 1869 kam es zu sehr heftigen Kämpfen. Der Beschluß, den der Kongress faßte, ging dahin, daß die Gesellschaft ein Recht auf eine Verwandlung des Privateigentums in Kollektiveigentum habe. Es bildeten sich damals aber zwei ziemlich gleich große Hälften heraus, von denen die eine die Ueberweisung des Grund und Bodens an Gemeindegeneinschaften, die andere aber an individuelle Pächter verlangt; auf dem Stuttgarter Kongress 1870 stellte man sich zunächst auf den Boden des Brüsseler Beschlusses, stipulirte aber ein gewisses Uebergangsstadium; damit aber ist die offizielle Beschlußfassung zu Ende gegangen. Das Gothaer und Erfurter Programm sprechen wohl zu uns einmal von der Agrarfrage, gehen aber keineswegs speziell darauf ein. Die Auffassung der Parteigenossen stellt sich nur so dar, die Lösung der Agrarfrage sei durch die allgemeine Entwicklung vollständig umschrieben. In der bekannten Inauguraladresse 1884 spricht Marx von der Aufsaugung des kleinen und mittleren Grundbesitzes in England und Irland; dann wird geschlußfolgert, daß, wenn die Entwicklung in demselben Tempo fortschreitet, die Lösung der Agrarfrage ungemein vereinfacht würde, weil wir zu ähnlichen Verhältnissen kommen wie im alten Rom. Welcher ungeheurer Abstand aber zwischen dem, was man damals prophezeite und was wirklich eintrat! Man prophezeite den rapiden Verfall des Kleinbesitzers, die Zusammenschweißung in riesige Kollektivebetriebe, demirthschaftet von Arbeiterarmeen. Bei einer solchen Auffassung hatte die Sozialdemokratie dem Bauern nichts zu bieten, sie konnte ihn nur auf sein unabwendbares Schicksal hinweisen und ihm nur das Heil in der Zukunft versprechen. Das klang zwar sehr prinzipiell, brachte uns die Bauern aber keineswegs näher; wir haben die eigenthümliche Erfahrung gemacht, daß den Bauern unsere politischen Reden ausgehört gefallen, ganz anders aber war es, wenn uns die Bauern interpellirten, wie wir uns die Deutung ihrer augenblicklichen Lage denken; die Einen schwiegen sich ganz aus, die Anderen dagegen kamen rund mit dem Kollektiveigentum heraus. Damit stießen wir die Bauern natürlich direkt vor den Kopf; sie sagten sich, wenn man uns schon einmal unser Eigentum nehmen will, so können wir ja noch eine Weile warten, um zu sehen, ob es nicht vielleicht doch noch besser wird. Wie hat man es zuerst gemacht? Wie ein Heuchelredenschwärm ist man aufs Land gefallen, hat Flugchriften häufig recht zweifelhafter Natur verbreitet und, was noch schlimmer ist, alte Parteizeitungen, die über wüdriges Parteigezänk berichteten. Es waren meist junge Leute, die hinausgingen; sie haben mit einer Miene zu dem Bauern heruntergesprochen, wie: Höre mal Schafkopf! Verstehtst du? (Große Heiterkeit.) Wenn das Dorf dann wieder von dem Besuche verlassen war, können Sie sich ja denken, was die Bauern untereinander von ihm gesagt haben (Heiterkeit). Andere wieder gingen hin und sprachen vor den Bauern über die materialistische Geschichtsauffassung (Stürmische Heiterkeit), über die Werththeorie u. s. w. In unseren Parteiblättern war dann von dem großen Erfolge zu lesen, der von den Bauern erzielt worden sei. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn dann die

frischen Vorbeeren jener Agitation verdorrt waren, ist den übermäßigen Hoffnungen der Notjammern gefolgt. Und was bei den Einzelnen der Fall war, trifft für die ganze Partei zu. Erinnern Sie sich an Halle, an das Jahr 1890; da hieß es: Krieg den Ultramontanen! Hinans aufs Land! und alles Kriegsvoll hat gejubelt. Auf dem vorigen Parteitag in Köln, da klang das Lied ganz anders; da war man pessimistisch geworden; da hieß es: Bei den Bauern ist vorläufig wenig zu thun. Und wenn wir mit Engländern reden wollten, unser Anhang bei den Bauern wird immer schwach bleiben. Kurz, man war himmelhoch jauchzend — zu Tode betrübt. Beides ist gleich falsch. Es ist phantastisch, zu glauben, daß man den Bauer spielend mit einer Rede gewinnen könnte; aber es ist auch nicht wahr, daß der Bauer für uns unzugänglich sei. Nur die richtige Art muß angewendet werden, dann sind sie jetzt, wo die Verhältnisse so harte Lehren bieten, sehr wohl zu gewinnen. Wenn wir die Bauern nicht schon mehr gewonnen haben, so ist es größtenteils unsere Schuld. Aber freilich! für eine erfolgreiche Landagitation sind zwei Voraussetzungen nötig, einmal muß der Bauer sehen, daß wir Herz und Verständnis für seine täglichen Leiden haben und nach Kräften ihm zu helfen bereit sind, und zwar nicht nur in einer entfernten Zukunft, die dem Bauer wenigstens entfernt scheint, sondern schon jetzt. (Sehr richtig!) So verlangt es ja auch der Industrie-Arbeiter für sich von uns. Weiter muß ihm auch unsere ganze Art sympathisch und verständlich sein. Sache und Person müssen ihm Vertrauen einflößen, nur dann erschließt sich uns der Bauer und giebt sich uns hin. (Sehr wahr.) Wer auf das Land gehen will, verdamme zunächst all seine alten Agitationshefte und denke sich in die ländlichen Produktionsverhältnisse, in das ganze bäuerliche Denken und Fühlen hinein. Wenn er das nicht thut, wird er ihnen dauernd unverständlich bleiben. Zunächst lege er den städtischen Hochmuth ab, als wenn er alles besser wüßte. Dumm ist der Bauer nicht! Auch der städtische Sozialist hat von dem Bauer noch ungeheuer viel zu lernen. Nur nicht schablonisieren! In dem liebevollen Eingehen auf die häuslichen Anschauungen und Verhältnisse, auf seine Sprache und die Art und Weise seiner Schlussfolgerungen, liegt die Kraft unserer Agitation. Daher müssen alle Statistiken, alle wissenschaftlichen Floskeln, alles nervös Zwingende in der Rede weise unterbleiben. Das an den Bauern Herbeigehende des Bauern — und im Charakter sind sich alle Bauern gleich — ist das Allerwertvollste. Wenn der Bauer merkt, daß man etwas von ihm will, ist er ungeheuer dickköpfig, das haben sie ja auch an uns gemerkt. (Heiterkeit.) Ich habe Ihnen ja gesagt, daß wir ein Bauernvolk sind. Das Ungeheuerste, was die Regierung thun kann, ist, wenn sie einen Amtmann vor den Bauern die Sache auseinandersetzen läßt. Sie hören stumm zu, stoßen sich gegenseitig an; fragt man sie über die Rede, so sagen sie: „Schön hat er geredet“, aber sie stimmen in der Landgemeinde doch nicht für die Regierung. Das Gefühlsmoment darf nicht unberücksichtigt bleiben, das gilt übrigens auch für die städtische Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch bemerken, daß die Religion uns überhaupt nichts angeht. Wir müssen die Eigenart der Verhältnisse und Menschen schätzen lernen, wir müssen uns vor oberflächlichen Schlüssen hüten, vor jedem Generalisiren hüten. Das doktrinaire Vorgehen muß unterbleiben. Dagegen aber kann durch den Hinweis auf das Heruntergehen der Lebensweise als Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung auch bei dem Bauer der Hebel angefaßt werden. In erster Linie muß man außer dem Eifer auch Geduld haben; nur nicht die treibhausmäßige Eile! Natürlich ist es nicht leicht, Bauernagitation zu sein, aber wir sind jetzt groß genug, um eine Differenzierung einzutreten zu lassen. Es braucht nicht jeder Bauernagitation zu sein. Unsere Agitation wird nur dann von Erfolg sein, wenn wir den Bauern etwas zu sagen haben, wenn wir ihnen aber auch etwas Positives bieten können.

Was können wir nun von dem sozialistischen Standpunkte dem Bauer bieten? Das führt zu der zweiten Frage: Welches ist die tatsächliche Lage der Landwirtschaft? Es ist ein vulgär liberales Geschwätz Eugen Richters, die Noth der Landwirtschaft zu bestreiten. Diese Unfähigkeit des Liberalismus ist die Ursache, daß die Bauern sich so schwer von den reaktionären Parteien loslösen. Leider hat das thörichte Geschwätz auch hier und da bei uns Eingang gefunden. Man braucht aber nur einen Blick auf den Kurszettel zu werfen. Beachte man, daß die Landwirtschaft bis zu einem Drittel und darüber hinaus verschuldet ist. Der Gesamtantrag der landwirtschaftlichen Schulden beträgt 15-20 Milliarden in Deutschland und wächst von Jahr zu Jahr um 1/4 bis 1/2 Milliarde. Die frühere Zinsklaverei, der Zehnt in Naturalien, ist unvergleichlich leichter als die Zinsklaverei von christlichem und mehr oder weniger jüdischem Kapital. Aber trotzdem ist die Aufsaugung der Kleinen zu Gunsten der Großen nicht in dem Maße vor sich gegangen, wie man es früher annahm. Altpreußen, Pommern und Mecklenburg kann nicht als typisches Beispiel für Deutschland in Betracht kommen. Uebrigens ist es nicht in jedem Falle die technische Ueberlegenheit des Großbetriebes oder die Ueberschuldung des Kleinbetriebes gewesen, die die Konzentration des Grundbesitzes bewirkte; die Verschuldung ist nicht bloß auf den Klein- und Mittelbetrieb beschränkt, die Vittergüter sind häufig weit mehr überschuldet als der Kleinbetrieb. Nach einer Statistik von Meinen übersteigt die Realverschuldung den Grundbesitzer-Reinertrag um 18 pCt. bei den Bauern, um 28 pCt. bei dem Großgrundbesitz, um 46 pCt. bei dem Kleinbesitz. Nach einer Aufnahme der preussischen Regierung in 42 Amtsbezirken beträgt die Schuldenlast 53,5 pCt. vom Werth bei dem Allodialbesitz, 27,9 pCt. beim Mittelbesitz, 24 pCt. beim Kleinbesitz. Auch der Gebrauch der Maschinen hat nicht im Entferntesten eine so umwälzende Wirkung gehabt, wie sie häufig hingestellt wird. Selbst in England sind die Dampfmaschinen im Landbetrieb der Zahl nach etwas zurückgegangen. Der Großbetrieb erweitert sich keineswegs so überlegen dem kleineren Betrieb, wie es dargestellt wird. Ist das schon beim Getreidebau der Fall, wie viel mehr bei der Viehzucht, die noch keinen Weltmarkt hat und auf die sich die Landwirtschaft immer mehr werfen. Die Dampfmaschinenkraft im großen Stil muß sehr skeptisch angesehen werden. Im allgemeinen gilt: gerade die Viehzucht eignet sich keineswegs für einen Viehsenbetrieb bei der jetzigen intensiven Wirtschaft und Viehpflege. Eine Zuchtweide geht in der Regel nicht über 60 bis 70 Stück hinaus. Die Klein- und Mittelbetriebe ist sehr wohl noch konkurrenzfähig.

Weshalb die Landwirtschaftlichen den Thatsachen aus der Industrie widersprechen? Der Bauer produziert nicht nur Waare, sondern auch für den eigenen Verbrauch. Die Schwankungen des Marktpreises treffen ihn weniger, die ganze Lebensweise auf dem Lande kommt in Betracht. Gewiß ist der Mittelbesitz und die Parzellenbauern in der Forderung begriffen, aber er wird weniger zerstört durch die Konkurrenz des Großbetriebes, als durch die Einflüsse des von außen her eindringenden Geldkapitals. Es giebt nicht wenige Agrarpolitiker, die der Meinung sind, daß der Großbetrieb wieder zum Kleinbetriebe herunter geht. Wenn ich auch nicht auf diese Hypothese eingehen will, so wird Ihnen doch so viel klar geworden sein, daß die Agrarfrage außerordentlich kompliziert ist. Die Eigenart des Produktions-Nachganges des Landwirthes bedingt seine Sonderstellung und die Nothwendigkeit, eine Eigenart in der Propaganda auszubauen. Die Bedrückung des Landwirthes wächst. Auf Jahre hinaus ist der Klein- und Mittelbetrieb noch lange nicht am Ende seines Daseins. Daran geht hervor, daß wir mit der rein bäuerlichen Bevölkerung sehr wohl zu rechnen haben. Es bleibt uns nur eine Wahl. Entweder wir machen es nach Wanchersmüster so, daß wir das Spiel der Kräfte sich frei entfalten lassen, daß der Verschuldungsprozess fortschreitet. Beim industriellen Kapital suchen wir seinen Einwirkungen auf die Arbeiter Zöhne und Klauen entgegenzusetzen. Dasselbe muß bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung geschehen. Die Verbesserung der Lebenslage der Landwirthe liegt aber auch im eminenten Interesse des Industrie-

Arbeiters. Kommen doch von Jahr zu Jahr in größeren Scharen die Landarbeiter nach der Stadt und machen ihnen eine immer steigende Konkurrenz. Dem kann nur durch die Verbesserung der Verhältnisse der Landarbeiter und Bauern vorgebeugt werden. Legen wir aber die Hand in den Schooß, so verurtheilen wir uns zur vollendeten Einfluchtlosigkeit bei den Bauern. Wir zwingen sie geradezu in die Reihen unserer Gegner einzutreten, wir zwingen sie unsere Feinde zu sein. Wir dürfen uns dann recht lange damit beschäftigen müssen, die Bauern zu gewinnen. Dann bleibt nichts anderes als der blaugrünlische Standpunkt übrig, nämlich die Ergriffung der politischen Macht mit einer proletarischen Minderheit. Die reine Klugheit gebietet uns schon, in einem Lande mit so großer landwirtschaftlicher Bevölkerung ohne diese keine grundlegende Umgestaltung vorzunehmen. Das ist ein Standpunkt, den bereits Liebknecht eingenommen hat, indem er auf die französische Revolution exemplifizierte. Ohne die Bauern ist unser Ringen ein erfolgloses, mit ihnen aber sind wir unüberwindlich. Ohne die Bauern zu Freunden zu haben oder wenigstens nicht zu Feinden, wäre jeder Erfolg einer proletarischen Minderheitsrevolution schwer zu erringen und durchaus illusorisch. Die schwersten Rückschläge würden folgen. Und dann, wir sind doch Demokraten, wir wollen nicht gegen eine Majorität regieren, wir wollen die politische Macht nicht erschleichen und nicht erpressen, da kann uns die Wahl der Mittel, die politische Gewalt zu erringen, nicht zweifelhaft sein. Entweder wir glauben, der Bauer ist nicht zugänglich, dann ist die nothwendige Ergänzung, daß wir unsere Ungeduld, die politische Macht zu erlangen, nur getrost auf eine tüchtige Spanne Zeit zügeln, oder wir wollen die politische Macht so rasch wie möglich erobern, dann müssen wir auch die Mittel anwenden, um die Bauern zu erobern. In Köln wurden wir vor dem Eifer in bezug auf die praktische Thätigkeit bei den Bauern gewarnt. Dann allerdings dürfen wir gleich die Hand von der Landagitation lassen, denn der Bauer begnügt sich mit Recht nicht mit negativer Kritik, er will unbeschadet aller Verbesserungen in der Zukunft genau so wie der Industrie-Arbeiter, ganz positive Mittel zur Verbesserung seiner Lage schon in der Gegenwart. (Sehr richtig.) Demgemäß hat auch eine Reihe unserer ausländischen Bruderparteien gehandelt. Zuerst ist die dänische Sozialdemokratie darin vorgegangen, sie hat ein eigenes ergänzendes Programm für die Bauernagitation geschaffen, so verlangt sie die Verstaatlichung der Lebens- und Kirchengüter, den staatlichen Kauf von Land und Verpachtung an Einzelarbeiter und Genossenschaften. Etwas ähnlicher ist es in Ungarn. Auf dem Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie ist unter dem Druck der Bauernunruhen, obwohl die Meinung ausgesprochen wurde, daß der Großgrundbesitz im Gange der Entwicklung liegt und obwohl das Kollektiv-Eigentum an Grund und Boden vertreten wurde, doch eine Reihe von Forderungen vertreten worden, durch welche eine Reihe von Garantien für den Kleinbesitz ausgesprochen wird. In Rumänien, in Italien ist es ganz ähnlich. In Belgien enthält das Wahlprogramm die Punkte: Verpachtung der Domänen an Einzelarbeiter und besondere Genossenschaften, gewinnloser Kredit, Naturalbank, Vertretung der Bauern, Pächter und Landarbeiter in Landwirtschaftskammern, die über Arbeitszeit, Lohnminimum, Pachtzeit und Pachthöhe zu beschließen haben. Zu diesem Programm sagte der „Peuple“: „Die Durchsetzung dieser Forderungen ruft die Kollektivwirtschaft hervor und tadelt zugleich den thatsächlichen und unmittelbaren Bedürfnissen Rechnung, die wirtschaftliche Bewegung vollzieht sich im praktischen und reformatorischen Sinne, in dieser Richtung hat sie während der letzten Jahre Riesenschritte gemacht, denn die Sozialisten begreifen, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht mit einem Schlag zum Siege kam und daß dies auch nicht bei der von uns erstrebten kollektivistischen Gesellschaft der Fall sein wird.“ Die Hauptfrage aber ist der Hinweis auf Frankreich. Das es Punkte enthaltende, bekannte, auch im „Vorwärts“ veröffentlichte Agrarprogramm, das schon 1892 in Marseille beschlossen worden ist, hat die mächtigsten Erfolge auf dem Lande erzielt und die Gegner in Schreck gesetzt. Graf Nim sagte darüber: „Wenn der Sozialismus auf diese Weise erst die Feldwege unseres Landes findet, dann ist unsere Sache verloren.“ Das hat natürlich dazu angeeifert, weitere Mittel zur Erwerbung, Jacques bonhomme zu finden. Und in dieser Frage sagt Jules Guesde: „Der Kleinbauer hängt leidenschaftlich an seinem Boden und mit Recht, weil es für ihn jetzt außer seinem Eigenthum keine Freiheit giebt. Die Partei hat von Anfang an einen Unterschied gemacht zwischen dem individuellen Eigenthum des vom Produzenten selbst angewandten Arbeitsmittels und dem kapitalistischen Eigenthum einer Hand voll Mülliger. Weit davon entfernt, den Bauern enteignen zu wollen, will der Kollektivismus ihn von Lasten aller Art befreien. Wo sich infolge des Dampfes und der Maschine die Produktionsmittel so weit entwickelt haben, daß der individuelle Besitz ausgeschlossen ist, da ist die einzige Form der Lösung die Rückgabe an das Kollektiv-Eigentum. Man hat freilich auch nicht mit dem Worte „Bauernfang“ gespott! (Heiterkeit.) In ganz ähnlicher Weise haben sich Lafargue und Jaurès geäußert. Und ganz in Uebereinstimmung damit sind die Beschlüsse des Kongresses von Nantes ausgefallen, die Sie ja alle aus dem Bericht des „Vorwärts“ kennen, und die ausdrückliche Billigung von Friedrich Engels gefunden haben. Aber auch in Deutschland haben wir Beispiele wachsender Erkenntnis. Ich erinnere nur an die ausgezeichneten Arbeiten unseres Genossen David, von denen ich nur wünsche, daß sie recht viele Nachahrer finden möchten. Und ganz ähnlich ist unsere Haltung im bayerischen Landtage gewesen, wo wir von dem heutigen Staate Schutz der Bauern verlangten, damit aber auch die Kontrolle und die Leitung durch den Staat, also auch Einfluß auf die ländliche Produktion. Das aber ist gleichzeitig ein Schritt weiter auf der Linie der sozialistischen Entwicklung! Heute handelt es sich nicht um die Festschlagung von Einzelheiten, sondern lediglich darum, daß wir im jetzigen Stadium unserer ökonomischen und Parteientwicklung mit der bisherigen Stellung zur Agrarfrage nicht mehr ausreichen, daß wir ihr die gleiche intensive Aufmerksamkeit wie der Industriefrage zuwenden müssen, und daß positives Vorgehen durch Vorschlag von gesetzgeberischen Maßregeln nothwendig ist. Das eingehende Studium des massenhaft vorliegenden Materials zur Agrarfrage ist Sache des Agrar-Ausschusses. Die Gelegenheit für unser Vorgehen ist gerade jetzt sehr günstig. Die wachsende Nervosität unserer Gegner, der Anti-Umsturzrummel ist der beste Beweis dafür, daß sie fürchten, ihren letzten Halt, die Bauernschaft, aus den Händen zu verlieren. Wir können unseren Gegnern keine bessere Antwort geben, als daß wir unserselbst zum Angriff gegen ihren festesten Posten schreiten und das letzte Bollwerk ihrer Herrschaft erschüttern. Verstehen wir die Lage und zeigen wir uns ihr gewachsen, paaren wir die Klugheit mit der Energie und den Eifer mit der Ueberlegenheit, und wir werden einen Riesenschritt zu unserem Ziele thun. (Stürmischer Beifall.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Berichtigungen. Unsere Berichterstattung vom Parteitag ersuchen uns, die folgenden Ungenauigkeiten in der Berichterstattung richtig zu stellen. Die Rede Zimm's in der Sitzung vom 22. d. M. soll mit den Worten beginnen: „Der Antrag hat in der That „keine“ (und nicht „eine“) persönliche Spitze.“ In der Sitzung vom 23. d. M. soll es in der Rede Schlicher's (Mei) heißen: „Der Antrag 95 ist schon aus diesem Grunde „abzulehnen“ (nicht: „anzunehmen“).“ Endlich bittet Jahn-Berlin III seine Worte in dem Verthe über die Sitzung vom 22. d. M.: „Ich bin nicht für Einschränkung der Gehälter...“ durch die folgenden in unseren Depeschen nicht enthaltenen Worte zu ergänzen: „wie dieselbe in dem Antrag der Grossen des 1. Berliner Wahlkreises zum Ausdruck gekommen ist.“ Im übrigen habe ich erklärt, daß einzelne Gehälter entschieden zu hoch und den Leistungen nicht angemessen sind u. s. w.

Wenn jemand, wie Kuer, angeblich mit Arbeit überlastet ist, möge man einen neuen Posten schaffen, wenn er nothwendig erscheint.

Lokales.

Die Listen der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure, die am Sonnabend wieder insgesammt veröffentlicht werden sollen, müssen infolge technischer Veränderungen bis spätestens heute Vormittag 11 Uhr in der Druckerei M. Bading, Wehlstr. 2, Hof 3 Dr., abgegeben sein. Spätere Zustellungen können für die Sonnabend-Nummer auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute, Freitag Abend von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abgehalten.

Der Verein der Saalbesitzer hat sich konstituiert. Das heißt in der gestern Nachmittag bei Joel abgehaltenen Versammlung hat man sich einen Vorstand zugelegt; die Statuten sollen später beraten werden. Voraus ging dieser Wahl eine Debatte voll Heulen und Wehklagen über die „Unversämtheit“ der geldbedürftigen Kollegen einerseits und über das langsame und wenig zuverlässige Arbeiten der Kommission und der Rederheute andererseits. Wir wollen auf das Wehklagen mit einigen Worten eingehen.

Es sei jetzt kein Vogleit mehr, sondern nur eine nackte Geschäftspolitik, meinte Herr Jakob, der über die gescheiterten Ausdehnungsverhandlungen berichtete. Bei Begründung dieser Ansicht bezog er sich in wenig glücklicher Weise auf die Calwer'sche Broschüre und — auf den Parteitag der Sozialdemokratie. Die Saalbesitzer müßten jetzt eine abwartende Stellung einnehmen, hoffentlich würden ihre Bestrebungen, die Sozialdemokratie zu untergraben (!) nun auch von den bürgerlichen Parteien mehr gewürdigt. Dem wackeren Herrn Jakob sekundirte Herr Feuerstein, welcher diesmal sehr ausgeregt war und recht scharfe Worte auch gegen diejenigen seiner Kollegen richtete, die die Kommission anspitzten. So war z. B. ein Herr Birk freimüthig genug, zu erklären, daß das Vertrauen merklich erschüttert sei, und Herr Prochnow, Sebastianstraße, gab mit bewegter Stimme die Versicherung, daß seit der Verein Berliner Buchdrucker sein Lokal verlassen, ein Ersatz nicht einmal annähernd gefunden sei. „Wenn ich keine Hilfe bekomme, muß ich meinen Saal öffnen“, schloß er seine Rede. Herr Feuerstein replizierte darauf, daß man jetzt nicht zurück zöge. Die Arbeiter würden ja die Säle doch nicht in Benutzung nehmen, wegen der Bierperre nämlich; überdies sei es nicht schön, daß die Kommission so furchtbar „angegraut“ würde. Ein anderer Redner meinte, man solle Herrn Jakob, der sich so furchtbar warm für die Interessen der Wirthe ins Zeug gelegt habe, auf den Knien danken!

Das geschah freilich nicht, aber durch die Hülfeleien wurde wenigstens bekannt, daß die gesammte verfügbare Summe ca. 80 000 M. betragen haben soll, wovon 40 000 M. ausgegeben sind. Mit scharfen Worten wies Herr Moses nun darauf hin, daß die von den Brauerei-Millionären gewährte Unterstützung doch gar zu wenig sei; seine Kollegen in Friedrichsfelde bereuten jetzt allesamt, ihre Unterschrift gegeben zu haben. Man hätte nicht sperren, sondern, was man jetzt betone, sich bloß vereinigen sollen.

Wenn auch vom Vorstandstisch die möglichste Abschwächung versucht wurde, ließ sich der Eindruck derartiger Reden doch un schwer verlernen. Nach Angabe des Vorsitzenden sollen 150 Revers mit Unterschriften eingelaufen sein. Der Besuch der Versammlung war aber recht schwach; es mögen höchstens 80 Personen bei einander gewesen sein, die dann in aller Eile Herrn Schwegelsberg mit dem ersten Vorschlag betrauten und in gleicher Weise ihm noch zehn wackere Männer zur Seite stellten. — Wie man boshafter Weise bemerkte, ist die Hasenheide nur deshalb so stark im Vorhande verzeiret, weil jene Wirthe im Winter nichts zu riskiren haben.

Jur Lokalliste. Boykottfreies Bier wird vom Gastwirth Preussisch, Bürgerheim, Frankfurter Chaussee, geschänkt. Zschner, Gollnowstr. 6, erklärt, daß er kein Boykottbier schänke, es sei bei ihm nur einmal bei festlicher Gelegenheit ein Faß Pilsener verzapft worden.

Der „Verein für Kinder-Volkstische“, der im November 1893 seine erste Küche eröffnete, nahm bekanntlich von Anfang an insofern eine von anderen „wohlthätigen“ und „gemeinnützigen“ Vereinen abweichende Stellung ein, als er mit gleich rücksichtsloser Deutlichkeit auf die Noth der Proletarierkinder Berlins hinwies und offen erklärte, daß hier Tausende dieser Kinder buchstäblich hungern müßten. Dieses Verhalten — das übrigens noch keineswegs einen Beweis für die wirkliche Erkenntniß der Nothlage und für eine ehrliche Absicht zu helfen bildet, sondern auch dem Wunsche, durch sensationelle Mittheilungen Mitglieder und Geld heranzubekommen, entstammen kann — rief sehr bald in der bürgerlichen Presse Widerspruch hervor. So starke Ausdrücke war man von solchen Vereinen nicht gewohnt. Daß die unterschiedlichen Vereinsvorsände in ihren Aufrufen, Jahresberichten u. s. w. allgemein von Noth und Elend sprachen, das schien allenfalls erträglich. Aber dieser Verein lieferte ja direkt der bösen Sozialdemokratie Material zu ihren Angriffen auf die bestehende Gesellschaftsordnung! Dagegen mußte aufgetreten werden. Aber der „Verein für Kinder-Volkstische“ behielt, unbekümmert um diese Angriffe, seine scharfe Tonart bei und mahnte sogar den ganzen Sommer hindurch an den Uraniafalten mit seinem weithin sichtbaren Aufruf: „Gedenket der hungernden Kinder!“ In der General-Versammlung, die am Dienstag stattfand, ist nun endlich ein Strafgericht über den Vorstand abgehalten worden. Der Vorsitzende Abraham berichtete, wie uns mitgetheilt wird, in wiederum etwas starken Ausdrücken über die Noth der Proletarierkinder und die Maßregeln des Vereins dagegen, bezeichneten den städtischen Zuschuß (1500 M.) als zu gering und erklärte die Privatwohlthätigkeit (im Gegensatz übrigens zu seinem früheren Standpunkt!) als bei weitem nicht ausreichend. Da erhob sich der Stadtverordnete Witkowski und „hielt sich für verpflichtet“, zu konstatiren, daß Herr Abraham zu grell gemalt habe, und daß die städtische Armenverwaltung, so weit es ihre Kräfte erlaubten, ihre Pflicht in vollstem Maße thue. Er sei dem Verein, dem er als Mitglied angehöre, nicht feindselig gesinnt, aber er müsse die Kommune ihm gegenüber ganz entschieden verteidigen. Der Verein solle die Kommune mit weiteren Ansprüchen verschonen und Hilfe bei der Privatwohlthätigkeit suchen. Ähnlich, aber etwas weniger bestimmt, äußerte sich der Stadtverordnete Langenbacher, der ebenfalls Vereinsmitglied ist. Beide, Witkowski und Langenbacher, weiterten gegen die Männer, die das Geld verknäuelten und Frau und Kinder im Stich ließen. Langenbacher wärmte unter anderem auch die alte Sache auf, daß Bau-Arbeiter einstmal's Froste erste Klasse vom Bau nach Hause gefahren seien. In ähnlicher Weise sollen, wie uns unser Gewährsmann mittheilt, noch einige andere Redner der Armenverwaltung Beifall gesendet haben. Dem gegenüber wollen wir konstatiren, daß die Herren Witkowski und Langenbacher den Aufruf mit unterzeichnet haben, in dem es hieß: „Es ist festgestellt, daß täglich Tausende von Kindern ungenügendes oder gar kein warmes Essen erhalten, weil die Eltern ohne jeden Verdienst, oder die Mutter, um zu erwerben, außerhalb des Hauses arbeitet, oder durch Krankheit verhindert ist, zu lochen.“ Wenn die Herren jetzt eine andere Ansicht vertreten, so entspricht das ganz dem veränderten Wind, der seit einiger Zeit von der Armenverwaltung her weht. Man ist wieder einmal entschlossen,

den übertriebenen Forderungen, die an die Armenverwaltung gestellt werden, entschieden als bisher entgegenzutreten. Hat Herr Wittkowski, der seine Thätigkeit in der Armenverwaltung hervorhob und sich einer besonderen Kenntniss der Verhältnisse rühmte, die Anregung zu seinem Auftreten gegen den Verein aus sich selbst oder von anderer Seite empfangen?

Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Von der Berliner Bod.-Brauerei erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 248 Ihres Blattes bringen Sie einen Artikel über Herrn Köfide in die bürgerliche Presse, in welchem Sie unter Anderem wörtlich schreiben, daß der Bier-Koloch Köfide, der nun schon 5 Brauereien und 2 Mälzereien verwalten, im Geheimen auch den „Bod“ in seine Gewalt gebracht habe.

Eine solche Notiz könnte nun den Glauben erwecken, daß das bereits vor 1 1/2 Jahren künstlich genährte Gerücht, von einer Fusion der Bodbrauerei mit der Schultheiß-Brauerei sich erfüllen sollte und dagegen wollen wir uns energisch verwahren. Wir ersuchen Sie ebenso höflich wie dringend, unsere Erklärung dahin aufzunehmen, daß weder der Ausschichtsrath noch die Direktion daran denken, die Bodbrauerei jemals mit der Schultheiß-Brauerei vereinigen zu lassen.

Hochachtungsvoll
Berliner Bod.-Brauerei Aktiengesellschaft.
Die Direktion:
C. Köfide, Max Müller.

Was hier auf unseren humoristisch gehaltenen Artikel von der Bodbrauerei erwidert wird, glauben wir sehr wohl. Direktion und Ausschichtsrath der Berliner Bodbrauerei bleiben höchstwahrscheinlich gern, was sie sind und widerstreben aus vollem Herzen einer Vereinigung mit der Schultheiß-Brauerei.

Aber der Geist ist willig und das Fleisch ist schwach — die Dividende der Schultheiß-Brauerei betrug 1892 15 pSt. und die Dividenden der Bodbrauerei bewegten sich schon seit einer Reihe von Jahren um Null herum.

Die leidigen Gehege der wirtschaftlichen Entwicklung bringen es einmal so mit sich, daß — mit oder ohne Willen der Ausschichtsräthe und der Direktion am Tempelhofer Berge — unter solchen Umständen nicht allein der „Vorwärts“, sondern auch Herr Köfide sehr anzüglich werden muß.

Eine moralische Betrachtung. Zum Fall des Gendarmen Döppner in Nixdorf macht das amtliche „Teltower Kreisblatt“ an hervorragender Stelle folgende Bemerkungen: „In heutiger Zeit, in welcher die Stellung und Amtsführung der Sicherheitsbeamten ohnedies eine äußerst schwierige ist, haben dieselben die strengste Pflicht, durch ein absolut korrektes Benehmen sowohl innerhalb wie außerhalb ihres Dienstes für die unbedingt notwendige Achtung, die ihrer Person und ihren Obliegenheiten gebührt, mit peinlichster Aufmerksamkeit Sorge zu tragen. So sehr die vorgelegten Behörden in anbetrachter der schwierigen Lage, in der sich die dienstausführenden Organe fast unausgesetzt befinden, stets bemüht sein werden, dieselben in ihrer Stellung gegen ungerechtfertigte Vorwürfe und Beschwerden möglichst zu sichern, ebenso sehr sind diese Behörden aber auch von der Auffassung durchdrungen, daß sie den Schutz des Publikums gegen Uebergriffe der Exekutivbeamten nicht aus den Augen verlieren dürfen. Dem Vernehmen nach ist der Gendarm Döppner bereits vom Amte suspendirt und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet.“

Die Saalbesitzer in Pankow, deren man einschließlich der Saalverweigerer nicht weniger als neun zählt, erhielten in den letzten Tagen folgendes Schreiben:

Pankow, den 20. Oktober 1894.
Infolge Verfügung des königlichen Landraths Herrn von Waldow vom 19. d. M., betreffend öffentliche und Privatlustbarkeiten an Sonnabend Abenden, lade ich Euer Wohlgeboren zur Theilnahme an einer am Mittwoch, den 24. d. M., Nachmittags 5 Uhr, im hiesigen Amtshause, Breitestr. 5 stattfindenden bezüglichen Verhandlung hiermit ein.
Der Amtsvorsteher,
An den Restaurateur Herrn . . .
hier.“

Nichts Gutes ahnend, begaben sich die Geladenen nach dem Amtshause, wo ihnen, wie verlautet, die Mittheilung wurde, daß in Zukunft in betreff der Genehmigung von Vergnügungen in all gemeinen Strenge walten solle. Oeffentliche Vergnügungen sollen von der Genehmigung des Landraths (nicht des Amtsvorstehers) abhängig sein, welcher solche für die Sonnabend Abende nicht mehr genehmigen würde. Dagegen sollen Vereine und geschlossene Gesellschaften diese Genehmigung nach wie vor erhalten, aber — sobald nachweisbar Eintrittsgeld erhoben wird, sollen der Wirth und der Veranstalter unnahebehaft bestraft werden. Die Größnungen erregten, wie weiter berichtet wird, bei den Saalbesitzern lebhaften Unwillen; es soll nicht an Hinweisen darauf gefehlt haben, daß das Geschäft zum Winter so wie so ein schlechteres werde und die Steuerbehörde nichts danach frage, ob es möglich sei, den Verpflichtungen nachzukommen. Zum Schluß verlautet noch, daß einer der Hauptbeladen unter den Saalverweigerern sich nicht habe verfangen können, in der Verhandlung unbegründete, denunziatorische Seitenhiebe gegen diejenigen seiner Kollegen, welche den Sozialdemokraten ihre Säle zur Verfügung stellen, anzuhören.

Die Zahl der Eheschließungen ist in Berlin im Jahre 1892 weiter gesunken, von 17 810 in 1890 und 17 649 in 1891 auf 16 909 in 1892. Vergleicht man sie mit der mittleren Bevölkerungszahl, so heiratheten 1890: 23,00, 1891: 22,04, 1892: 20,76 pro Tausend der Bevölkerung. Von 1879—90 war der pro-Milieu gestiegen. Der nach 1890 eingetretene neue Abfall ist so stark, daß der pro-Milieu in 2 Jahren beinahe wieder auf den Stand von 1888 zurückgegangen ist. Selbst die absolute Zahl der Eheschließungen ist in diesen 2 Jahren, wie oben ersichtlich, nicht unbedeutend zurückgegangen. Der Haupttheil an diesem Rückgang kommt augenscheinlich auf die Arbeiterbevölkerung. Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ bringt eine Gruppierung der Heirathenden nach Berufsclassen. Leider können darin „Selbständige“ und „Unselbständige“ nicht gesondert aufgeführt werden. Man kann daher nur bei den Gruppen „Arbeiter ohne nähere Angabe“ und „Persönliche Dienstleistung“ mit Sicherheit wissen, daß es sich ausschließlich um Arbeitnehmer handelt. Die Zahl der heirathenden Männer ist von 1891 zu 92 zurückgegangen bei den Gruppen:

Arbeiter ohne nähere Ang. von 2656 auf 2512, also um 144.
Persönliche Dienstleistung „ 1223 „ 1019 „ 204.
Das macht zusammen einen Rückgang von 344, während der Rückgang für alle Berufsclassen zusammen sich auf 650 beläuft. Ausschlaggebend sind die Arbeitnehmer natürlich auch in den meisten anderen Berufsclassen. In den Gruppen „Metallverarbeitung“, „Bekleidung“ und „Reinigung“, „Baugewerbe“ und „Sonstige Gewerbe“, die zu den stärksten gehören, ist die Zahl der heirathenden Männer von 1891 zu 92 ebenfalls beträchtlich zurückgegangen, nämlich:

Metallverarbeitung	von 1568 auf 1442 um 126.
Bekleidung und Reinigung	„ 1865 „ 1548 „ 317.
Baugewerbe	„ 1856 „ 1297 „ 559.
Sonstige Gewerbe	„ 2443 „ 2222 „ 221.

Dieht man noch das Jahr 1890 zur Vergleichung heran, so ergibt sich, daß bei einigen dieser Gruppen bereits von 1890 zu 1891 ein nennbarer Rückgang stattgefunden hatte, z. B. „Metallverarbeitung“ um 135, „Baugewerbe“ um 51, „Sonstige Gewerbe“ um 255. Im „Baugewerbe“ zeigte sich sogar schon von 1889 zu 90 ein Rückgang um 99 Eheschließungen. Bei den Arbeiterinnen zeigte sich naturgemäß dieselbe Er-

scheinung. Die Zahl der heirathenden Frauen ging von 1891 zu 92 zurück bei:

Arbeiterinnen ohne näh. Angabe von 2069 auf 2020, um 49.
Persönliche Dienstleistung „ 4321 „ 3954 „ 367.
Bekleidung, Reinigung „ 5793 „ 5433 „ 360.
Auch hier hatte bereits von 1890 zu 91 ein Rückgang stattgefunden, um bezw. 34, 40 und 95 Eheschließungen. Die Ursachen dieser Erscheinung wird man hauptsächlich in zwei Umständen zu suchen haben, einmal in der wachsenden Unsicherheit des Erwerbes, die die Lust zum Heirathen natürlich nicht gesteigert haben wird; sodann aber auch darin, daß bei den oben angeführten Berufsclassen der Jüngling nach Berlin, falls man das aus den polizeilichen Meldungen gewonnene Zahlenergebnis als annähernd zuverlässig ansehen will, nach 1890 (bei „Baugewerbe“ und „Bekleidung“ sogar schon nach 1889) erheblich nachgelassen hat. Dem letzteren Umstände wird man jedoch kein ausschlaggebendes Gewicht beimessen zu dürfen, da auch im ganzen Deutschen Reich der pro-Milieu der Eheschließungen, nachdem er bis 1890 ziemlich gleichmäßig gestiegen war, 1891 stehen geblieben und 1892 zurückgegangen ist, woraus auf eine allgemein wirkende Ursache geschlossen werden muß.

Woher der sogenannte Arbeitermangel auf dem Lande? Zu Beginn der kalteren Jahreszeit, wenn das Glend in der Großstadt dem seltenen Bürger einmal unversehens auf die Fehlen tritt, ertönen in den Spalten der arbeiterfeindlichen Presse geschäftig und vorlaut die Klagen über den Arbeitermangel auf dem Lande. Auch in diesem Herbst geht der einstudirte Jammer wieder los und es wird jetzt, was sonst selten geschieht, sogar positiv gemeldet, daß es wegen Arbeitermangel nicht möglich sei, die Rübenerrnte auf den Charlottenburger Rieselfeldern bei Karolinenhöhe zu Ende zu führen.

Aber es fehlt zum Glück in der Mittheilung nicht an einem offenen Grund, warum die schönen Rüben vielleicht elend verkommen müssen. Zu dieser Arbeit werden nämlich weibliche Personen gebraucht, die pro Tag 1,20 M. verdienen. „Bisher haben die Frauen, welche sich zu dieser Beschäftigung meldeten, immer nur wenige Tage dabei ausgehalten, dann sind sie nicht wiedergekommen. Gestern war nicht eine einzige Arbeiterin zur Stelle.“ Die Sache ist also einfach so, daß man Frauen für einen Lohn, mit dem man sich ehrlich höchstens wie ein Vieh nähren kann, eine Beschäftigung zumuldet, der ihre Körperkräfte bei weitem nicht gewachsen sind. Wir möchten wissen, ob auf den Rieselfeldern auch noch die Frucht liegen bleiben müßte, wenn man rüstigen Männern einen halbwegs auskömmlichen Lohn zahlte? Man bietet einmal 4 oder 5 M. pro Tag und mit dem Mangel an Arbeiterkräften würde es, wenn auch auf Kosten der Rübenbarone, gar bald ein Ende haben.

Jungen gesucht. Bei der stattgehabten „Landwirtschaftlichen Ausstellung“ im Teltower Park wurde die politische Aufsichtshätigkeit durch Gendarmerie ausübt. An dem Haupteingange zur Ausstellung stand ein Gendarm, der sich insbesondere mit den Fuhrwerken, welche Personen brachten, beschäftigte. Derselbe ordnete — wie von betheiligter Seite berichtet wird — an, daß, wenn mehrere Fuhrwerke hintereinander kamen und die Fahrgäste des vordersten Wagens noch nicht ausgestiegen waren, das nachfolgende Fuhrwerk nicht hinter, sondern neben dem ersten, und zwar im tiefsten Schmutz, aufzufahren habe. Alle Vorstellungen, daß die Fahrgäste an dieser Stelle doch nicht aussteigen könnten, sollen nicht gefruchtet haben. Ein Droschkenkutscher, welcher den betr. Gendarm auf das fast Unmögliche hinwies und seine Fahrgäste an einer trockenen Stelle absetzte, hat deswegen eine Anklage und zwar wegen Beleidigung des Gendarmen erhalten. Im gerichtlichen Termine soll dieser unter seinem Eide bestritten haben, daß auch andere Kutscher ihn wegen der Unausführbarkeit seiner Anordnung zur Rede gestellt haben. Das Gegentheil soll aber durch viele andere Kutscher bewiesen werden können, weshalb alle diejenigen, welche aus eigener Wissenschaft und persönlich Kenntniss von obigen Vorgängen haben, gebeten werden, sich unverzüglich im Bureau des Vereins Berliner Droschkenkutscher, Schönebr. 58, zu melden.

Ueber den Selbstmordversuch eines Rekruten vom 4. Garde-Regiment zu Fuß wird berichtet: Am Dienstag Morgen um 4 1/2 Uhr kurz vor dem Beden, während in der Kaserne des 4. Garde-Regiments zu Fuß noch alles im Schlafe lag, schloß ein Grenadier, dessen Bett neben demjenigen des Rekruten Fröbe steht, daß sich ein heißer Blutstrahl über ihn ergoß. Er wurde dadurch wach und gewahrte, daß Fröbe, der aus Langensalza stammt und erst in diesem Monate eingestellt worden ist, ein Messer in der Hand hielt, mit dem er sich einen tiefen Schnitt in die linke Seite des Halses beigebracht hatte. Es wurde sofort Alarm geschlagen; ein Lazarettgehilfe legte einen Nothverband an, und der Verwundete wurde auf höhere Anordnung nach dem Garnisonlazareth I in der Schornbohrstraße gebracht. Der ihn behandelnde Stabsarzt Dr. Brecht von demselben Regiment hat trotz des sehr bedenklichen Zustandes des Soldaten die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Ueber den Beweggrund zu der schaurigen That ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Fröbe ist noch nicht vernehmungsfähig. Für den Fall der Wiederherstellung ist der Unglückliche bei einem solchen Vorfall schlimmer daran, als jede Privatperson. Er wird sicherlich bestraft und wenn seine Dienstfähigkeit in Frage gezogen wird, wohl nicht besonders leicht.

Ein Opfer der Kapitalistenhumanität. Velmsidre Sorgen haben den in der Großen Frankfurterstraße wohnhaften Verwalter Ehrlich in den Tod getrieben. Er war früher in der Fabrik einer hiesigen Elektricitäts-Gesellschaft als Meister angestellt gewesen und aus seiner Stellung vor etwa einem Jahre — angeblich wegen zu hohen Alters — entlassen worden. Da es ihm natürlich nicht gelang, sich eine lohnende neue Stellung zu schaffen, so traten pekuniäre Sorgen bei dem von seinem früheren Ausbeuter auf die Straße gestohlenen E. heran, die auch nicht gehoben wurden, als der 64jährige Mann einen kleinen Verdienst von dem Berliner Handwerkerverein erhielt. Nachdem sich nun vor kurzem die einzige Tochter des E. verheirathet — seine Frau war bereits vor 2 Jahren gestorben — und E. sein Kind versorgt wußte, jog der einsame Mann es vor, seinem Leben ein Ende zu machen. — Gestern wurde er erhängt in seiner Wohnung aufgefunden.

Es giebt keinen Nothstand! Ein Bild großstädtischen Glends entrollte sich in der Nacht zum Mittwoch am Tempelhofer Ufer in der Nähe der Belle-Alliance-Brücke. Als mehrere junge Leute aus einer frühlichen Gesellschaft den Weg nach Hause antraten, hörten sie klägliche Laute und darauf die Worte: „Vieder Frih, ich bin Dir ja so gut.“ Sie gewahrten dicht am Wasser in Begleitung einer Frau einen Mann, der sich seiner Kleider zum Theil entledigt hatte und augenscheinlich im Begriffe war, in die Pluthe zu springen. Daran suchte ihn die ängstliche Ehefrau durch herzerweichende Bitten zurückzuhalten. Es dauerte nicht lange, bis sich noch mehr Zuschauer gesammelt hatten, und auch ein Nachtwächter und ein Schutzmann eintrafen. Der Mann schilderte nun, daß er seit mehreren Monaten vergebens nach Arbeit gesucht habe, und jetzt kürzlich mit Frau und Kindern aus der in der Kurfürstenstraße belegenen Wohnung ermittelt worden sei. Der Wächter war der erste, der eine Sammlung für die nothleidende Familie in Vorschlag brachte, zu der er die eben erst vereinnahmten 20 Pf. beitrug. Dies Beispiel wirkte, auch alle übrigen Personen trugen ihr Scherlein bei, bis das Ehepaar etwa 10 M. vereinnahmt hatte. Dann nahmen die beiden Beamten den sich noch immer sträubenden Mann mit fort. Es soll sich um eine Familie Krüger handeln. Der brave Wächter ist noch nicht bekannt.

Selbstmord verübt hat in seinem offenen Geschäft im Keller des Danjes Soldinerstr. 26 der 42 Jahre alte Barbier und

Bürstenmacher Emil Kirchhoff. Als Kunden am Mittwoch Nachmittags um 1 Uhr den Raum betraten, fanden sie den Geschäftsinhaber an einer Latte hängend als Leiche auf. Auch hier sollen Nahrungsorgen die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

Von einem jähen Tode ereilt wurde vorgestern ein Kunstreicher der Artillerie-Verkstatt zu Spandau. Als derselbe soeben sein Vesperbrot aufgeschert hatte und sich wieder zur Arbeit begeben wollte, brach der Unglückliche zusammen, indem ihm ein Blutstrom aus dem Munde hervorquoll. Zwei Kollegen suchten ihn aufzurichten, nahmen aber zu ihrem Schreck wahr, daß sie es mit einem Toden zu thun hatten. Ein Lungenschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Brandverletzungen erlitten sieben Personen bei einem Feuer, welches in der vorgestrigen Nacht in der Lichtensbergerstraße in Weißensee stattfand. In der genannten Straße befindet sich die isolirt belegene Schwedensche Windmühle, in welcher bis am späten Abend des Dienstages Strot gearbeitet wurde. Um 11 Uhr Nachts begab sich der Mühlenknappe mit der brennenden Petroleumlampe in der Hand nach seiner in der Mühle belegenen Schlafkammer. Als der junge Mensch im Begriff stand, die Thür dazu zu öffnen, entfiel ihm die Lampe, deren sofort in Brand gefetzter Inhalt sich über den Fußboden ergoß. In wenigen Minuten stand die Windmühle in Flammen und der junge Mann erlitt, als er der feurigen Lohde, die ihn rings umgab, zu entrienen suchte, erhebliche Brandwunden. Den Mitgliedern der freiwilligen Feuermehr Weißensees gelang es nicht, die brennende Mühle, deren Feuerchein im nordöstlichen Viertel Berlins weithin sichtbar war, zu retten, wohl aber erlitten bei den Abblüchungsversuchen sechs Mann der Feuerwehr durch brennende Trümmer Brandverletzungen. Die Windmühle brannte mit ihrem Inhalt total nieder, wodurch dem Besitzer, welcher nicht voll versichert ist, ein Schaden von ca. 20 000 Mark entstanden ist.

Todigefahren wurde am Mittwoch Nachmittags um 4 Uhr in der Georgenstraße nahe am Bahnhof Friedrichstraße der Handelsmann Karl Bösch aus der Tiedstr. 2. Eine noch nicht ermittelte Droschke 2. Klasse stieß ihn um und fuhr ihm über den Leib. Bösch wurde noch lebend nach einem Krankenhaus gebracht, ist dort aber am Donnerstag Morgen gestorben.

Polizeibericht. Am 24. d. M. fiel der Baumwächter in dem Neubau Danzigerstraße 28 von der Treppe und erlitt eine Verletzung am Kopfe. — Mittags wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Soldinerstraße, erhängt vorgefunden. — Auf einem Neubau in der Scheringstraße wurde Nachmittags ein Steinträger durch einen aus dem ersten Stock herabfallenden Stein am Kopfe erheblich verletzt. — In der Georgenstraße wurde ein Mann durch eine Droschke überfahren und am Unterleib erheblich verletzt. — Abends gerieth auf der Kaiser-Wilhelmstraße ein Arbeiter unter die Räder einer Droschke und erlitt eine bedeutende Quetschung der Unterschenkel. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 25. Oktober 1894.

Stationen.	Barometer stand in mm. revidirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Stala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (p. C. — p. F.)
Swinemünde . . .	747	SWB	6	wollig	8
Hamburg . . .	745	SW	6	halb bedekt	10
Berlin . . .	749	SW	3	heiter	8
Wiesbaden . . .	751	W	2	bedekt	11
München . . .	755	SO	3	heiter	8
Wien . . .	756	W	2	Regen	9
Saparanda . . .	748	OSO	4	Schnee	-7
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Coel . . .	737	WSW	5	Regen	11
Aberdeen . . .	736	W	2	wollig	9
Paris . . .	744	W	4	bedekt	12

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. Oktober 1894.
Ein wenig kühleres, zeitweise betteres, vielfach wolkiges Wetter mit etwas Regen und frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

In den Leuten, welche, wie man sagt, unter gewissen Umständen empfindlich sein können, gehört anscheinend auch der Gastwirth Krüger, Reichenergerstr. 115a, auf dessen Veranlassung sich seit gestern sieben Arbeiter vor dem Schöffengericht am Landgericht I zu verantworten hatten. Am 30. Juli geriet K. mit einigen Personen, welche ringsherum Bier verlangten, in Differenzen und entfernte sie schließlich gewaltfam aus seinem Lokale. Einer dieser Arbeiter, der zuletzt und freiwillig ging, vergaß sich so weit, dem Wirth einen Schlag zu versetzen. Daraufhin wurde der Richter E. mit sechs Kollegen wegen Hausfriedensbruch angeklagt. Daß er dem unhöflichen Wirth einen Stoß gegeben, bestritt E. keineswegs, er wehrte sich aber ganz entschieden gegen die Annahme, daß er Hausfriedensbruch begangen habe, da er abseits von den übrigen Gästen gestanden und deshalb keinesfalls die Aufforderung des K., das Lokal zu verlassen, auf sich beziehen konnte. Wegen sechs Angellagte konnte absolut nichts Belastendes vorgeführt werden. Die fünf Zeugen des Krüger konnten ebensowenig wie er selber diese Leute erkennen. Einige der Angeschuldigten konnten den Ort, wo Herr Krüger die Herrschaft ausübt, überhaupt nicht. Der Amtsanwalt ersuchte aus den Akten feststellen zu lassen, wie diese sechs zu der Anlage gekommen seien; diesem Gesuch konnte der Richter jedoch nicht entsprechen. — Wegen „gemeinschaftlichen“ Hausfriedensbruches und wegen Mißhandlung wurde E. darauf zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt; die übrigen wurden nach dem Antrage des Amtsanwalts freigesprochen. Recht bezeichnend für den Rechtsbegriff vom grünen Tische war die Aeußerung des Vorsitzenden, der einen der Freigesprochenen auf die etwas vorwiegige Frage nach einer Entschädigung der Versammlung dahin beschied, daß er zufrieden sein könne, daß er freigesprochen sei. „Nur nicht so etwas, wie froch werden — da haben wir sonst noch Mittel . . .“ war die vielversprechende Antwort.

Auch eine Verurtheilung. „Die Ameise“, das Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, enthielt in Nr. 4 dieses Jahresgangs unter „Verurtheilung“ einen Artikel zum Streik in Annaburg, worin die Namen derjenigen Porzellan-Dreher, Maler etc. aufgeführt waren, welche während des Streiks der Annaburger Genossen in diesem Orte Arbeit genommen und damit gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstoßen hatten. In dem Artikel hieß es dann weiter: „Mit Rücksicht auf die obenein schon vorhandene Erbitterung auf Seiten der Streikenden, nehmen wir Abstand, einige uns mitgetheilte Einzelheiten über die Qualität der Arbeitskräfte, sowie die moralische Beschaffenheit einzelner Streikbrecher anzuführen. Wir nehmen vielmehr Veranlassung, unsere Genossen in Annaburg eindringlich zu warnen und zu ermahnen, sich zu Ausschreitungen irgend welcher Art nicht hinreißen zu lassen, so berechtigt auch der Unwille über solche Kollegen sein mag, die sich auf die Seite des Unternehmers stellen und dadurch helfen, eine Lohnreduzirung durchzuführen. Genossen in Annaburg! Behaltet ruhig Mut! Alle Porzellaner aber werden ersucht, soweit es in ihren Kräften steht, den Streikenden in ihrem Kampfe durch Fernhalten des Zugangs, als auch durch pekuniäre Unterstützung helfend zur Seite zu stehen.“

Es sind 89 Personen zu unterstützen, darunter gegen 60 Verheiratete! Die Streikenden sind einig und rechnen auf die Solidarität der Genossen.

Durch diesen Artikel sollte der § 153 der Gewerbe-Ordnung verlegt worden sein; die Staatsanwaltschaft erhob Anklage und hatte sich dieserhalb am 25. Oktober der verantwortliche Redakteur der „Ameise“, Richard Zahn aus Berlin, vor dem Schöffengericht in Charlottenburg, dem Orte des Erscheinens der Zeitung, zu verantworten. Zahn bestritt, durch die Veröffentlichung der Namen beabsichtigt zu haben, die Leute ebenfalls zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen, vielmehr sollen die Namen nur den Filialassistenten des Verbandes zur Kontrolle dienen, damit diese nicht etwa Streikbrecher an irgend einem Ort in den Verband aufnehmen. Aus der zur Verlesung gelangende Aussage des in Annaburg zugegenen vernehmen Einsenders der Namen, des Porzellanfabrikanten Dürschmidt, ging hervor, daß er erklärt habe, Zahn nicht das Recht ertheilt zu haben, die mitgetheilten Namen zu veröffentlichen, er habe vielmehr durch Benennung der Streikbrecher nur einer Verwechslung mit anderen Personen vorbeugen und diese dadurch vor Benachteiligung bewahren wollen. Der Amtsanwalt, Referendar a. D. Sudow, hob hervor, daß es verboten sei, jemand durch Ehrverletzung zur Theilnahme am Streik zu zwingen; er hielt die Anklage aufrecht und beantragte einen Monat Gefängnis wegen Verstoßes gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Rechtsanwält Freudenthal hingegen behauptete, ob überhaupt die betreffende Nummer der „Ameise“ den Weiterarbeitenden zu Gesicht gekommen sei, somit könne auch von einer Verletzung derselben

nicht die Rede sein. Der Angeklagte habe garnicht die Absicht gehabt, diese Leute zum Niederlegen der Arbeit zu zwingen und wenn der Amtsanwalt meine, daß gehe aus dem Satz hervor, worin er die Zahl der noch zu Unterstützenden auf 89 angab, so verweise er demgegenüber auf die Geschäftspraxis jedes Kaufmanns. So gut wie dieser sich versichere, wieviel Waare er noch auf Lager, habe auch der Angeklagte als Beamter seiner Gewerkschaft das Recht, festzustellen und bekannt zu geben, wie viel Streikende noch an dem oder dem Tage zu unterstützen waren. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Amtsrichters Deppe schloß sich der Ansicht des Verteidigers an und erlärte nach kurzer Verhandlung auf kostenlose Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeiterstreik in Schottland soll beendet sein; die Unternehmer stellten sämtliche Ausständigen wieder ein.

Ausgewiesen. Aus Nive de Gier (Frankreich) wird dem Wolffschen Depeschensbureau gemeldet: Die drei deutschen Arbeiter, welche im September bzw. im Oktober verhaftet wurden, weil sie von der Firma Richarme angeworbene ausländische Glasarbeiter mit dem Tode bedrohten, (F. R. d. B.) sind ausgewiesen und an die Grenze gebracht worden.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferns ein: Aus der Vereinsklasse des Bögler- und Schneiders Vereins Süb-Of 10.—, Durch Adler vom St. 1.—, Wahlverein Strauß + Rummelsburg und Umgegend 75.—, Zithernklub Gleichheit 20.—, Deutsche Wagenbauer + Krankenpflege, Filiale Moabit 5.—, Werkstat Solms und Hufeld 5.—, Gesammelt von Arbeitern der Sattlerwaren + Fabrik Zender, Alexandrinenstr. 23, 6.65, Ueberfahs vom ringfreien Bier, Spandauerstr. 30, 2. S. 14, Woche 3.60, Amerikanische Auktion bei Zante Sulda, Ackerstr. 104, 1.05, Tischlerwerkstatt Franz Vernt 2.—, 4 lustige Brüder 2.50, Bei der Geburtsstagsfeier vom rothen Strumpfband 2.45, Andreas W. 7.20, Tischlerei von Watsch, Pallisadenstr. 34 4.70, Fachverein der Bildhauermeister Berlins und Umgegend 15.—, Geburtsstagsfeier bei Wesse S. 23, 3.20, Gemüthl. Geburtsstagsfeier Ackerstr. 92 1.75, S. S. 1.—, Amerikanische Auktion einer Preßkelle bei Klinge 1.55, Ueberfahs vom Geburtsstags durch Jos. Schmidt 1.80, Werkstat Jungnickel, Langestr. 109, 2.—, F. S. S. 2.20, Amerik. Auktion von 2 Harzer Käsen Gefangenen Vorwärts II 6.10, Verband der Geschäftsbienner für einen Vortrag des Genossen Wagner 5.—, Zellersammlung Friedenau Boulognerplatz 5.15, Arbeiter-Gefangenen „Freies Lied“ Friedrichsberg 4.62, Gesammelt Landsbergerstr. 41 bei Weber 3.—, Gefangenen „Einig“ 2. Rate 10.—, Weifen-Rauchklub Eldorado, Pallisadenstr. 66 bei Geier 5.—, Die Gärtler von Robert, Ritterstr. 78, außer Einem 8.50, W. S. 3 Millarg 100.— M.

Summa 322.02 M. Bereits quittirt 14 335.42 M.; in Summa 14 557.44 M.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

- Freitag, den 26. Oktober. Opernhaus. Lammhanser. Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.
- Leistung-Theater. Die Schmetterlingsflucht.
- Deutsches Theater. Die Kameraden.
- Berliner Theater. Die Hexe.
- Schiller-Theater. Ein Fallissement.
- Neues Theater. Komödianten.
- Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
- Residenz-Theater. (Théâtre libre.) L'Académie de Veufs. Les Fenêtres.
- Theater Hinter den Linden. Ophéus in der Unterwelt.
- Sollentanz-Theater. Die Elfe vom Erlenhof.
- Alexanderplatz-Theater. Verbotene Liebe.
- Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
- Central-Theater. O! diese Berliner!
- National-Theater. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. — Vorher: Der Raub der Helena.
- Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
- Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Freitag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Fallissement. Sonnabend, 27. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Schiller Vorstellung. Der Minonit. — Abends 8 Uhr: Ein Fallissement. Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr: Der Weidenbauer. Abends 8 Uhr: Der Weidenbauer.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Direction: Richard Schulz. Emil Thomas a. G. Anna Bäckers. Josefine Dora. Zum 56. Male: O! diese Berliner! Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Einödshofer. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Gastspiel des fliegenden Serpentin Ballets, arrangirt vom Balletmeister Göza Zlanor. Vorher: Der Raub der Helena. Große Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Karl Petors. Regie: Max Samst. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. Vorher: Die Weber. Schauspiel in 4 Akten. Sonntag: Doppelvorstellung. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. Der Raub der Helena. Vorher: Die Weber, Schauspiel.

Adolph Ernst-Theater Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Poffe in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). Vornehmster Familienaufenthalt. Neu! Sensationell! Neu! Pusebach auf Korea. Mr. Chong und Mr. Geschwister Sarno. Neu! Auftreten sämtl. Spezialitäten. Entree: Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf. Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. R. Winkler.

Circus Renz

Carlstrasse. Freitag, den 26. Oktober er., Abends 7 1/2 Uhr: Zum 2. Male: Sensationell! Sensationell! Tjo Ni En (Weim Jahreswechsel in Peking). (Im Zeichen des Drachen), arrangirt und insc. v. Dir. Fr. Renz. In 2 Minuten die Manege zur Bühne verwandelt. Pracht-Ausstattung. Glänzende Lichteffekte. Gr. Polypourris: Akrobaten, Luftkünstler und Luftkünstlerinnen, Redturner, Akrothen, Jongleure, Seiltänzer, Equilibristen. Unter Mitwirkung des gef. Personals u. d. Corps du Ballet. Hochinteressante Länge u. a.: les gretots vivants. Les jous des barbiohous. Außerdem: das Feuerpferd Elmar, vorgef. v. Dir. Fr. Renz. Cromwell und der Steiger Alop, geritten v. Fr. Wally Ro uz; d. Clowns Gebr. Villand Busto, Merkel etc. Sonnabend: Tjo Ni En. Sonntag, Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): Gr. Komiker-Vorstellung. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Hexenschaukel, neueste Illusion.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der grösste Mensch der Welt. Prinzess Topase das kleinste Menschentind. Mexikanische Riesen-Sacteen in noch nie gesehener Größe. Karton-Arbeiterinnen! Die Fabrik von Cohn u. Friedländer, Stralauerstr. 58, ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt.

Unserem Statbruder Ernst Hübel zu seinem Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch! Gießer Wilhelm und Adolf.

Herzliche Gratulation! Wir gratuliren dem Herrn Köpfermeister Leo Schulz zu seinem heutigen Wiegenfeste! K. M. Leo Knick! R. D. Koch 'ne Sonnblume! 571b

Todes-Anzeige.

Parteigenossen Berlins! Am Mittwoch, den 24. d. M. Nachmittags 1 1/2 Uhr verschied nach langem, schweren Krankenlager unser langbewährter Mitkämpfer für Freiheit und Recht, der Genosse Albert Schaaf. Mit ihm ist einer derjenigen dahingegangen, welche in der stürmischen Zeit des Sozialistengesetzes überall dabei war, wenn es die Ehre unserer hohen Sache galt. Seine unermüdete, selbstlose, stille Thätigkeit wird ihm bei allen, welche seinen schlichten, geraden Charakter gekannt, ein Denkmal hinterlassen, dauernder als Erz. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Oktober Nachmittags 3 Uhr vom Augusta-Hospital (Scharnhorststr.) aus nach dem freireligiösen Friedhof (Pappel-Allee) statt. 297/3 J. A.: Der Vertrauensmann. F. Wajchowski.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige! Am 24. d. Mts. starb unser langjähriges Mitglied, der Dreher Albert Schaaf. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachm. 3 Uhr, vom Augusta-Hospital, Scharnhorststraße, aus nach dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht. 173/11 Der Vorstand.

Parteigenossen des 6. Sozialdemokr. Wahlvereins!

Todes-Anzeige! Am 24. d. Mts., Nachm. 1 1/2 Uhr, starb nach langem schwerem Krankenlager eines unserer ältesten Mitglieder und Mitbegründer des Vereins, der Genosse Albert Schaaf. Wir verlieren in ihm eines der thätigsten und aufopferungsvollsten Mitglieder, welches seine höchste Befriedigung darin fand, der Sache des Proletariats zu dienen. Allen denen, welche mit ihm in nähere Berührung gekommen sind, wird er unvergesslich bleiben. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr, vom Augusta-Hospital (Scharnhorststraße) aus nach dem freireligiösen Friedhof (Pappel-Allee) statt. 283/17 Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne

im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30, Sonntag, 4. Nov., 2 1/2 Uhr, I. Abthg., Sonntag, 11. Nov., 2 1/2 Uhr, II. Abthg.: Einsame Menschen von Gerhart Hauptmann. 206/5 Dienstag, 30. Oktober 8 1/2 Uhr: Generalversammlung Sandsonci, Rottbuserstr. 4a. Da die künstlerischen Ziele des Vereins gefährdet sind, werden sämtliche Mitglieder dringend um ihr Erscheinen gebeten. — Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß nur diejenigen Mitglieder Zutritt haben, welche die neue Mitgliedskarte vorzeigen können.

Generalversammlung

Sandsonci, Rottbuserstr. 4a. Da die künstlerischen Ziele des Vereins gefährdet sind, werden sämtliche Mitglieder dringend um ihr Erscheinen gebeten. — Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß nur diejenigen Mitglieder Zutritt haben, welche die neue Mitgliedskarte vorzeigen können.

Da Badenmiethen erspare, jede Uhr zu reparieren und reinigen, Feder unter Garantie 1.25 M. Hirschfeld, Uhrmacher, Rosenthalerstr. 57, 2 Tr.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Altendewaren (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

Wollstr. 82 (Ecke Neue Poststraße) Nur Güte mit Kontrollmarken. Grosse Auswahl in Schirmen. W. Wolff.

Rohtabak. Grösste Auswahl. Billigste Preise. Formen, Bockfäyon, wieder vorrätig. Heinrich Franck, Brunnenstr. 185.

Achtung! Versende eine gute 5 Pfg. Zigarre mit Kontroll-Mark. Bei Abnahme von 5/10 franco unter Nachnahme zum Preise von 16 Mark. Reelle Bedienung. Bitte bei Bestellung anzugeben, was für eine Façon, mittel oder groß. 416b Richard Schiemenz, Zigarrenfabrik, Spremberg A.-L.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an Winter-Paletots, sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., seiner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold- und silbernen Herren- u. Damen-Uhren, Wäschekesseln, Reife- und Holzsocken u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pänder verkauft. A. Wergien, Schneidermeister und Parthiewaarenhändler, 923b 127 Skalitzerstraße 127. Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. Der billigste und zuverlässigste Uhren-Einkauf sowie Reparatur ist unabweislich bei Albin Gröger, Uhrmacher, Dranienstr. 1, Berlin SO. Nickel-Cylind.-Remont. von 5 M. an. Silberne 12 Goldene Damen-Remont. 22 Goldene Herren-Remont. 30 Getr. silb. Cylinderuhren 3 Regulatoren m. Schlagw. 16 Wanduhren, Nickel-Wecker, Kettion etc. Kein Laden. Großes Lager gestickter und engl. Züllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen. E. Knape aus Etsch i. Sachsen. Berlin N., Brunnenstr. 21, pt. Kein Laden.

Gardinen - Fabrik

Großes Lager gestickter und engl. Züllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen. E. Knape aus Etsch i. Sachsen. Berlin N., Brunnenstr. 21, pt. Kein Laden.

Geschäftsbücher führe tage u. stundenweise, rüchändige inkl. Bilanz schnellstens. Beste Empfehlungen. 570b) Grosser, Faldenfeinstr. 9.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Rummelsburg.

Hiermit erkläre ich öffentlich, daß die Arbeiter-Gesellschaft, sowie die Bier-Kommission von mir hintergangen wurde, indem ich boykottirtes Bier ausshänkte, und die Entziehung des Boykott-Plakats für Recht anerkenne. Dieses gethan zu haben, erkläre ich ferner, daß ich von jetzt ab nur boykottirtes Bier führe und mich jederzeit der Kontrolle von der Kommission unterziehe. Hugo Bordt, Kantstrassen-Ecke Nr. 2.

Sauberstes, durch Maschinen hergestelltes Roggenbrot der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend. E. G. m. b. H. 34. Müllerstr. 34. Schutz-Mark. Telefon-Anschluß. 500 Zu haben in ca. 500 Niederlagen.

Brehm's Thierleben, Andree's Danbailas, Legisa von Meyer u. Brodhaus und andere Werke

laßt Hannemann, Kochstr. 56, 1 Tr. Alte Stiefel, gr. Ausw. Best. u. bill. Reparatur, reell u. bill. Runge, Reichenbergerstr. 178. 572b

A. Specht, Markgrafen-Saal und Vereinszimmer. Ringfreies Bier!

Münchener Brauhaus hier. Flaschenbier, gut gelagert, liefert ausschließlich laut Befähigung der Direktion. Plossner, Rothringstr. 9

Halt! Jeden Sonnabend: Gr. Gänse-ausspielen auf dem Billard bei Karl Kleiner, Rathheller, 576b Sendelstr. 16.

Möblirtes Zimmer, sep., an Herrn oder Dame zum 1./11. billig z. verm. Landsbergerstr. 13, Quergeb. part. r. Theilnehmer z. möbl. Zimmer, sep., Nr. 10 M., Holzmarktstr. 73, 4 Tr. I. Möbl. Zimmer an 1 auch 2 Betten Joffenerstr. 36, v. 2 Tr. r. 574b

Arbeitsmarkt.

Kaufmann (Buchhändler), z. Z. in einem Parteiunternehmen in Stellung, wünscht sich per 1. Januar 1895 oder später zu verändern. Sehr gute Zeugnisse und Referenzen. Offerten sub „Kaufmann“ durch die Exped. d. Bl. 9408*

Für die Berliner Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner die Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erstatten zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernherhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boikottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wilsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Nathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde. Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin. Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.

Das

Fiasko des Innungsrummels.

In die Reichs-Gewerbeordnung sind bekanntlich eine Anzahl Bestimmungen hineinpraktisirt worden, welche den ausgesprochenen Zweck haben, die Innungen zu privilegiren und dadurch wieder, wie das hohle Schlagwort lautet, „das Handwerk zu heben“. Während es unter den verschumpften Junkbrüderchen wirklich einige Ideologen gab, die allen Ernstes von der Wiederaufzimmern des längst unter den Füßen verschwundenen „goldenen Bodens“ träumen mochten, weisen bei der Beratung im Reichstage die Arbeitervertreter darauf hin, daß die wenigen Leute, die ehrlich eine Hebung des Handwerks durch gesetzliche Privilegien erwarteten, gar bald bitter enttäuscht sein würden, daß aber bei denjenigen Handwerkern, die vernünftig genug seien, sich nicht für den Innungsrummel zu begeistern, nichts als Mißstimmung und Widerwillen über die zu erduldenen Bedrückungen und Belästigungen einleuchten würde.

Die Nichtigkeit dieser von sozialdemokratischer Seite geduldeten Anschauung trat gar bald zu Tage. Die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit der Privilegien ergiebt sich schon aus dem vorher gewiß kaum für möglich gehaltenen Umstande, daß die Aufsichtsbehörde vielfach gezwungen war, den Innungen ihre Privilegien nach und nach wieder zu entziehen oder ihnen wenigstens die Entziehung androhen; die grenzenlose Unfähigkeit der Handwerksmeister, von ihren Vorrechten entsprechend richtigen Gebrauch zu machen, trieb die Aufsichtsbehörde widerwillig zu diesem beschämenden Schritt.

Die Thätigkeit, welche die Aufsichtsbehörden auszuüben haben, bewegt sich zur Zeit vornehmlich einzig in dieser Richtung. Erst in ihrer letzten Sitzung hat die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats sich dahin entschließen müssen, bei dem Polizeipräsidenten zu beantragen, der Berliner Gastwirths-Innung, der Schuhmacher-Innung und der Schneider-Innung die auf Grund des § 100 I der Gewerbe-Ordnung verliehenen Privilegien wieder zu entziehen. Der berühmte § 100 I giebt bekanntlich den Innungen unter Anderem das Recht, die nicht ihr angehörigen Arbeitgeber des betr. Gewerbes, die Gehilfen beschäftigen, zu den Kosten mit heranzuziehen, welche die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Innung verurlichen.

Diesen gesetzlich gebuldeten Brauch läßt die Gastwirths-Innung so fleißig, daß zwei Drittel ihrer Einnahmen sich aus den Taschen ihrer Nichtmitglieder herleiten. Ja, das Verhältniß würde hier noch weit auffälliger sein, wenn die Innung

konsequenter verführe, und nicht nur diejenigen besteuerte, die ihr anscheinend gerade in die Hände fallen!

Wer da fragt, wie denn diese so eigenthümlich erzielten Einnahmen verwendet werden, erhält zunächst Belehrung durch einen Blick auf den von der Innung allerdings kostenlos verwalteten Arbeitsnachweis. Im Jahre 1893 gab die Gastwirths-Innung für den Arbeitsnachweismeister, den Sekretär und den Kassenboten in Summa 3300 Mark an Gehalt aus, ferner für Miethe und Inserate 2700 Mark. Durch diesen Arbeitsnachweis wurden 1893 im ganzen 3672 Stellen nachgewiesen, darunter nur 800 sogenannte feste Stellen.

Einen Begriff von der Geringsfügigkeit dieses Wirkens bekommt man, wenn man damit die Thätigkeit der anderen, im Gastwirthsgewerbe bestehenden Arbeitsnachweise vergleicht. So wurden im selben Jahre nachgewiesen: vom Verein Berliner Gastwirths 13 309 Stellen, vom Verein der Weißbierwirths 9430 Stellen, vom Verein der Gastwirthsgehilfen 4360 Stellen, vom Kellnerverein 3292 Stellen, vom Deutschen Kellnerbund 3007 Stellen, vom Nachweis für Kellner und Hausdiener 2000 Stellen.

Der Arbeitsnachweis der Innung genießt eine so geringe Bedeutung, daß selbst ihre eigenen Mitglieder ihn zum großen Theil nicht benutzen; ja eine Umfrage bei einer Reihe größerer Gastwirths ergab, daß nur einer von ihnen den Innungsnachweis in Anspruch nahm. Es sei hier noch auf den Umstand hingewiesen, daß die ausgeschiedenen Steuern in 400 Fällen exekutorisch eingetrieben werden mußten.

Die Schuhmacher-Innung hat im Jahre 1893 von Nichtmitgliedern 1692,90 M. durch Steuern erhoben. Von diesem Betrage konnte ebenfalls ein beträchtlicher Theil erst durch Zwang eingetrieben werden.

Das Maß dessen, was die Schuhmacher-Innung auf dem Gebiete der Wohlfahrts-Einrichtungen geleistet hat, ergiebt sich aus folgender Aufstellung. Es wurden von der Innung ausgegeben: An Miethe 1000 M., Gehalt des Gesellen-Vorstehers 900 M., Einrichtung für Herbergswesen nichts, Mitgesellen und Gesellenanschuß 100 M., Innungsschiedsgericht 650 M., Wanderunterstützung 13 M., Verwaltungskosten, Druckkosten und Post 492 M. 30 Pf., Gehälter 1150 M., Gratifikationen 150 M., Sächliches 97 M. 30 Pf. Also auch hier die zahlenmäßige Antwort, daß fast gar nichts von der Innung geleistet worden ist. Und darum muß die erhebliche Summe von 1692,90 Mark zum Theil exekutorisch von ganz unberühmten Leuten herbeigezogen werden!

Noch schöner sieht es mit dem Wirken der Schneider-Innung aus. Trotzdem deren Aktionsgebiet im Statut auf Berlin und 7 Kilometer im Umkreis“ angegeben ist, läßt sie ihre Thätigkeit in der „Hebung des Handwerks“ nur auf die Stadt selber aus. Fragt man aber, wozu denn im Statut ein so weites Wirkungsgebiet angegeben sei, so erhält man die naive Antwort: Ja, das haben wir so von den Schuhmachern abgeschrieben!

Wir würden unsere Pflichten vernachlässigen, wenn wir nicht noch einige Charakterzüge aus dem segensreichen Wirken dieser Innung wiedergäben.

Als sie das sehr ersehnte Privileg des § 100 I empfangen hatte, wurde die Sache verblüffend leicht arrangirt. Man schrieb einfach aus dem Berliner Adreßbuch die Namen der 8000 Personen ab, die darin als Schneider aufgeführt stehen, und otkorirte für jedermann aus dem Bolle der Nadel einen Steuerbetrag von 50 Pf. und zwar unbekümmert darum, daß im Statut nur 45 Pfennig als Beitragsleistung festgesetzt sind. Die Wirkung dieses genialen Vorgehens kann man sich denken; es wurden nicht weniger als 3874 Zwangsvollstreckungs-Anträge bei der Gewerbe-Deputation gestellt.

So sieht die Hebung des Handwerks durch die Innungen in der Praxis aus.

Es wäre mehr wie ungerecht, diesen galvanisirten Leichnamen noch ferner ihre nichtsnutzigen Privilegien zu belassen. Die Erfahrungen, die mit den Privilegien gemacht worden sind, müssen wohl oder übel dazu führen, daß sie den Innungen überhaupt nicht mehr verliehen werden.

Gewägungen ähnlicher Art haben denn wohl auch die Gewerbe-Deputation dahin geleitet, sowohl der Buchdrucker-Innung als auch der Lösser-Innung das Geuch um Ertheilung der Privilegien aus § 100e 1-3 der Gewerbe-Ordnung rundweg abzulehnen.

Die Gewerbe im Ganzen, in denen diese Innungen errichtet sind, werden durch diesen Beschluß nichts verlieren, die Nichtinnungsmitglieder aber werden vor nutzlosen Bedrückungen und Belästigungen bewahrt bleiben.

Soziale Ueberblick.

Eine Lustbarkeitssteuer soll in Breslau eingeführt werden; diese erstreckt sich nach dem Entwurf auch auf gewerbmäßig betriebene Borträge auf Klavieren und mechanischen oder anderen Musikinstrumenten in Gast- und Schankwirthschaften, sowie auf die Karouffels-, Schaufeln-, Schießbuden u. s. w. Je größer das Lokal, desto höher die Steuer.

Die vielgerühmte Ueberfüllung der Schulklassen wurde kürzlich vor dem Schöffengericht in Halle bei Gelegenheit einer Verhandlung gegen einen Lehrer konstatiert. Der Lehrer Ernst Schmidt aus Gröbers wurde wegen fahrlässiger Mißhandlung eines Schülers zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt. Als strafmildernd wurde angenommen, daß der Angeklagte 133 Kinder zu unterrichten habe, wobei strenge Zucht von nöthen sei.

Wohlfahrts-Einrichtungen. Durch die Gründung einer Pensionskasse will künftig der Bochumer Verein seine Beamten an sich fesseln. Die Arbeiter werden auf andere Art „gefesselt“.

Zur Widerfruchtigkeit des Zeus-Wahlsystems. In Essen haben zwei Personen genau ebensoviele politisches Recht in Kommunalangelegenheiten, als 10 240 Personen. Zur ersten Abtheilung gehören außer den Ehrenbürgern diejenigen Wähler, welche 40 468,10 M. und mehr Staats- und Gemeinde-Steuern zahlen. Zur ersten Abtheilung zählen außer dem Fürsten Bismarck und Dr. Pannmacher (Berlin) nur die Herren Geh. Kommerzienrath Krupp und Gewerke August Waldhausen. Zur zweiten Abtheilung gehören die Wähler, welche weniger als 40 468,10 M. bis 750 M. Steuern zahlen, insgesammt 347. Zur dritten Abtheilung gehören Wähler, welche weniger als 750 M. Steuern zahlen, im Ganzen 10 240. Jede Abtheilung hat vier Stadtverordnete zu wählen, außerdem die erste und zweite Abtheilung noch je einen Stadtverordneten bis Ende 1896; mit anderen Worten: 351 Wähler der ersten und zweiten Abtheilung wählen 10, 10 240 Wähler der dritten Abtheilung vier Stadtverordnete. Noch überzeugender tritt die Ungeheuerlichkeit des Wahlgesetzes hervor, wenn man einen Blick in die Wähler-Listen wirft. Der dritten Abtheilung ist die überreiche Mehrzahl der Männer von Bildung zugetheilt, fast sämtliche höheren Verwaltungsbeamten (u. A. der Oberbürgermeister), die richterlichen Beamten, die Geistlichen und die höheren Beherpersonnen.

Die Nacharbeit für Regelsungen ist von der Schulinspektion der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt verboten worden. Nach der Verordnung dürfen Kinder unter 14 Jahren nach 9 Uhr Abends nicht mehr zum Regelaufsetzen verwendet werden.

Ein städtischer Arbeitsnachweis soll nun auch in München errichtet werden. In der letzten Magistrats-Sitzung wurde verhandelt, daß das Ministerium des Innern und die lgl. Regierung von Oberbayern dem Magistrat die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises nahegelegt haben. Es wurde zur näheren Beratung der Sache eine Kommission gewählt, bestehend aus 4 Magistratsräthen und 4 Gemeindebevollmächtigten, welche sich zugleich mit den das Gewerbegericht betreffenden Fragen beschäftigen soll.

Gegen die Lehrlingszüchtere. Das Württembergische Justizministerium hat eine bemerkenswerthe Verordnung erlassen. Nach dieser sollen Gerichts- und Amtsnotare bei Annahme eines zweiten Lehrlings die Genehmigung des Justizministeriums hierzu einzuholen haben. Das gleichzeitige Halten von mehr als zwei Lehrlingen seitens eines Notars ist künftig nicht mehr zulässig. Wenn ein Notar die Genehmigung des Justizministeriums zu gleichzeitiger Annahme zweier Lehrlinge nachsuchen will, so ist in dem Gesuch das Bedürfnis eingehend nachzuweisen, wobei zutreffendfalls auch das sonstige Kanzleipersonal des Notars namhaft zu machen ist.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts in Tutzingen (Btg.) wurde auf ein Gesuch des Gewerkschaftsausschusses hin im Gemeinderath debattirt, aber mit folgender eigenthümlichen Begründung abgelehnt: Tutzingen, Auszug aus dem Gemeinderath-Protokoll vom 15. September 1894. 8. Die Frage der Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts wird berathen und in Erwägung, daß bisher alle angefallenen Streitfälle so rasch als möglich erledigt worden sind, und außer von Franz Hoffmann der Wunsch nach Errichtung eines solchen Gerichts von niemand sonst geltend gemacht worden ist, wird beschlossen, ein gewerbliches Schiedsgericht vorerst nicht zu errichten. Diesen Auszug beglaubigt Rathschreiber Döfinger.

Gewerkchaftliches.

Für die Maurer im Stadtteil Osten findet am 28. Oktober, Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Kollegen Gröppler, Weberstraße 66, eine Besprechung statt. In anbeacht der überaus schlechten Arbeitsverhältnisse, deren Folgen um so schwerer jetzt über uns hereinbrechen, wäre es zu wünschen, daß unsere Kollegen recht zahlreich dieser Einladung Folge leisten. Wie den Kollegen bekannt ist, besteht für und kein Arbeitsnachweis. Dennoch wird es möglich sein, uns in der Arbeitsvermittlung zu unterstützen, wenn alle Kollegen hilfreiche Hand bieten.
J. Leonhard. M. Götterbecker.

Achtung, Schuhmacher! Am Montag, den 29. Oktober Abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung bei Gröndel-Brunnenstr. 168, statt, die sich mit dem jetzigen Stand des Bierboypotts beschäftigen soll. Zu dieser Versammlung sollen zur besseren Agitation Handzettel verbreitet werden. Treffpunkt Sonntag Morgen punkt 8 Uhr bei Peterjohn, Veteranenstr. 21. Die Kollegen werden ersucht, am Sonntag früh recht zahlreich zu erscheinen. J. A.: K. German, Flemmingstr. 16.

Der Streik der Zeitungs-Verleger in Halle a. S. fängt an, dem dortigen Magistrat recht unangenehm zu werden. Der Streik hatte, wie wir seinerzeit berichteten, darin seinen Grund, daß in den Stadtverordneten-Sitzungen den Berichterstattern ganz schlechte Plätze angewiesen worden waren. Da eine Aenderung nach dieser Richtung noch nicht erfolgt, streiken die Berichterstatter weiter, und so erscheinen keine Berichte über die Beschlüsse in den Blättern. Der Magistrat sucht sich nun dadurch aus der läßeln Situation zu ziehen, daß er dem Amtsblatt, der „Saale-Zeitung“, einen Bericht zustellt. Das Blatt hat aber anerkanntermaßen nicht nur die Aufnahme dieses Berichtes abgelehnt, sondern sich auch geweigert, eine Zustellung der Beschlüsse der letzten Stadtverordneten-Versammlung als amtliches, bezahltes Inserat aufzunehmen. Gerichtlich wird durch Verfügung einer Ordnungsstrafe erzwungen. Im letzteren Falle würde die Angelegenheit sicher die Gerichte beschäftigen. Es würde aber dadurch nicht die Sache des Magistrats, sondern die der Zeitungen gewinnen.

Ein Streifbrecher, der in der Göttrower Wagonsfabrik arbeitete, ist entlassen worden, weil er im Verdacht stand, die geheime schwarze Liste seinem früheren Arbeitgeber entwendet zu haben.

Ueber den Mäntelstreik in New-York schreibt uns unser dortiger Korrespondent unterm 12. Oktober: Infolge des Umstandes, daß vier der hiesigen Mäntel-Fabrikanten, welche zusammen über 2000 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen derselben nicht bewilligen wollten und die übrigen Unternehmer ihre Kollegen durch Fertigstellung derer zugeschnittenen Stoffe unterführten, ist es zum Generalkstreik der Gloakmaler und des größten Theils der Zuschneider (Cloakcutters) gekommen, an dem sich sowohl die jüdischen als auch die in den letzten Jahren angelehrten italienischen Arbeiter beteiligen. Im Gesamten ist die Zahl, trotz des steten Zuwachses, dieselbe wie beim vorigen Generalkstreik, nämlich 12000. Da inzwischen ein Theil des Geschäfts nach anderen Orten, besonders Jersey-City und Philadelphia verlegt worden ist. Da die New-Yorker Unternehmer schon begonnen haben, nach diesen Orten Stoffe zur Bearbeitung zu senden, so wird es dort wahrscheinlich ebenfalls zum Streik kommen. Die Führer der Gloakmaler scheuten erst vor dem Schritt zurück und mahnten in der betreffenden Versammlung, in welcher über die Sachlage beraten wurde, davon ab; auch der Präsident der „Federation of Labor“, Gompers, gestellte sich ihnen bei. Die Stimmung der Arbeiter war aber eine derartig kampflustige, daß jene dem Drängen nachgeben mußten. — Für gestern Abend war eine Parade der Streikenden und daran anschließende Massen-Versammlung auf dem Union Square angesetzt; als sich folgedessen am Ausgangspunkt der ersten, dem Putgers Square, in dem hauptsächlich von jüdischen Arbeitern bewohnten Stadtteil, die Bewohner derselben versammelten, führte plötzlich eine Rote Polizeijung unter Führung des Distrikts-Kapitans auf den Platz und bearbeiteten die Menge, zum großen Theil aus Frauen und Kindern bestehend, mit ihren Knüppeln. Auch später auf dem Union Square schienen die dort in großer Anzahl postierten Polizeijung (jedemfalls auf Sukkurs rechnend) nicht übel Lust zu haben, drein zu hauen; sie drängten sich zwischen die Leute und stießen die ihnen zunächst Stehenden brutal hin und her; einer derselben erhielt auch einen Knüttelhieb über den Kopf. Inzwischen schwoh die Masse immer mehr an, so daß sie an 7000 Köpfe zählte, und zuletzt marschirten unter den Klängen der Marschmusik noch 1500 Italiener heran. Es wurden dann die Verhandlungen eröffnet und endlich trat Ruhe ein. Die Versammlung gestaltete sich zu einer stürmischen Demonstration für die sozialistische Arbeiterpartei, auf welche ein im wahren Sinne des Wortes „donnerndes“ dreimaliges Hoch ausgetragen wurde. Und Das hat mit ihren Knüppeln Die Polizei gethan!

Gerichts-Beifung.

Wegen einen Plenarbeschluss des Reichsgerichts verfiel ein Urteil des Landgerichts Kiel vom 1. Juni, welches dem Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, J. Klüs, wegen Beleidigung der kaiserlichen Nord-Deutschen-Kanal-Kommission eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen auferlegte. Die genannte Zeitung hatte einen ihr zugegangenen Artikel abgedruckt, in welchem die Arbeiterbaracken am Kanal besprochen wurden und mit Rücksicht auf die gründliche Ausübung derselben der Verwaltung der Vorwurf gemacht wurde, sie sei den Hamburger Bodenwucherern gleichzustellen. Herr Klüs hatte die Thäterschaft bestritten, das Gericht nahm aber hierauf keine Rücksicht, da er besondere Umstände, welche seine Thäterschaft ausschlossen, nicht vorgebracht habe und er sich auch strafbar gemacht haben würde, wenn er den Artikel veröffentlicht habe, ohne vorher von seinem Inhalte Kenntnis zu nehmen. — Die Revision des Angeklagten, welche vor dem 4. Straffenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, wurde vom Vertreter des Reichsanwaltschaft, Herrn Oberlandesgerichtsrath Feinmann, für begründet erklärt. Derselbe bemerkte: Objectiv ist allerdings die Beleidigung festgestellt, auch ist mit Recht der Einwand des Angeklagten, daß er den Artikel, „soviel er sich erinnere“, nicht vorher gelesen, unbeachtet geblieben, aber mit dem Sage, daß der Angeklagte auch strafbar sei, wenn er den Artikel nicht gelesen hätte, legt sich das Landgericht in die direkten Widerspruch mit dem Plenarbeschluss des Reichsgerichts vom 6. Juni 1891 über die Präsumtion der Thäterschaft bei Verbrechungen. Das Landgericht setzt eine Präsumtion der Thäterschaft an die Stelle der Präsumtion und macht auch für den Fall der Veröffentlichung so wenig Unterschied zwischen Thäterschaft und Fahrlässigkeit, daß es sogar die §§ 20 und 21 des Preßgesetzes nebeneinander für anwendbar hält. Auch das ist falsch, daß es zur Strafbarkeit des Bewußtseins der Beleidigung nicht bedürft habe. — Gemäß dem gestellten Antrage hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Womit sich die Postbehörde beschäftigt. Ein bezaubernd schönes Bild von dem Wirken unserer Postbureaukratie entrollt eine Verhandlung, die sich gestern vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts abspielte. Die kaiserliche Postbehörde hatte nämlich gegen zwei ehrenhafte Männer, die sich — man denke! — eine Briefmarke von einer Werth-Postadresse abgelöst hatten, Klage zu erheben lassen. Warum? Sie sollten sich des entsprechenden Vergehens der Dieberei und des Diebstahls schuldig ge-

macht haben. Die Sachlage dieses monströsen Falles verhält sich folgendermaßen: Bei der Nationalbank für Deutschland war ein mit 40000 Mark deklarirtes Paket aus Ungarn eingegangen und mußte von dem Steueramt abgehoben werden. Die Begleitadresse war mit vier ungarischen Briefmarken besetzt gewesen, als aber der eine Kassenbote diese Begleitadresse bei dem Steueramt abgab, befanden sich nur noch zwei Marken darauf; an die Stelle der beiden fehlenden Marken war die mit dem Stempel der Nationalbank für Deutschland unterzeichnete Bemerkung getreten: „Selbst abgelöst“. Die Steuerbehörde benachrichtigte darauf die Direktion der Nationalbank für Deutschland, daß nach einer Mittheilung der Postverwaltung ein derartiges Löschen gestempelter Briefmarken „absolut unzulässig“ sei und die Postbehörde in Zukunft entschieden die Rückhändigung der Wertpakete auf solche gestempelten Begleitadressen verweigern würde. Lo gelöst werden konnte, daß ein Kassenbote die Briefmarken abgelöst und eine derselben einem Kollegen geschenkt hatte, so ermittelte die Postbehörde gegen beide Kassenboten die Strafanzeige! — Der Staatsanwalt hielt auch die Schuld der Angeklagten für zweifellos. Die abgestempelten Briefmarken auf den postlichen Begleitadressen seien Eigentum der Postverwaltung (so?), welche behufs Abrechnung z. B. ein Recht darauf habe. Jedenfalls seien die Marken für die beiden Angeklagten eine fremde Sache gewesen, die sie sich widerrechtlich angeeignet hätten. Er beantragte 5 M. Geldstrafe bezw. 1 Tag Gefängnis. — Der Verteidiger betonte die Nothwendigkeit, daß im Instanzenwege die Frage entschieden werde, ob derartige abgestempelte Briefmarken Eigentum der Postbehörde seien und bestritt natürlich, daß sich die letztere geschädigt fühlen könne. Die „Geschädigte“ sei höchstens die Nationalbank für Deutschland, welche sich aber nicht geschädigt fühle. Jedenfalls sei es bei den Kassenboten seit Jahren Gebrauch, derartige Marken sich anzueignen. — Das Schöffengericht glaubte, das Eigentumsrecht an den Marken nicht entscheiden zu brauchen, da es die Angeklagten wegen mangelnden Dolus freisprach. Sie wurden aber darauf hingewiesen, daß in Zukunft dieser Strafschlusspruch nicht mehr Platz greife.

Ein grausamer, herzloser Familienvater hatte sich dieser Tage vor dem Rixdorfer Schöffengericht in der Person des Zimmermanns Julius Luskale zu verantworten. Derselben wurde zur Last gelegt, wiederholt seine leiblichen Töchter ohne Grund mittels gefährlichen Werkzeuges roh mißhandelt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Thatbestand: Vor etwa 2 Jahren zog sich der Angeklagte bei Ausübung seines Berufes eine Beinverletzung zu, die ihn lange Zeit arbeitsunfähig machte. Das war sein Verderb, denn er wurde jetzt ein Trübsalbold, der von früh bis spät in der Kneipe lag und Nachts schwer bezechet nach Hause kam. Die ganze Familie wurde dann von ihm mit einem Leibriemen aus den Betten gejagt und selbst in bitterster Winterkälte auf den Fluß und die Treppe getrieben, wo sie halbnackt in einem Winkel kampiren mußten, wenn nicht mittelbige Nachbarn sich der Nerven annahmen. Oft waren Frau und Kinder derart erschlagen, daß sie wochenlang mit verbundenen Köpfen umherliefen. Die Unfallrente im Betrage von monatlich 70 M. verbrauchte Luskale für sich, sodas Frau und Töchter ihren Lebensunterhalt durch angestrengte Notharbeit verdienen mußten. Trotzdem verlangte er noch Geld von seiner Familie. Als er aber gar seinen eigenen Töchtern unästhetische Anträge stellte, lief die älteste Tochter fort und wandte sich hilfesuchend an die Polizei. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung entzog das Vormundschaftsgericht dem Väterling das Erziehungsrecht, während die Staatsanwaltschaft Anklage erhob. Mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten an den Tag gelegte außerordentliche Noth und Unmenschlichkeit beantragte der Staatsanwalt gegen denselben das höchste Strafmaß — drei Jahre Gefängnis. Das Urtheil lautete auf zwei Jahre Gefängnis und wurde der Angeklagte sofort in Haft genommen.

Literarisches.

Der Hochverraths-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Geyner vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11.—26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. 15. Lieferung. S. 577—624. 8. Preis 20 Pf. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
Das eben ausgegebene Heft enthält die Rede des Rechtsanwalts Freitag II, des Verteidigers Bebel, die mit den Worten schließt: Ich sage Ihnen meine Herren, bejahen Sie die Fragen, so schaffen und sanktionieren Sie in Sachen einen rechtlosen Zustand. Den Versuch des Vorlesenden, diesen Ausdruck zu rügen, wiesen die Verteidiger energisch zurück. Nach dieser dramatischen Scene ergriff der Staatsanwalt zu längeren Ausführungen das Wort. Endlich enthält das Heft den Beginn der Widerlegung der zweiten Rede des Staatsanwalts durch den Verteidiger Freitag I.

James Gary. Experimentalphysik. Leipzig, Schurpfeil. 1 M.
Den Titel „Experimentalphysik“ verdient das vorliegende Werkchen kaum; in dem Abschnitt, welcher die Mechanik, d. i. die Lehre von den Bewegungen behandelt, ist z. B. der wichtige Begriff der mechanischen Arbeit überhaupt nicht erwähnt, geschweige näher erörtert und erläutert. Demgemäß ist auch bei der Wärme die neuere mechanische Auffassung mit Stillschweigen übergangen, und ebenso wird das grundlegende Gesetz der Erhaltung der Energie, welches die ganze moderne Physik beherrscht, an keiner Stelle genannt.

Aber der Autor bittet bei Wächlein nicht nach dem zu beurtheilen, was es nicht enthält, sondern nach dem, was es enthält. Thut man dieses, so muß man zugestehen, daß es seinem Nebentitel: „Reicht ausführbare Experimente ohne Apparate. Welche Ueberhaltung im häuslichen Kreise.“ gerecht wird. Es enthält die Beschreibung einer ganzen Fülle von einfachen Experimenten, welche ohne kostspielige Vorrichtungen leicht ausgeführt werden können; die Experimente sind in methodischer Folge angeordnet, so daß Jemand, welcher allmählig von dem einen zu dem anderen aufsteigt, immerhin eine ganze Anzahl physikalischer Wahrheiten seinem Verständniß nahe rücken wird. Bei den Erläuterungen, welche sich an die Versuche anschließen, ist häufig ein etwas autoritativer Ton gewählt worden. In anbeacht des Umstandes, daß zur näheren Begründung meistens eine Reihe von Vorkenntnissen gehört, welche bei den Lesern nicht vorausgesetzt werden, und daß ferner der Raum des Buches zur Beschreibung der Experimente offen bleiben sollte, wird das kaum zu tadeln sein, zumal nichts Unrichtiges behauptet wird. Ungefährig ist dagegen, daß auf Seite 180 der Leser aufgefordert wird, die Begründung für die dort angegebenen Gesetze der Strahlenbrechung durch Linsen nach den früher gegebenen Erklärungen selbst vorzunehmen; dazu sind die Entwicklungen weder einfach genug, noch die gegebenen Erklärungen genügend eingehend.

Der letzte Abschnitt: „Die Electricität in der Technik“ enthält die Beschreibung des Telephons, des Mikrophons, der magnetischen und Dynamo-Maschinen, sowie der verschiedenen Arten des elektrischen Lichtes. Dieser reiche Inhalt ist auf 15 kleine Seiten zusammengebrängt und nicht durch eine einzige Zeichnung näher erläutert, so daß der Leser kaum zum Verständniß der geschilderten Erscheinungen und Apparate kommen wird. Der Autor hätte besser gethan, diesen Theil etwas mehr auszudehnen und dafür den Anfang, einen 34 Seiten langen werthlosen Ueberblick über die Grundzüge der Chemie, fortzulassen.

Eingekaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Verzeichnis der sozialdemokratischen Parteizustände (Exposition in Berlin SW., Schulhofstr. 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsredaktionen. Das Abonnement beträgt durch die Post

aber in Berlin durch die Zeitungsredaktionen pro Quartal 1,20 M. Abonnement 1,80 M.

Die Nr. 29 vom 26. October hat folgenden Inhalt: Bodenbau. — Briefe aus England. — R. Beer, London: Christlich-sozialer Fortschritt in England. — Emancipation. Von G. Raspi. — Parteinachrichten. — Die man uns behandelt.

Was hat der Landmann von der Sozialdemokratie zu erwarten? — Der nationale Kongress der deutschen Bergleute. — Der Zwischenschied. — Ulrich S. Steffens. — Agrarische. — Arbeiterfrage. — Gewerkschaftliches. — Tobentische. — Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Leipzig, J. G. M. Dieß) Verlag) ist schon das 4. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: — Zur dritten Ausgabe von Dr. Engels' „Der Herr Eugen Zähring's Uebersetzung der „Wissenschaft“. Von Dr. Ernst. — Aus den Vereinstagen des J. G. M. Dieß. (Fortsetzung.) — Berliner Arbeiter-Literarische Rundschau. — Notizen. — Heftelton: Anna Wenzel. Eine Ziermädchen-Geschichte. (Fortsetzung.)

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung sämtlicher in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 15. October eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der nochmals die Stellungnahme des Vereins zu den Beschlüssen des Erfurter Schuhmacher-Kongresses erörtert wurde. Wie aus den Ausführungen der meisten Diskussionsredner zu entnehmen war, konnte man sich für den bekannten Vorschlag der Berliner Delegirten — welche den Uebertritt zur Zentralorganisation befürworteten — nicht erwärmen, und wurde hierauf eine dementsprechende Resolution nahezu einstimmig angenommen. Sodann wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen, der sich wie folgt zusammensetzt: Vornemann erster, Wäntner zweiter Vorsitzender; Weber, Schriftführer; Unger, Kassirer; Lieh und Ruster, Revisoren.

Die Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten hielt am 19. d. M. bei Köllig, Neue Friedrichstraße, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat des Kollegen Hopp, der über: „Die rechtliche Stellung der Bureau-Angestellten“ sprach. Redner schildert, wie durch den Mangel jeder gesetzlichen Bestimmung, die das Verhältnis zwischen Prinzipal und Arbeiter regelt, die Bureau-Angestellten geradezu eine rechtlose Stellung einnehmen, und giebt an der Hand eines reichen statistischen Materials einen Ueberblick über die niedrigen Gehälter seiner Berufskollegen. Des weiteren kam Redner auf die seitens der Organisation an die Arbeitgeber und die gesetzgebenden Körperschaften gestellten Forderungen zu sprechen und meint schließlich, daß nur durch eine starke Organisation diesen Zuständen ein Ende bereitet werden könne. Durch diese Organisation müsse man insbesondere einen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben können und den Arbeitgebern eine Macht gegenüberstellen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schulz, Bauer und Casper. Zum dritten Punkt, „Bibliothek“, theilt Kollege Hopp, der gewählte Bibliothekar, mit, daß der Vereinigung jetzt circa 80 Bände zur Verfügung stehen. Er bittet um zahlreiche Verwendungen und neue Zuwendungen. Unter „Verschiedenes“ giebt Kollege Schulz den Plan des Vorstandes bekannt, die Vereinigung in einen Verband umzuwandeln, der sich über ganz Deutschland erstrecken soll, und verliest auch einen bereits von ihm und Kollegen Bauer gefertigten Statutenentwurf. Es wird beschlossen, einen diesbezüglichen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

Der Verband der Formstecher, Drucker und Hilfsarbeiter der Jahrestelle Berlin hielt am 20. d. M. seine Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Quartalsabrechnung und Jahresabrechnung der Bibliothek. 2. Situationsbericht. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Nachdem Punkt 1 erledigt war, nahm der Vorlesende die Punkte 2 und 3 vor. Redner giebt bekannt, daß der Pilsdesheimer Streik der Formstecher beendet, und zu Gunsten der Arbeiter entschieden ist. Ferner ist die Sperre über die Firma Wille in Harburg und Lehmann in Köpenick aufgehoben, da die betreffenden Herren die Forderungen, welche an sie gestellt wurden, anerkannt haben. Ueber den ungünstigen Verlauf des Streiks der Drucker in Nordhausen drückt die Versammlung ihr Bedauern aus, besonders insofern, als die Kollegen so leicht Ferngeld gaben und die Mehrzahl aus dem Verband ausgetreten ist. Unter den Formstechern in Nordhausen droht ein neuer Streik, da denselben ihr Lohn um 3 M. reduziert und die 14tägige Kündigung entzogen ist. Im weiteren machen die anwesenden Formstecher bekannt, daß sie der Ueberseierabend-Arbeit entgegenstehen wollen. In diesem Zwecke wollen sie die Angelegenheit dem Zentralvorstand unterbreiten und eine Erklärung über die Stellung der auswärtigen Kollegen einholen. — Das Stiftungsfest findet am 8. November im Wedding-Kasino statt.

Die Jahrestelle Berlin II. des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 21. October ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kollege Silberstein einen lehrreichen Vortrag über: „Die Bedeutung der Kartelle, Ringe und Trusts“ hielt. Redner beleuchtete in eingehender Weise die Machtverhältnisse des Kapitals, welche sich in obengenannten Vereinigungen konzentriren, und zog hieraus die Schlussfolgerung, daß es für die Arbeiter die dringende Pflicht sei, sich ebenfalls in Massen zu vereinigen, um gegen das Kapital erfolgreich ankämpfen zu können und den Arbeitern eine bessere wirtschaftliche Existenz zu schaffen. In der Diskussion richtete Gröppler im Sinne des Referenten zugleich die Mahnung an die Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht werden. Daraus erfolgte die Abrechnung des Kassirers vom dritten Quartal. Nach dem Bericht desselben betrug die Einnahme inkl. alter Bestand 661,56 M., die Ausgabe 504,01 M., bleibt Bestand 57,55 M. Im Gewerkschaftlichen forderte Gröppler zur regen Unterstützung der Brauerei-Arbeiter auf. Nachdem noch beschlossen, im März nächsten Jahres einen Maskenball zu arrangiren und einige interne Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 21. October eine Ausschussung ab. Von den zum Eintritt gemeldeten Vereinen wurden fünf in den Bund aufgenommen. Da ein Protest gegen die Aufnahme eines Eberswalder Vereins vorlag, ist beschlossen, bis nach vorhergehender Kommissionsprüfung die Aufnahme zurückzustellen. — Der Verein Ipra I wurde auf Grund der gelauteten Resolution (Reklamation) ausgeschlossen. — Der Delegirte erstattete Bericht vom Delegirtenstag der Bierergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands und bemerkte zum Schluß seiner Ausführungen, daß das in Druck hergestellte Protokoll den Vereinen zugehen wird. Da der Ausschuss der Bierergemeinschaft z. B. wiederum seinen Sitz in Berlin hat, werden neuen Vereinen gewählt, welche je eine Person zum Ausschuss zu entsenden haben. — Zum Bundes-Dirigenten wurden verschiedene Gesanglehrer in Vorschlag gebracht. Auf einen Antrag hin ist beschlossen, ein Ausschreiben in Form einer Annonce aufzugeben. Dem Bernauer Gesangverein „Freiheit“ wurde Rechtsgewährung. Bei einem vom Verein arrangirten Vergnügen soll sich ein Mitglied auf Grund des Erkenntnisses „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ schuldig gemacht haben. Auf Antrag der Brandenburger Vereine sollen ferner die Annoncen z. B. des Bundes auch im Brandenburger Parteiorgan aufgegeben werden. Der Antrag ist angenommen. Ein Vertreter nahm Gelegenheit, auf Grund eines Versammlungsberichtes im „Vorwärts“ anzufragen, ob es wahr ist, daß in Wilmersdorf die dem Bunde angehörende Vereinen in Lokalen tagen, in welchen Boplotter ausgetheilt wird. Von sämtlichen Wilmersdorfer Vereinen wird dies entschieden in Abrede gestellt.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeräthwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Mitgliedschaft Berlin hielt am 22. d. M. ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege W. Sailer konstatierte im Beschluß-

Bericht für das 3. Quartal ein erfreuliches Fortschreiten der Organisation, das wesentlich der neuen Taktik, durch Werkstätten-Vertrauenspersonen Einfluss auf Substantielle zu gewinnen, zu danken sei. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 581 auf 641, die der weiblichen von 66 auf 187, im laufenden Monat wurden weitere 150 Aufnahmen vollzogen. Die Tätigkeit des Vorstandes und der Branchen-Vertrauenspersonen war wesentlich darauf gerichtet, Uebertretungen der Arbeiterschutz-Bestimmungen, schlechte sanitäre und fittlich anstößige Zustände in den Fabriken zu ermitteln und zur Anzeige zu bringen; der Erfolg war ein guter. Dringend nötig sei aber, das Vertrauensmänner-System noch weiter auszubauen. Den Bericht des Arbeitsschutzes gab Kollege Stanowski. Als arbeitslos ließen sich einzeichnen 306 Kollegen und 105 Kolleginnen. Banzungen wurden gemeldet 282 für Arbeiter und 164 für Arbeiterinnen, von denen 181 resp. 82 befehrt wurden. Die Bibliothek besteht aus 240 Bänden bei 198 Benutzungen. Die Rechtschutz-Kommission hatte nur ein Geschäft zu erledigen. Der Bericht des Kassiers Kollegen Christian weist aus: Für die Zentralkasse Einnahme 1896,10 Mark, Ausgabe 676,27 Mark (darunter Arbeitslohn-Unterstützung 881 M., Reise-Unterstützung 58,55 M.), abgehandelt 1220,83 M.; für die Lokalkasse Einnahme 964,27 M., Ausgabe 432 M., Bestand 532,27 M. Auf Antrag der Revisionen wurde der Kassierer entlassen. Der Gauvorstand erstattete kurz Bericht über seine Tätigkeit, danach soll im November eine Agitationstour durch Schlesien und Posen erfolgen. Die Wahl eines zweiten Vorsitzenden fiel auf Kollegen Konrad. Zu strenger Durchführung des Bierbojotts und Unterstützung der Aufgesperrten forderten Kollege Colatz und der Vorsitzende auf. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit der Sperrung der Cohn u. Friedländer'schen Kartonsfabrik.

Der Interessentenverein der Rifenmacher hatte am 22. d. M. seine Generalversammlung einberufen. Der Kassierer Paule verlas zunächst die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 121,50 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 76,16 M.; das Barvermögen beträgt 425,22 M. Hierauf wurden die Ersatzwahlen der im Vorstände ausgetretenen Mitglieder vollzogen. Es wurden gewählt: Schwanberg als 2. Vorsitzender, Haude als 1. Kassierer, Schumann als 2. Schriftführer und Eduard Müller als Revisor. Beschlossen wurde, den Arbeitsschutzes von der Marktstraße 23 nach der Wallnertheaterstraße 20 bei Homuth zu verlegen. Sodann fand die Wahl einer siebenköpfigen Arbeitsschutzes-Kommission statt, und wird beauftragt, dass das Stiftungsfest am 17. November bei Meiß, Weberstr. 17, gefeiert wird.

Der Verband deutscher Korbmacher, Filiale Berlin, hielt am 22. Oktober eine gutbesuchte Versammlung ab. Zunächst wird der Versammlung die Abrechnung vorgelesen, die eine Einnahme von 58,19 M. aufweist, der eine Ausgabe von 24,10 M. gegenübersteht. Hierauf wird in eine Besprechung der Mitgliedschaft in den Vereinen von Anzlin u. Co. und Blume eingetreten. Die Beschlüsse wurden durch die Anwesenden theils widerlegt, theils zugegeben. Festgestellt wurde, dass die Löhne in den beiden Vereinen reduziert sind. Es entspann sich nun eine lebhafteste Debatte, in der besonders den dort Arbeitenden dargelegt wurde, wie notwendig es ist, sich der Organisation anzuschließen. Gerade die Arbeiter aus jenen Werkstätten müssten an der Spitze der Bewegung stehen und den andern zum Vorbild dienen. Da die Besprechung über die Zustände im Blum noch nicht erledigt war, so wurde beschlossen, die Angelegenheit nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Kollege Jungnickel ermahnte die Anwesenden, in ihren Kreisen für die energische Durchführung des Boykotts zu wirken. Für die Werkstätten von Ribbenau und Steinicke wurde je ein Vertrauensmann gewählt. Dann gab der Vorstand bekannt, dass der Streit der Oranienburger Kollegen durch ihr festes Zusammenhalten zu Gunsten der Arbeiter entschieden ist. Dies sei wieder für diejenigen ein Beweis, welche immer meinen, unsere Bewegung müßte nicht. Zum Schluss seien die Kollegen noch auf das am 8. November bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 49a, stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht.

Eine öffentliche Versammlung der im Ledervergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 22. Oktober bei Wieden in der Alten Jakobstraße. In seinem einleitenden Referat warf der Genosse Fleischer einen Rückblick auf die Frauenbewegung, deren Anfänge, Verlauf und die Kämpfe, die sie bis zu ihrem heutigen Bestehen durchzumachen hatte. Er versprach sich nur Vorteile von einer Organisation der Frauen, wenn diese gemeinsam mit den männlichen Arbeitskollegen geschichte. Die Ledierer müssen sich aber vor allen Dingen kollektiver gegen ihre Kolleginnen benehmen, diese als gleichberechtigte Arbeitsgenossinnen betrachten, um sie aufzuklären und auszumuntern die Versammlungen zu besuchen, sich an den Diskussionen zu beteiligen und der Organisation beizutreten, damit, wenn der voranschreitende Kampf um den Neuwahltag im Frühjahr losbricht, sie nicht als immer rechtlos Behandelten in den Rücken fallen, sondern als treue, gleichberechtigte Arbeitsgenossinnen erfolgreich mitkämpfen. In der Diskussion führt Kollege Rautenhaus spezielle Mißstände an. In einer Ledierwerkstatt in der Oranienstraße werden fast ausschließlich Mädchen beschäftigt bei 6 M. Wochenlohn und 11 Stunden Arbeitszeit. Robert Müller in der Dresdenerstraße, Jungermeister, bietet sich an, Gehänge (Lampenträger), die durchschnittlich mit 20 Pf. bezahlt werden, für 15 Pf. zu liefern, mit der Begründung, daß er noch nebenbei einen gutbezahlten Kassierposten bekleidet. Burschen von 17 bis 18 Jahren, die er mit Lehrlinge bezeichnet, müssen diese Gehänge arbeiten. Kobl in der Oranienstraße hat Arbeitsleistungen, die ortsüblich mit 1,75 Mark bezahlt werden, bis zu 1,50, 1,40 Mark herabgebracht, durch Unteranbietung. Laßberg in der Endemorphstraße läßt Mädchen mit 8 bis 9 Mark anfangen; allerdings steigen diese Löhne bis zu 12 M., in seltenen Fällen auch 15 M. Im allgemeinen ist die Lage der Arbeiterinnen im Lediergewerbe derart, daß, wenn dieselben nicht zushafffähige Eltern oder Verwandte am Orte haben, sie unweigerlich der Prostitution verfallen müssen. In der weiteren Debatte wurde gerügt, daß die Kollegen während der Saison nach ihrem Feierabend in den Fabrikbetrieben noch zu Genuß gehen und dort arbeiten, nach Beendigung der Saison aber naturgemäß der Krankenkasse zur Last fallen. Nachdem über die brutale Behandlung in der Müller'schen Fabrik, wo das Aushüten von Backsteinen keine Seltenheit ist und über sittenwidrige Einrichtungen bei Laßberg, wo die Mädchen den Umkleiraum der Männer passieren müssen, verschiedentlich Klagen laut geworden, wurde einer Resolution zugestimmt, die die Ledierer verpflichtet, dahin zu agitieren, daß die in dem Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen der Organisation zugeführt werden. Zum Schlusse wurde auf die über 14 Tage stattfindende Filial-Versammlung aufmerksam gemacht, nachdem man zu Revisoren der Abrechnung der Agitationskommission die Kollegen Schön und Rungmann gewählt hatte.

Eine von der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen am 23. Oktober nach Abrecht's Lokal in der Remerstraße einberufene Versammlung zeigte einen nur dürftigen Besuch. Die Referentin, Frau Reimann, gab in ihrem Vortrag eine treffende Kritik der überaus traurigen Verhältnisse in der Konfektion. In der Diskussion nahm ein Redner Veranlassung, seine Erfahrungen bei der Firma W. Manheimer zum Besten zu geben. Bei dieser Gelegenheit ward auch wieder ein Artikel des „Konfektionär“ besprochen, dessen Behauptungen von W. Schulz eine entscheidende Abfertigung erfahren. Zum Schlusse stimmte man einer Resolution zu, die die Anwesenden auffordert, dafür zu agitieren, daß die Fernstehenden dem Verbande deutscher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufsgenossen zugeführt werden. Sodann wurde zu reger Betheiligung der Werkstättendelegierten-Sitzungen aufgefordert, die am

Mittwoch, den 31. Oktober, bei Meiß und Augustin, am Donnerstag bei Kleinert und Trittelwitz stattfinden.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungs-Verein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend hielt am 23. Okt. in Meiß's Festsaal eine Wanderversammlung ab, in der Genosse Grindel über „Die Volksernährung und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse“ referierte. Dem Vortrage folgte eine lebhafteste Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte. Unter Verschiedenem führte eine Besprechung der Broschüre „Agnes Wabnitz“ eine lebhafteste Auseinandersetzung herbei. Genosse Hoffmann, sowie mehrere andere Redner und Rednerinnen beklagten entschieden die von anderer Seite erhobenen Vorwürfe, der Versammlung klarlegend, wie diese Vorwürfe entfallen sind. Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß sich Fel. Liebnicht erboten habe, in der Neuen Grünstr. 10 l. einen Kursus der englischen Sprache zu eröffnen. Honorar beträgt pro Monat 1 Mark; Anmeldungen hierzu sind zu richten an Fel. Gertrud Liebnicht, Charlottenburg, Kantstr. 100. Der Unterricht beginnt am 4. November von 10—12 Uhr. Nachdem noch auf die nächste Vereinsversammlung am 7. November und auf die Wohltätigkeits-Vorstellung des Vereins „Aretorik“ hingewiesen, schloß die Versammlung.

In der Bezirksversammlung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes hielt Herr Dr. Zoel am 24. Okt. bei Grindel, Brunnenstr. 188, einen sehr belehrenden Vortrag über das Thema „Wie sollen wir uns ernähren?“ Da der Vortragende sehr erschöpfend das Thema behandelte, so fand eine Diskussion nicht statt. Bekannt gegeben wurde, daß am Montag, den 29. d. M., eine Versammlung bei Reichert, Willestr. 7, stattfindet. Referent Herr Dr. Zoel über „Religion und Sittlichkeit im Lichte der Naturwissenschaft“.

Einem sehr anregenden Disput rief der Vortrag hervor, den Stadtverordneter Dr. Jadel am 24. Oktober bei Schneider, Annenstr. 16, in einer starkbesuchten Versammlung des Wahlvereins für den 8. Kreis über das Thema: „Die kommende Revolution“ hielt. Wie der Referent einleitend bemerkte, habe die Sozialdemokratie seit Anbeginn der Bewegung keinen Zweifel über ihre Stellung zur Revolution aufkommen lassen; eine Revolution im „Gegabelstange“ kenne sie nicht. Die Revolution der bürgerlichen Parteien; für sie ist die Revolution oder, wie sie sich auszudrücken belieben, der „Umsturz“ zur fixen Idee geworden. Die Sozialdemokratie erstrebe, wie sie überall und stets betont habe, eine friedliche Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, da sie auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung steht und weiß, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Formen nicht unwillkürlich geschieht. Für sie sind Revolution und Evolution keine Gegensätze, sie sind gleichbedeutend, und ob die soziale Frage auf dem Wege der Reform oder gewaltsam gelöst wird, hänge nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den herrschenden Klassen ab. Auch die Regierung theilt die Meinung der Bourgeoisie und erkennt die Bedeutung der Sozialdemokratie sehr wohl an, zu gleicher Zeit aber auch die Ohnmacht ihrer eigenen Mittel, die der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen sollen. Weder soziale Pfänder noch Ausnahmegeetze haben es vermocht, sie in ihrem Siegeszuge aufzuhalten und dem fleischen Gesellschaftsfortschritt zu bringen. Jetzt ist die Regierung ratlos, auf welche Weise sie dem Unschicklichen des Unzufriedenheitsbazillus begegnen soll. Diese Ratlosigkeit charakterisire sich so recht in einer im Verlage von Otto Liebermann in Berlin erschienenen Schrift des preussischen Geheimen Regierungsraths v. Massow über die kommende Revolution. — Das Verlesen einiger Stellen aus dieser Broschüre erregte in der Versammlung ungeheure Heiterkeit. — Der Redner knüpfte an dieses Verlesen eine Erläuterung der Forderungen und Grundzüge unseres Programms und meinte, aus der Broschüre von Schönlanke und Kautsky, die sich die Regierung für 10 Pf. aus jeder Buchhandlung beschaffen könne, hätte sie es sehr leicht, sich mit unseren Grundzügen vertraut zu machen und es könne ihr dann nicht schwer fallen, die darin geforderten Reformen allmählich zur Durchführung zu bringen. Da sie es nicht thue, sondern nur im Aufmarschieren des roten Bespenkes, in Stimmungsmachen für neue Heeres- und Ausnahmegesetze Vorlesungen ihre Aufgaben erblickt, so erwachte allen zielbewußten Proletariern die doppelte Pflicht, energische Agitation zu betreiben, damit auch die bisher noch indifferenten Massen zum Massenbewußtsein erwachen. (Rangandaltender Beifall.) In der Diskussion schilderte zunächst Bergmann Gub das Grubenunglück in Mährisch-Osttau und erstattete den Dank namens seiner mitverunglückten Kameraden für die bisher von den Berliner Arbeitern ihnen zugewiesene Unterstützung. Der zweite Redner war ein Demokrat Krieg, der sich mit dem Referenten insofern einverstanden erklärte, als es unser politisches Programm betrifft. Verzichte die Sozialdemokratie auf das Uebrige, dann werde der Boden zur gemeinsamen Arbeit mit der bürgerlichen Demokratie gefunden. (Widerspruch.) Im Sinne des Referenten sprachen dann die Genossen Kautskygerling, Wilhelm, Heymann und Wagner. Letztere beiden Redner und der Referent setzten unter lebhaftem Beifall an drastischen Beispielen auseinander, welchen Werth die Wasserfussentheorie der bürgerlichen Demokraten für die Arbeiterklasse habe. Ohne die Grundform der Produktionsweise zu ändern, sei an eine Besserung der Lebenslage der Arbeiter nicht zu denken; deshalb sei auch das „demokratische“ Programm Humbug. — Zum Schlusse theilte der Vorsitzende Krätzer mit, daß der Vorstand beschlossen habe, in Anbetracht der Weiterdauer des Bierbojotts von dem Abhalten des Stiftungsfestes in Sanssouci Abstand zu nehmen.

Friedrichshagen. In der letzten Monatsversammlung des hiesigen „Arbeiter-Bildungs-Vereins“ am 18. Oktober referierte der Reichstags-Abgeordnete Genosse G. Wurm in äußerst fesselnder und leicht verständlicher Form über „Die Lebenshaltung der Arbeiter“. Er wies zunächst den Vorwurf der Gegner von der übergroßen „Begehrtheit“ der Massen zurück und setzte dann das Unzutreffende des sogenannten „ehernen Lohngesetzes“ für die Jetztzeit auseinander. Der Redner behauptete sodann, daß die Lebenshaltung großer Massen heute auf einer so niedrigen Stufe angelangt sei, daß sie schlechter fast nicht mehr werden könne, und zwar auch in den Kreisen, welche den Hunger noch nicht kennen. Denn „Sattsein“, oder, richtiger ausgedrückt, „keinen Hunger fühlen“ heiße noch lange nicht: richtig ernährt sein. Er führte vor Augen, daß der Körper des Menschen eine komplizierte Maschine sei, die nur richtig funktionieren, wenn sie ordentlich in Stand gehalten werde. Hierzu sei vor allem eine kräftige Ernährung notwendig. Die Wissenschaft, speziell die Chemie, habe durch zahlreiche Experimente genau nachgewiesen, wieviel Eiweiß, Stärke und Fett der Mensch mindestens brauche, um richtig ernährt zu sein. Wäre die Wissenschaft heute nicht auch ein Sklave des Kapitalismus geworden, so müßte sie laut und vernünftig die Ergebnisse ihrer Forschung vertreten, und wäre der heutige Staat nicht nur der Hüter des Kapitalismus, so müßte er die ungewissensten Forderungen der Wissenschaft zu verwirklichen suchen, also einen zur Bekämpfung einer richtigen Lebenshaltung ausreichenden Minimallohn einführen. Die Sorge hierum lehnt der heutige Staat aber ab, er kümmert sich höchstens noch um die genügende Ernährung des Militärs, nicht um die der Zivilisten.

Nimmt man den für das Militär pro Tag zugebilligten Verpflegungssatz von durchschnittlich 1 Mark als Grundlage, so bräuchte hiernach ein verheirateter Arbeiter mit Frau und zwei Kindern im Durchschnitt mindestens 3 Mark nur zur richtigen Ernährung. Redner behandelte als Gegenstück hierzu die bekannten Kochrezepte für das arme Volk von dem „Zentrums“-Abgeordneten Kaplan Hise, welche die rheinischen Fabrikanten ihren Arbeitern empfehlen. Der Referent legte dann dar, daß

auch die Wohnungs- und Kleidungsfrage im wesentlichen eine Nahrungsfrage sei und wies darauf hin, daß noch eine Menge anderer Ausgaben zur Unterhaltung des Lebens zu bestreiten wären, wie Heizung, Beleuchtung, Schule, Gesundheitspflege u. s. w. Wenn man alles zusammen rechne: Nahrung, Wohnung, Kleidung, die geistige Ausbildung und Gesundheitsmittel, so komme man zu ganz sonderbaren Ziffern, die mit den thatsächlich bestehenden Verhältnissen im größten Widerspruch stehen. Nach genauester Berechnung, unter Zugrundelegung von Marktpreisen, ergibt sich als notwendiges Jahresbudget einer Familie von Mann, Frau und drei Kindern die Summe von 2000 M. Die Statistik der Einkommensverhältnisse ergibt jedoch, daß die große Masse, ca. 70 pCt. der Bevölkerung, noch nicht einmal ein Einkommen von 900 M. haben. Dem weitens überwindenden Theile der Bevölkerung ist also eine den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende, rationelle Ernährung und Lebenshaltung unmöglich. Und dabei spricht die Bourgeoisie noch immer vom Sparen und empfiehlt das Sparen als Lösung der großen sozialen Frage! Man weiß wirklich nicht, was bei dieser Empfehlung größer ist: die Unvernunft, der Hohn oder die Frechheit? Wenn die Bourgeoisie dann noch mit der alten Malthusian'schen Fabel von der Ueberbevölkerung kommt, so sagen wir: Platz für alle hat die Erde und auch ausreichende Nahrungsmittel; die heutigen Lebensstände sind nicht absolut notwendig, sondern nur eine Folge des herrschenden Systems. — Die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsform muß und wird geschehen werden, und zwar — trotz ihrer Armuth — von der arbeitenden Bevölkerung selbst. Es ist falsch zu glauben: man solle nur alles seinen Weg gehen lassen, umso eher würde das Volk erwachen. Das ist Unsinn, denn wo die Noth am größten, da ist die Energie am schwächsten, da herrscht der Indifferenzismus, da herrschen die Konservativen, die Pfaffen und der Schnaps. Nur wo bessere Verhältnisse bestehen, da wird gedacht und gekämpft. Aus diesem Grunde müssen wir — unser Endziel stets vor Augen — bestrebt sein, auch heute schon die Verhältnisse nach Möglichkeit zu bessern oder wenigstens einer weiteren Verschlechterung entgegenzuwirken. Die Weltgeschichte wird nicht an einem Tage gemacht. Nur durch unermüdete Agitation behufs Aufklärung der Massen, durch ununterbrochene Organisation zum Zweck des stetigen Kampfes gegen die heute herrschenden Mächte wird es herein möglich sein, der Arbeit zu geben, was ihr zukommt: Freiheit und Brot! — Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage fand der Vorstandsantrag betreffs Einführung von Unterrichtskursen für die Vereinsmitglieder zur Diskussion. Nach warmer Empfehlung des Antrages seitens der Genossen Winckler, Sonnenburg, Wartmann und Kramm wurde einstimmig der Unterricht in Deutsch und Geschichte je eine Stunde wöchentlich beschlossen.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Reinickendorf und Umgegend hatte am Sonntag, den 21. d. M. in Stolpe, Galtshausbergmann eine Versammlung einberufen, in der Genosse Krauß über „Weltanschauung und Weltuntergang“ einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Da die Diskussion zu einem recht lebhaften Meinungsaustausch Anlaß gab, so wurde Genosse Krauß ersucht, seinen Vortrag in einer öffentlichen Versammlung noch einmal zu halten.

Der sozialdemokratische Verein für Strauß-Nummelsburg hielt am 21. Oktober seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand Abrechnung und Bericht vom letzten Vierteljahr gab. Danach hat der Verein zur Zeit 236 zahlende Mitglieder, der Kassenbestand beträgt 181,25 M. Die seit einem Vierteljahr bestehende Einrichtung, daß die Mitglieder, welche ihre Beiträge länger als 3 Monate schulden, in den Wohnungen kassirt wird, hat sich auf das Beste bewährt. Im Laufe des letzten Jahres ist die Mitgliederzahl gewachsen, was dem Verein ermöglichte, mehrere Beträge für den politischen Kampf abzuführen. Die Vorträge, die gehalten wurden, haben allgemein gewirkt und lassen für das nächste Jahr eine noch regere Thätigkeit des Vereins erwarten. Die Versammlung überwarf dem vorher genannten Bestande 50 M. an den Vertrauensmann und 75 M. den Brauerer-Arbeitern. Sie beschloß ferner, daß der Bibliothek, die jetzt 127 Bücher im Werthe von 222,50 M. enthält, 50 Protokolle des Frankfurter Parteitag einverleibt werden sollen, die dann an Mitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden können. Man schritt hierauf zur Vorstandswahl und ernannte die Genossen Paul Börner zum Vorsitzenden, Hanke zum Kassierer, Weithase zum Schriftführer; Jakobowik, Bajt und Trebborn zu Hilfspersonen; Franz, Vogt und Staffelt zu Beisitzern; Jerner Ritter, J. Schmidt und Ferd. Philipp zu Revisoren. Zum Bibliothekar wurde Rosenkrantz wiedergewählt. Beschlossen wurde noch, ein Weihnachtsgewinn, selbstverständlich mit Frauen zu veranlassen. Da die Behörde die bisherigen Vergünstigungen des Vereins als eine Thätigkeit des letzteren angesehen und daher sie nur genehmigte, wenn die Frauen davon ausgeschlossen würden, wurde der Vorstand beauftragt, falls die Behörde auf diesem, von den Anwesenden nicht für gesetzlich zulässig erachteten Standpunkt beharrt, das Fest abzuhalten und eventuell eine Strafe zu riskiren, damit dann gerichtliche Entscheidung beantragt werden könne.

Für Strauß, Nummelsburg und Umgegend tagte am 22. Oktober in Müller'schen Lokale in der Prinz Albersstraße eine öffentliche, gut besuchte Volksversammlung, um den gegenwärtigen Stand des Bierbojotts zu erörtern. In einem sehr beifällig aufgenommenen Referat wies Genosse Schöpflin aus Berlin auf die schamlose Zumuthung der Brauererbesitzer hin, wonach die Arbeiterlast sich gefallen lassen sollte, daß 11 ledige und 22 Brauererarbeiter Familien mit 41 Kindern dem Hungertode überliefert würden. Angesichts dieses Verhaltens der Brauerer und angesichts der Unterstützung, welche der letztere bei Saalbesitzern und Polizei gefunden hat, fordert Redner die Anwesenden auf, energisch auf Durchführung des Boykotts zu halten. Jeder einzelne müsse auf seinen Nebenmann dahin einwirken, namentlich auf die jungen Leute, die bedenken sollten, daß die Zukunft nicht der alten Generation, sondern ihnen gehet; vor allem sollten auch die Frauen sich vorsehen, daß sie kein Ringbier bekommen. Der Referent schlägt die Berliner Resolution vor, welche nach kurzer Diskussion, in der sich Gegner nicht meldeten, einstimmig angenommen wurde. Die Diskussionsredner hatten nicht nur dem Referenten zugestimmt, sondern auch Veranlassung genommen, die Arbeiterschaft vor dem Besen bürgerlicher Blätter, die sie doch nur belügen, zu warnen. Der Gastwirth Bort ersuchte wiederum die Volksversammlung, ihm das Plakat, das er kein Ringbier ausschenkt, zuzuerkennen. Die Versammlung stellte es der Boykottkommission anheim, nach eigenem Ermessen in dieser Angelegenheit zu handeln. Auf Ersuchen des Gastwirths Bortinell stellte die Boykottkommission fest, daß die vor einiger Zeit von einer Seite aufgestellte Behauptung, er habe Ringbier bekommen, auf Unwahrheit beruht. Den Anwesenden wurde noch besonders an's Herz gelegt, das Lokal von Reicholtski zu meiden und das Jungbier desselben nicht zu trinken. Nach einem Schlussworte des Referenten verstärkte die Versammlung die Boykottkommission für Nummelsburg um die drei Genossen Schürmer, Riel und Bier.

Führerverein „Reinickendorfer“. Übungsstunde jeden Freitag Abend, 8 Uhr im Restaurant Royal, Wanteuffelstr. 5.
Arbeiter-Bildungsverein. Freitag, Abend von 8—10 Uhr: Nord- u. Ost- u. Weststr. 170 und Südost-Schule, Waldemarstr. 14. Beifall, Recht und Rettung. Bei allen Unterrichtslektionen werden neue Theorien, Tamen und Karten, jeder Zeit aufgenommen.
Arbeiter-Tagungsverein. Freitag, Abend von 8—10 Uhr: Nord- u. Ost- u. Weststr. 170 und Südost-Schule, Waldemarstr. 14. Beifall, Recht und Rettung. Bei allen Unterrichtslektionen werden neue Theorien, Tamen und Karten, jeder Zeit aufgenommen.
Arbeiter-Tagungsverein. Freitag, Abend von 8—10 Uhr: Nord- u. Ost- u. Weststr. 170 und Südost-Schule, Waldemarstr. 14. Beifall, Recht und Rettung. Bei allen Unterrichtslektionen werden neue Theorien, Tamen und Karten, jeder Zeit aufgenommen.
Arbeiter-Tagungsverein. Freitag, Abend von 8—10 Uhr: Nord- u. Ost- u. Weststr. 170 und Südost-Schule, Waldemarstr. 14. Beifall, Recht und Rettung. Bei allen Unterrichtslektionen werden neue Theorien, Tamen und Karten, jeder Zeit aufgenommen.

Maig Läden 1, Kochstr. 22, bei Wille. — Kreuzberg, Schönleinstr. 6 bei Straag. — Gemüthlichkeit, Neue Friedrichstr. 41, bei Mühl. Deutsche Liedertafel, Blumenstr. 28, bei Wiedemann. — Europa, Gefangenen Berliner Buchbinder und Schriftsetzer, Kaminhallen, Kommandantenstr. 20. — Gefangenen Vorderstraße, Sonnenmündstr. 25 bei Hübler. — Gefangenen Rheinold, Scharnhorststr. 7 bei Jakob. — Sängerkorps der Maler, Annenstr. 9 bei Albert Wron. — Gefangenen Melodia, Rixdorf, Bergstr. 142 bei Schlichte. — Preis, Naumannstr. 28 bei Frau Jubbell. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. S., Rengersch Volksgarten, Gröbstr. — Gefangenen Preuss II (gem. Chor), Rixdorf, Hermannstr. 140, bei Daniel Wötter. — Apollo, Grünstr. 21 bei Sommer. — Gefangenen Verein Waabiz, Gabelbergstr. 21. — Preis Liedertafel, Nichtenbergstr. 21 bei Heise. — Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Preis Sängerkorps, Schwanenort, Wilmersdorferstr. bei Friedrich. — Aeltere-Gesangverein (Weihensee), Müllerstr. 125 bei Wlag. — Voreite-Grünthalstr. 4 bei Jänning. — Seltige Sängerkorps, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 26 bei Glaser. — Sieder'scher Männerchor, Rosenthalerstr. 67 bei Bernau. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Köhmer's Gahhaus. — Drause, Weihensee, Königs-Schule 12. — Johann, Hübnerstr. 45, Gesellschaftsbau Ostend. — Sängerkorps Sorgenfrei, Admiralsstr. 120, Märkischer Hof. — Sangesfreunde, Tragenstr. 22 bei Kamlowitz. — Gefangenen Sängerkorps, Urbanstr. 24 bei Schief. — Gefangenen Wacht auf I, Wörterstr. 12 bei

Schmidt. — Gefangenen Hand in Hand 1, Reichbergerstr. 24 bei Zauschke. — Gefangenen Orchesterverein Straßauer Liedertafel, Hummelstr. 33 bei Womikel (Gefang.). — Gefangenen Treu und Gerechtigkeit, Rixdorf, Ring Handwerkerstr. 62 bei Reden. — Gefangenen Proffian, Rummelsburg, Götterstr. 62 bei Rantze, bei Werten. — Gefangenen der Metallarbeiter (Oh), Blumenstr. 46. — **Band der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung.** Alle Aufschriften sind zu senden an H. W. 21, Adalbertstr. 25. **Freitag:** Statistisches Büro, Abends 9 Uhr bei Hill, Simeonstr. 25. **Sonntag:** Walding, Abends 8 Uhr, bei Schuler, Kreuzstr. 49. — Männerchor Walde Krause, Abends 9 Uhr, bei Weigt, Dorotheenstr. 87. — Privat-Theaterverein Germania, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Gumbelstr. 22. — Theaterverein Germania, 9 Uhr, Jäger's Gesellschaftsbau, Gartenstr. 12/14. — Bergknäuelverein im Grand, Sitzung bei Stawitz, Barnimstr. 22. — Bergknäuelverein im Grand, Freitag, Abends 8 Uhr, bei Jubel, Lindenstraße 104. **Berliner Turngenossenschaft.** Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abends von 8-10 Uhr in der Turnhalle des Festing-Gymnasiums, Parkstr. 9-10. — Turnverein Germania, Abends 8 Uhr, in der Turnhalle des Festing-Gymnasiums, Parkstr. 9-10. — Kraft- und Athletenklub Germania jeden Dienstag und Freitag Übungskunde bei Gäßner, Waldemarstr. 42. — Turnverein Germania (Mitglied des deutschen Ar-

beiter-Turnerbundes) turnt Dienstag und Freitag Abends von 8-10 Uhr in der Turnhalle. — Turnverein Richte (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes Deutschlands.) Die zweite Männer-Abtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag Abends von 8-10 Uhr in der Turnhalle. — Kraft-Turnverein Übungskunde jeden Freitag Abends von 8-11 Uhr bei Schuttmacher, Wälderstr. 49. — Turnverein Hoffnung, Abends von 8-11 Uhr Übungskunde Proffianstr. 25-27 bei Schneider. — Turnverein „Ostia“ tagt alle Freitage von 8-11 Uhr im Restaurant Dorothea, Mariannenstr. 21/22. — Jülicher Waldrose, Abends 9 Uhr, Wanteuffelstr. 64, Carrière-Restaurant. — Verein Grüne Tanne, Abends 9 Uhr, bei Kaiser, Wartburgstr. 4. **Statistik Schnitt,** Abends 9 Uhr, bei Trüffelweg, Falkenheidestr. 7. — Turnlehrer-Verein Solidarität, Restaurant Griebenberg, Annenstr. 16, Abends 8 Uhr, Sitzung. **Kass- und Diakoniklubs.** Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Gruber, Marienburgerstr. 6. — Weihen, bei G. Werner, Gumbelstr. 22. — Unterhaltungs- und Geselligkeit bei G. Gugg, Rübenerstr. 22. **English Conversational Club Shakespeare.** Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant, Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend (Filiale Nord).
Versammlung
am Freitag, den 26. Oktober 1894, Abends 8 Uhr, im „Viktoriagarten“, Badstraße 12.
Tages-Ordnung: 119/15
1. Vortrag. Referent: Dr. Weill. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. — Herren als Gäste willkommen. — Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, bittet
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
am Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10^{1/2} Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Schriftführers. 2. Kassenbericht. 3. Das Helfertum. Referent O. Schenker. 4. Diskussion. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes und Fragekasten. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Gast- und Schankwirths Berlins u. Umg.
am Freitag, den 26. Oktober cr., Nachmittags 5 Uhr, in Bush' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Gast- und Schankwirths Berlins und Umgegend zu dem Bier-Bozloß? Referent: Galtwirth Paul Hilpert. 2. Diskussion. Steuerquittung dient als Legitimation. 190/7
Die Zwölfer-Kommission. S. A.: J. Henke.

Oeffentl. Versammlung der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen besch. Arbeiter
am Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei Wille, Andreasstraße Nr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der Vertrauensmänner und des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Bericht der Prüfungs-Kommission. 5. Gewerkschaftliches. 144/5
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 31. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Beisitzer, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliederbuch ist vorzulegen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10^{1/2} Uhr, bei Rieft, Weberstraße Nr. 17:
Bezirks-Versammlung für den Osten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Hoffmann über: „Wassermannsche Gestalten“. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
Sonntag, den 28. Oktober 1894, Vormittags 10 Uhr, bei Schöning, Stallschreiberstr. 29:
Zusammenkunft der Parquetbodenleger.
Tages-Ordnung:
Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Um zahlreiches Besuch aller Versammlungen ersucht
142/17 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 29. Oktober 1894, Abends 8 Uhr, in Sausonci, Kottbusserstraße. 4a
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wie stellen sich die Kollegen zu dem bevorstehenden Lohnkampf? Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Ehrenfache, daß alle Kollegen am Platze sind. Die Frontenpuzer außer dem Hause sind besonders eingeladen.
197/19 Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Harmonikas
mit Iphredor-Stahlklängen und echtem Lederbals mit Stahlklängen sind die haltbarsten und daher billigsten der Welt. 2 Jahre Garantie. Preislisten gratis und franco. 178/21
A. Müller's Harmonikafabrik, Hannover.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 66 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse z. Bt. 14 998 Mitglieder hat und nach § 49 d. St. daher
1. aus der Zahl der Kassenmitglieder 150 Vertreter,
2. aus der Zahl der Arbeitgeber 75 Vertreter
für die Jahre 1895 und 1896 neu zu wählen sind.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Die Wahl der 150 Vertreter der Kassenmitglieder findet
Sonntag, den 11. November cr., Vormittags 10 Uhr,
und die Vorversammlung hierzu, behufs Aufstellung der Kandidaten
Sonntag, den 28. Oktober cr., Vormittags 10 Uhr,
im Saal Kommandantenstr. 20 (Armin-Hallen) statt, wozu die Wähler hierdurch eingeladen werden.
Die Wahl ist geheim.
Zutritt zum Wahllokal haben nur wahlberechtigte Mitglieder der diesf. Kasse; diese haben sich durch das bis zum letzten Zahlungstermin abgestempelte Quittungsbuch, sowohl beim Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechtes am Wahlische zu legitimiren. Zu diesem Zweck werden die Arbeitgeber aufgefordert, den bei ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern die Quittungsbücher ordnungsmäßig quittirt auszuhandigen. — Die Kasse ist am Wahltag geschlossen.
Die Wahl der 75 Vertreter der Arbeitgeber findet
Montag, den 12. November cr., Abends 8 Uhr,
und die Vorversammlung hierzu behufs Aufstellung von Kandidaten
Dienstag, den 30. Oktober cr., Abends 8 Uhr,
im Restaurant Köllig, Neue Friedrichstraße 44, statt, wozu die Arbeitgeber hierdurch eingeladen werden.
Berlin, den 24. Oktober 1894.
Der Vorstand.
H. Dähne, Vorsitzender, Demminerstr. 66.
A. Kelpin, Schriftführer, Demminerstr. 54. [200/7

Aufforderung!
Der Löpfer Oskar Wolff, Lichtenberg, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Partei gegenüber beim Genossen Fernhard Lange, Wartenbergstr. 67, nachzukommen.
Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbel-Prüfer Neue Kölnigstr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesen u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenspinnen, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Kuchbaum-Kleiderständer 30, Stühle 3 Mark, hochseine Muschelkleiderständer 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau's, Schreibstühle 15 Mark, Garderobenspinnen, Paneel-sophas 75, Buffets, Truemeus 65 M., Betten, Conditentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbelager Berlins zu besichtigen u. sich von den stannend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume
gelangen die Restbestände meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinenwaren!
zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Platze wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Platze wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuthstr. 2.
Heute gelangt zur Ausgabe:
Leipziger Hochverraths-Prozess
Heft 13.
Preis pro Heft 20 Pf.
Bestellungen nehmen noch jetzt alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsverkäufer oder die Verlagsbuchhandlung entgegen.
Soeben ist eingetroffen:
A. Lampa, Naturkräfte und Naturgesetze. 3. Hef. — 20 Pf.
Dr. J. Scharz, Arbeiterwohnungen. Ein Vortrag auf dem hygienisch-demographischen Kongress zu Budapest. Preis 20 Pf.
Postillon Nr. 22, Glühlicht Nr. 129, } a 10 Pf.
Gesucht wird von uns:
Becker, Verbote, sämtliche Jahrgänge. Angetote mit Preisangabe.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin, N. 28
In allen Colonialwaarenhandlungen

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume
gelangen die Restbestände meines seit 21 Jahren bestehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinenwaren!
zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.
Möbel-Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Kuchbaum- u. Mahagoni-Kleiderständer u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchenspinnen, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 8 M.; Säulen-Truemeus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneel-sophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibstühle, Cylinder-Bureau's, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.
Milchfäbel, Kannen, Satten, Waage, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butternetze, Drehrollen.
Jordan, Al. Markussstr. 28.
Pianino kauft Rube, Adalbertstr. 66. St. Vereinzimmer Neue Kochstr. 49